

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur-Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. u. der Post-Regierung: Kreisblatt für 1894 unter Nr. 6219.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für weitere 20 Pf. Die Beilage für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 13. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Von den französischen Gewerkschaften.

Paris, 11. Januar.

Seit 1889 giebt das französische Handelsministerium ein Jahrbuch, l'Annuaire des syndicats professionnels (Jahrbuch der Gewerkschaften), heraus, das ein Verzeichnis sämtlicher Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände enthält und regelmäßig mit einem allgemeinen Bericht über die ganze Syndikatsbewegung eingeleitet wird. Das Jahrbuch für 1893 ist noch nicht erschienen, doch liegt bereits der allgemeine Bericht vor, den das „Journal officiel“ dieser Tage veröffentlicht hat. Wenn es kaum zu leugnen ist, daß jede neue Gewerkschaft der um die Emanzipation der Arbeiterklasse kämpfenden Armee neue Scharen zuführt, dann ist der vorliegende Bericht um so erfreulicher, als aus demselben ganz besonders das stete Wachsen der Arbeitergewerkschaften hervortritt. So hat sich ihre Zahl im abgelaufenen Berichtsjahre um 337 vermehrt, wodurch die Gesamtzahl auf 1926 angewachsen ist, während Anfang Juli 1884, d. i. drei Monate nach Erlaß des Gesetzes über die Gewerkschaften, es nur 68 derartige Organisationen gab. In den einzelnen Jahren stellt sich ihr Verhältnis wie folgt. Es bestanden im

Jahre	Arb.-Synd.	Mehr als im Vorjahre	Jahre	Arb.-Synd.	Mehr als im Vorjahre
1884	68	—	1889	821	96
1885	221	153	1890	1008	185
1886	280	59	1891	1250	244
1887	501	221	1892	1589	339
1888	725	224	1893	1926	337

Sieht man vom Jahre 1885 ab, wo das Plus der Syndikate mehr auf die Unterwerfung der bis dahin ungeschlecht bestanden Gewerkschaften unter das Syndikatsgesetz vom 21. März 1884 als auf deren Neubildung zurückzuführen ist, dann zeigt sich, daß ihre Zahl sich ganz besonders seit 1887 vermehrt, in welchem Jahre die erste Arbeitsbörse, nämlich die von Paris eröffnet wurde. Die Arbeitsbörse üben überhaupt einen bedeutenden Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung aus. Das zeigte sich auch im abgelaufenen Jahre, wo die Zunahme der Gewerkschaften in den Departements: Loire inférieure, Aude, Côte d'Or, Charente, Pas de Calais und Ober-Loire mit den jüngst geschaffenen Arbeitsbörsen von Nantes, Saint-Nazaire, Carcassonne, Dijon, Angoulême, Boulogne sur Mer und Puy zusammenfällt.

An der Spitze der Departements, welche die meisten Gewerkschaften zählen, steht das Seine-Departement mit 278. Ihm folgen mit 40 und mehr Gewerkschaften oder Arbeitersyndikaten, wie die Bezeichnung hierfür in Frankreich lautet, die Departements: Rhône, das 150 Gewerkschaften zählt, Bouches du Rhône 108, Loire 89, Nord 89, Gironde 84, Unter-Loire 69, Obergaronne 66, Ardennen 65, Seine inférieure 44 und Maine-Loire, das 40 Gewerkschaften hat. Hingegen besaßen aber, wie ebenfalls bemerkt werden muß, drei Departements: Nieder-Loire, Ober-Loire und Lozère keine einzige Gewerkschaft.

Von den Städten, welche die meisten Gewerkschaften zählen, steht Paris mit 262 an der Spitze. Weiter haben Lyon 118, Marseille 84, Toulouse 66, Bordeaux 61, Nantes 51, Saint-Etienne 41, Angers und Lille 24, Grenoble 21,

Rouen 20 Gewerkschaften. Ihnen folgen mit 10 bis inkl. 19 Gewerkschaften: Dijon, Roubaix, Saint-Quentin, Amiens, Besançon, Limoges, Nîmes, Nancy, Montpellier, Toulon, Saint-Nazaire, Havre, Alg., Tours, Roanne, Orléans, Calais, Nizza, Charleville, Troyes und Metz.

Nach Industriegruppen verteilt, entfallen die meisten Gewerkschaften auf die Bauindustrie, die 324 Gewerkschaften zählt. Ihr folgen die Metallindustrie mit 219, die Bekleidungsindustrie mit 213, die Buchindustrie (Papierarbeiter, Seper, Drucker, Buchbinder etc.) mit 168, die Textilindustrie mit 153, die Lederindustrie mit 93, die Nahrungsmittelindustrie mit 81, die Verkehrsindustrie mit 76, die Möbelindustrie mit 72, die Holzindustrie (Schiffbauer, Wagner, Wäcker, Kistenmacher) mit 69, die Montanindustrie mit 68, die Glas- und Thonindustrie mit 59, die Luxusindustrie (Gold-, Silber-, Uhren-, Spielwaren-fabrikation, Parfümerien etc.) mit 41 Gewerkschaften.

Von den übrigen Betrieben wären noch ganz besonders der Forstbetrieb zu erwähnen, da die in den Wäldungen mit dem Fällen der Bäume, dem Schneiden, Hacken und Schichten der Hölzer beschäftigten Arbeiter 29 Syndikate bilden, deren Bestand die so erfreuliche Tatsache bekundet, daß die sozialistische Bewegung von den industriellen Zentren auf's Land hinauszutreten beginnt und nachdem sie das städtische Proletariat für sich gewonnen hat, nun auch das ländliche Proletariat ergreift. Das Hauptverdienst für die Bildung dieser Holzarbeiter-Syndikate fällt unserem Freunde Baudin, dem sozialistischen Abgeordneten von Bourges (Cherdepartement) zu; denn er war es, der die in geradezu revoltierender Weise ausgebeuteten Holzarbeiter seines Departements, die sich erheben nicht zu müssen wagten, da sonst gleich auf Geheiß ihrer Ausbeuter die Gendarmen erschienen, um sie ins Loch zu schießen, vor ca. zwei Jahren zu organisieren begann und ihnen seitdem stets und in aufopferndster Weise mit Rath und That zur Seite steht. Dieselben haben denn auch in einer verhältnismäßig kurzen Zeit ihre Löhne verdoppelt, ja selbst verdreifacht, was allerdings noch nicht viel sagen will, da sie vor ihrer Organisation im Maximum nicht mehr als 64 Pfennige pro Tag verdienten. Aber immerhin gewährt ihnen diese Lohnerhöhung, die freilich nicht ohne Streiks errungen wurde, einen bedeutend menschlicheren Lebensunterhalt als früher. Was aber noch höher anzuschlagen wäre, ist, daß sie sich nun als Theile eines Ganzen, des um seine Emanzipation kämpfenden Proletariats fühlen und schon in ihrem eigenen Interesse dem sozialistischen Heere stets neue Rekruten zuführen suchen. Die Holzarbeiter-Syndikate haben sich denn auch schon von dem Cherdepartement auf die Departements Loiret und Allier verpflanzt und werden voraussichtlich noch weiter um sich greifen und durch ihre Erfolge immer mehr ländliche Proletarier anregen, sich zu organisieren resp. in die sozialistische Bewegung einzutreten.

Wie die Gewerkschaften haben auch die Gewerkschaftsverbände an Zahl zugenommen. Während es im Jahre 1884 nur 10 solcher Verbände gab, betrug die Zahl im abgelaufenen Berichtsjahr 61, was gegen das vorausgegangene Jahr, das 47 Gewerkschaftsverbände verzeichnet, eine Zunahme von 14 Verbänden ergibt. Gleichzeitig hat auch die Zahl der Arbeitsbörsen zugenommen, die, wie schon oben erwähnt, einen so merkwürdigen Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hat. Es ist darum auch nicht zu verwundern, daß die Regierung, die

doch nur den Verwaltungsausschuß des Unternehmertums bildet, die bedeutendste und einflussreichste unter ihnen, die Pariser Arbeitsbörse, unter dem Jubel der ebenso feigen wie feilen Bourgeoisipresse sperren ließ. Von dieser nun geschlossenen Börse abgesehen, zählt Frankreich gegenwärtig 28 Arbeitsbörsen. Dieselben verteilen sich auf die folgenden Städte: Marseille, Nizza, Carcassonne, Angoulême, Cognac, Nîmes, Dijon, Toulouse, Bordeaux (das 2 Arbeitsbörsen, eine vom Gemeinderath geschaffene und eine unabhängige besitzt), Béziers, Montpellier, Nîmes, Tours, Roanne, Puy, Nantes, St. Nazaire, Cahors, Agen, Villeneuve sur Lot, Angers, Cholet, Boulogne sur Mer, Evon, Boulogne sur Seine, Toulon und Algier. Die Zahl der in ihnen zentralisirten Gewerkschaften beträgt 400. Die Arbeitsbörsen haben auch besonders viel zur Bildung von Arbeitsvermittlungsbüros beigetragen, deren Zahl von 271 im Jahre 1892 auf 405 im abgelaufenen Jahre gestiegen ist, also um 134 zugenommen hat.

Was die Mitgliederzahl der einzelnen Arbeitersyndikate angeht, ist dieselbe natürlich eine sehr verschiedene. In zehn Kategorien eingetheilt, zählen:

Arbeiter-Syndikate Mitglieder	Arbeiter-Syndikate Mitglieder	Arbeiter-Syndikate Mitglieder
294	20 u. darunter	62
613	21—50	27
888	51—100	10
319	101—200	7
205	201—500	3

Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug im abgelaufenen Jahre 402 125, was gegen das Jahr 1892, in welchem 288 770 Gewerkschaftsmitglieder gezählt wurden, eine Zunahme von 113 355 Mitgliedern ergibt. Diese Steigerung erklärt denn auch die steigende Wuth der Unternehmerrpresse gegen die Arbeiter-Syndikate, deren „Tyrannei“ die Noes Ganot und Konsorten ebenso wenig Ruhe läßt, wie die „sozialistische Tyrannei“. Aber sie werden sich schließlich doch in ihr Schicksal ergeben müssen. Denn die gewerkschaftliche wie die politische Organisation schreitet überall unaufhaltsam vorwärts.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

Aus dem Reichstag. Im umgekehrten Verhältnis zu dem Interesse, welches das Publikum dem Schicksal der Tabaksteuer vorlage entgegen bringt, bekunden die Herren Reichsboten den Verhandlungen gegenüber eine Theilnahmlosigkeit die sich nachgerade standalös ausnimmt. Nicht 20 Mann waren heute auf der rechten Seite anwesend, ebenso große Lücken weist das Centrum auf, während die Linke etwas stärker vertreten ist.

Während so der Sitzungsaal ein Bild trostloser Leere bietet, sind die Galerien überfüllt. Natürlich sind es vor allem die Interessenten der Tabakbranche, welche sich eingefunden haben. Wir haben heute Vertreter der ersten Tabakfirmen in den Foyers und auf den Tribünen gesehen und besonders war es ein westfälischer Tabakindustrieller, der sich die unsicheren Kantonisten aus den konservativen Reihen vornahm, um sie in ihrem Widerstand zu be-

er sich auf die Lippe biß, um dann mit einer Rüance von Ungeduld zu erwidern:

„Ich weiß es nicht, und es ist auch gleichgiltig.“

„Sieh, da liegt eine Karte bei — wie parfümirt sie ist!“

Der Duft schien ihr unangenehm zu sein, aber ihre Augen waren dreister gewesen: „Herr und Frau Vermina“ las sie. Er nahm ihr die Karte aus der Hand.

„Es sind Freunde, ich habe sie in der letzten Zeit arg vernachlässigt und sie haben es mir nicht nachgetragen — das ist hübsch von ihnen.“

Ein eigenthümliches Pächeln umspielte seinen Mund, als er die Karte in den Fingern hielt, mit den Lippen den Namen Vermina aussprach und sie dann bei Seite schenkte.

Seine Augen wandten sich seinem Weibe zu. Es war der Blick des heißen, ungestillten Verlangens, der Blick eines Hungernden, der die Kost, die seinen Appetit wahrscheinlich gereizt, sich so lange versagen mußte, bis er sie endlich an sich gebracht. Sie war die Sonne, die er seit Monaten ersuchte und sie sollte ihn nun für alles entschädigen, was er um ihretwillen verschmäht und von sich gewiesen hatte.

Vene zuckte unter diesen großen, blühenden Augen, die sich ihr voll und gerade zuwandten, zusammen; sie senkte die ihrigen, aber sie fühlte sie immer noch auf sich ruhen, sie beugte sich über die Blumen und vergrub ihr Gesicht in dieselben. Plötzlich lehnte sie sich schwer an den Tisch und legte die Hand auf's Herz.

„Was ist Dir?“

„Ich weiß es nicht, mir schwindelt.“

„Das ist der Blumen Duft, komme von hier fort.“ Er trat auf sie zu, aber schon war sie nach der Thür gesprungen, die von hier nach dem Balkon führte und hatte sie aufgerissen.

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

(Alle Rechte vorbehalten.)

### Helene.

[15]

Roman in zwei Bänden von Minna Kantsky.

Sie waren aus dem Dorf herausgekommen, die Luft frisch frischer um ihre Wangen.

Da stiegen abermals dunkle massige Formen vor ihnen auf und wuchsen höher und höher.

Es waren die bewaldeten Berglehnen zwischen denen sie gerade hineinführten.

Und jetzt die gurgelnden Töne eines rasch dahin fluthenden Wassers; man passirte ein Brüdchen, der Wagen machte eine scharfe Biegung und hielt plötzlich vor einem kleinen erleuchteten Hause.

„Wir sind da,“ sagte Erich, „endlich!“

Ause ertönten aus dem Innern des Hauses, Thüren öffneten sich, Lichter erschienen und fremde Gesichter.

Hilfsbereit unter konfussem Stottern und Knixen trat die Dienerschaft den Ankommenden entgegen.

Aber schon hatte Erich seine junge Frau aus dem Wagen gehoben und führte sie in das Haus.

Er lachte, daß er sie nun daheim hatte, für sich ganz allein.

Er schob das Stübchenmädchen bei Seite und löste ihr selbst die Umhülle und den Kragen aus gefalteten Epiben.

Er fragte sie, ob sie hungrig sei und freute sich, als sie bejahte.

In dem altdeutsch vertäfelten Speisezimmer war das Souper servirt; er legte ihr vor und füllte ihr Glas mit Champagner; aber sie konnte nicht essen und nippte nur aus dem Glase.

Er nahm ihre Hände, und seinen Kopf dicht an den

ihrigen neigend, fragte er sie lächelnd, ob sie es denn nicht hübsch und behaglich hier fände.

Sie nickte. Sie wußte, er hatte alles hier angeordnet. Es war gewiß wunderschön, aber das hochhinaufreichende Wandgetäfel, in dem die Thüre verschwand, und die dunklen Vorhänge, die kein Licht anflingen, dies alles bedrückte und beugte sie, aber sie getraute sich's nicht zu sagen.

Da kam das Mädchen mit einem zweiten Bericht herein und erzählte von den zahlreichen Blumenpenden, die heute angelangt waren und nun im Zimmer nebeneinander aufgestellt seien. Helene sprang empor.

Sie wollte sie sehen und bat so beweglich, daß er lächelnd gewährte.

Er öffnete die Thür des anstoßenden Gemaches. Eine Hängelampe erleuchtete den Tisch, auf welchem die Blumen dekorativ in Körben und Körbchen, in Vasen und auf seidnen Kissen geordnet waren und einen bezaubernden Duft ausströmten.

Lene stand betroffen vor so viel Herrlichkeit.

„Wie schön!“ flüsterte sie.

Ein übergroßer Strauß von Orchideen mußte besonders auffallen, Erich hatte ihn sofort bemerkt und seine Stirn runzelte sich im Verdruß.

Er drehte Lene geschickt herum, um ihre Aufmerksamkeit nach einer anderen Richtung zu lenken, aber sie hatte ihn schon gesehen, und ehe er sich's versah, hielt sie den Strauß in den Händen.

„Ist dieser nicht der schönste von Allen?“ fragte sie und betrachtete voll Interesse die großblühigen, rosenrothen und gelbbraunen Orchideen, phantastisch in der Form, blendend in ihrer Farben Pracht, gierig in ihrer auffaugenden Fähigkeit, was sie umarmen, zu verzehren. Sie waren mit kleinen zarten Vergißmeinnicht gemischt, die völlig dazwischen verschwanden.

„Von wem ist der Strauß?“ fragte sie so plötzlich, daß



stärken. Speziell Herrn von Hammerstein scheint heute noch einmal zu Gemüth geführt worden zu sein, daß es mit seiner Reichsboten-Herrlichkeit zu Ende ist, wenn er gegen die Tabaksteuer nicht hart bleibt.

Die Debatte eröffnete heute der badiſche Geſandte Dr. von Jagemann. Derselbe brachte ein sehr umfangreiches Manuskript mit auf die Rednerbühne, aus dem er, unterstützt vom Herrn Präsidenten, ablas. Der Inhalt der „Aufzeichnungen“ polemisierte gegen die gestrige Rede Wassermann's, war aber sonst sehr harmloser Natur.

Eine von eingehender Sachkenntnis zeugende Rede hielt hierauf der Vertreter für Bremen, für den es sich bei der Sache weniger um Prinzipien, als wie um den Profit handelt. In diesem Punkte versteht der Bourgeois bekanntlich keinen Spaß. Herr Freese vergaß denn auch ganz und gar, daß er als reichstreuer Vertreter für Bremen gewählt ist, und er ging mit dem Grafen von Posadowsky in einer Weise ins Gericht, wie es sonst nur von den bösen Reichsfeinden zu geschehen pflegt.

Die Herren am Bundesrathstische schickten gegen den Bremer Tabak-Großhändler auch einen Fachmann vor, nämlich den Unterstaatssekretär Schrant, der seine Kenntnisse an der Straßburger Tabakmanufaktur unseligen Andenkens gesammelt hat.

Für die steuerlustigen Konservativen rückte ein rheinischer Landrath, Geſer, ins Tressen. Der Herr hatte sich das Bismarck'sche Wort, daß der Tabak mehr bluten müsse, zum Text seiner Rede gewählt, und mit der Umschreibung dieser Textworte langweilte derselbe eine volle Stunde das Haus.

Des trockenen Tones satt, griff unser Genosse Meister nun in die Debatte ein. Als Vertreter der Arbeiter zeigte er, daß nicht der Tabak, auch nicht die Großhändler und Fabrikanten, sondern die Tabakarbeiter es sind, welche bei der früheren Steuererhöhung bluten haben müssen und auf deren Rücken auch die Wirkungen der neuen Vorlage abgewälzt würden, wenn letztere Gesetz sollte werden.

Meister sprach in trefflicher Weise und unter voller Aufmerksamkeit des Hauses speziell vom Standpunkte der Tabakarbeiter gegen die Vorlage, deren Verweigerung in eine Kommission er namens der Fraktion für überflüssig erklärte. Sofortige zweite Lesung und dann Ablehnung sei das einzig richtige.

Herrn von Stumm, der sich auch bei dieser Gelegenheit nicht versagen konnte, seine langweiligen Anzuspungen gegen unsere Partei anzubringen, diente Meister in so derber Weise, daß der Herr Präsident glaubte interveniren zu müssen.

Die Verhandlungen sollen morgen fortgesetzt und event. am Montag zum Schluß gebracht werden. —

**Nachwahl zum Reichstage.** Bei der am 11. Januar stattgefundenen Reichstags-Erwahl für den Pfarrer Josef Cytronowski, der sein Mandat niedergelegt hatte, ist, wie die bis jetzt vorliegenden Zahlen ergeben, der **Centrum** mit **Landt** Mittergutsbesitzer Deloch mit großer Mehrheit gewählt worden.

Eine Veränderung im Bestände der Parteien hat somit nicht stattgefunden. —

**Aus dem Militärstaate.** Der Unteroffizier als Lehrer ist kein Wahn mehr, sondern Wirklichkeit. Der „Preuß. Lehrer-Zeitung“ wird aus Memel, 8. Januar, geschrieben: Auf der Nordspitze der Kurischen Nehrung liegt der Stadt Memel gegenüber das gleichnamige Fort. Es zählt etwa zehn schulpflichtige Kinder, die von jeder Schule abgeschlossen sind. Der Unterricht der Kinder ist daher dem Aufseher des Forts, dem aktiven Feldwebel Hammann gegen ein jährliches Gehalt von 540 M. übertragen worden. Der Unterricht wird an allen Wochentagen Vormittags ertheilt. Feldwebel Hammann nimmt auch regelmäßig an den Konferenzen der Lehrer des Kirchspiels Theil, wozu er stets in Uniform erscheint.

Der Anfang ist gemacht, das war das schwerste. Jetzt brauchen wir nicht weiter überrascht zu sein, wenn bald der ganze Etat des Unterrichtsweſens dem Kriegsminister unterstellt wird. Vielleicht hat dies dann das gute, daß für die Schulen auch etwas Geld zu haben sein wird. Die

Militarisierung des Medizinalweſens hat ja auch schon begonnen; wurden doch anlässlich der letzten Choleraepidemie sämtliche Beobachtungsstationen ausschließlich Militärärzten anvertraut. Vor allem anderen wäre es empfehlenswerth, die höheren Unterrichtsanstalten dem Kriegsminister, dem es an Geld nie fehlt, zu unterstellen, damit endlich das aufreizende Wort, daß die Kulturaufgaben leiden, verstumme. Freilich jetzt sind wir noch nicht so weit, muß doch selbst die stochkonervative „Schlesische Zeitung“ aus Anlaß der Einstellung der Neubauten an der Breslauer Universität über die schwere Schädigung der Universität und der Provinzial-Hauptstadt klagen. Wir haben nun schon einen General als Chef der Reichsverwaltung, man mache den Kriegsminister zum Chef des preussischen Ministeriums und besetze nicht bloß die besser bezahlten Stellen der Postverwaltung, sondern alle anderen Beamtenposten mit gebienten Soldaten vom General bis zum Unteroffizier herab, was ja bei den ständigen Heeresvermehrungen und den so zahlreichen Pensionierungen sehr leicht möglich sein wird. Man löse die Arbeiterwohnungsfrage, indem man die Arbeiter kasernire u. s. f.

Das ist alles nicht Utopie, sondern wird endlich von einflussreichen Personen ventiliert; unzweifelhaft sehen viele Leute in der Militarisierung unserer Staatsverrichtungen ein wirksames, ja das einzige Mittel, die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Aber die Sache hat ihren Haken. Man kann eine volksfeindliche Politik auf ein Heer stützen, das nicht auf der allgemeinen Dienstpflicht beruht, nicht das Volk in Waffen ist; hier liegt die Hauptschwierigkeit. Die sicherlich nicht radikalen „Grenzboten“ schreiben in einem auch sonst treffliche Einzelheiten enthaltenden Artikel „Neue Ziele, neue Wege“ hierüber: „Vorläufig allerdings bildet das Heer noch ein Gegengewicht gegen die Zersplitterung des Volkes in oppositionelle Parteien, denn die preussischen Heeresverrichtungen sind so vortrefflich (?), daß viele aus oppositionellen Volkselementen stammende Rekruten durch den Militärdienst dem Staate — wenigstens vorübergehend — gewonnen (?) werden. Allein die offensibare Keuschlichkeit, mit der seit etwa 15 Jahren die Hüter des Staates ihrerseits vor „Verführung“ behütet werden, bezeugt nur zu deutlich, wie sehr man sich an leitender Stelle der drohenden Gefahr bewußt ist, es mag gehen, so lange es geht, aber schließlich wird das „Volk in Waffen“ von derselben politischen Gesinnung durchdrungen sein, wie das Volk überhaupt.“ —

**Aber wer soll denn die Steuern für die Militärrückstellungen bezahlen?** Diese verzweifelte Frage des neuen Schatzsekretärs, als er die Abneigung des Reichstages gegen die Miquel'schen Steuerprojekte sah — und hörte, kennzeichnet so recht tragi-komisch die verzwickte, man möchte fast sagen verrückte Lage, in der die Regierung und der Reichstag durch die vorsehnliche Bewilligung der Militärvorlage gerathen sind. Die Militärvorlage ist beschlossen, aber niemand will die Kosten bezahlen. Das Natürlichste und Gerechteste wäre, die zahlen zu lassen, welche die Vorlage bewilligt haben. Und das sind auch die Herren mit den tragfähigen Schultern. Allein sie sträuben sich, trotz ihres „Patriotismus“, mit Händen und Füßen gegen diese Pflicht, die, wenn sie nicht Heuchler wären, sie sich zur Ehre anrechnen müßten. Nun — in Geldsachen hört der Patriotismus auf und so vieles andere — sagen die Königs-trennen.

Wie Reichstagsmajorität und Regierung aus der Patsche kommen, das ist ihre Sache, — in der geplanten Form sicherlich nicht —; und wir müßten lügen, wollten wir sagen, daß wir ob der grausamen Verlegenheit trauerten, in der sie sich befinden. —

**Gegen die Quittungs- und Frachtbrief-Stempelsteuer** haben sich die lothringischen Reichstags-Abgeordneten Dr. Haas und Abbe Neumann in einer Volksversammlung in Meß, in der die Quittungs- und Frachtbrief-Steuer besprochen wurde, im Namen aller lothringischen Abgeordneten erklärt. Sie wollen alle geschlossen gegen die Steuer stimmen.

Die Versammlung nahm eine Petition an den Reichstag

an, von der Besteuerung der Quittungen und Frachtbriefe abzuweichen und den bestehenden Lasten nicht neue, durch die Art ihrer Vertheilung und der mit der Erhebung verbundenen Zeitverräumniß, das Kleingewerbe besonders hart drückende Steuern hinzuzufügen. Die Petition wird in ganz Elsaß-Lothringen zur Unterschrift verbreitet werden. —

**Um die Meinung auch der Arbeiter über die Sonntagruhe** kennen zu lernen bereitet man jetzt eine weitere Enquete im Reichsamt des Innern vor. Der letzten Erhebung haben wir mit Recht vorwerfen können, daß Wertführer, Obersteiger und ähnliche „Arbeiter“, mit einem Worte Vertrauensmänner der Unternehmer und nicht der Arbeiter befragt wurden. Unsere Kritik hat gewirkt, der preussische Handelsminister hat sich nun an Arbeiterorganisationen gewandt. Mit seinem unternehmerfreundlichen Instinkte hat er glücklich entdeckt, welche Arbeiterorganisationen am wenigsten berufen sind, als Vertreter der Arbeiter zu sprechen und diese, nämlich die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, hat er beauftragt, Vertreter zur Enquete zu entsenden. —

**Ehrlichkeit ist die beste Politik,** dieser Satz bewährt sich auch in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, anknüpfend an den kaiserlichen Erlaß, von 1882 wurde von allen staats-erhaltenden Parteien als der höchste Ausfluß der Weisheit und Arbeiterfreundlichkeit bis in den Himmel erhoben, durch sie sollte der Sozialdemokratie das Wasser abgegraben sein. Ueber die Mängel der Gesetze wurde ob dieses Zweckes hinweggesehen und die Opposition der Sozialdemokratie gegen dieselben wurde einfach der Futurät zugeschrieben, daß die Arbeiter von den „Wohltathaten“ der Gesetze so geblendet sein würden, den sozialdemokratischen Fahren den Rücken zuzukehren. Diese selben Gesetze, welche ein Kampfmittel gegen die Arbeiter sein sollten, sind jetzt ein Dorn im Fleische der besitzenden Klassen und die Sozialdemokraten werden sich wohl hüten, diesen Dorn herauszureißen zu helfen. Die Wohltathaten derselben sind von den „Staatsbehaltenden“ Parteien so überaus gepriesen worden, daß die kümmerlichen Unterstützungen, welche den Arbeitern, zum großen Theil auf eigene Kosten, zuließen, erst recht die Unzufriedenheit der Arbeiter heraufbeschwören und in den rückständigsten Gegenden die Arbeiter um die Partei scharen müssen, welche die Renten der Alten und Invaliden über ein bloßes Almosen hinaus erhöhen wollte. Man sieht auch hier wieder, wie die reaktionären Parteien, indem sie die Sozialdemokratie bekämpfen, nur für diese arbeiten. Dieser Erkenntniß entsammt der Kerger der „National-Zeitung“, über das Verhalten der Sozialdemokratie, welche an den „Grundlagen“ der Versicherungsgesetze, die sie bei der Berathung abgelehnt hatte, jetzt durchaus nicht gerüttelt wissen will. —

**Die Korruption der Presse durch die Börse** wird nun, nachdem der „Vorwärts“ zum Kerger der Presse das Material aus dem Papierberge der Börsenquente ausgegraben hat, von den hiesigen Zeitungen zum Theil durch Wiedergabe der von unserem Blatte mitgetheilten Stellen zur öffentlichen Diskussion gestellt. Jetzt werden auch nette Jugständnisse gemacht, so schreibt die „National-Zeitung“:

Die Thatsache eines korrupten Zusammenwirkens mancher Elemente der Börse und der Presse ist notorisch und unbezweifelbar; aber wer den Anspruch erhebt, Belege dafür vorzubringen, der muß die Namen der Beteiligten nennen; nur dadurch ist Abhilfe möglich. . . . Nicht die Thatsache vorhandener Korruption, sondern ihr Umfang und die Personen der Schuldigen bedurften der Feststellung; hierfür aber leisten Behauptungen, wie die skizzirten, schlechterdings gar nichts.

Das sind ja recht nette, die richtige Werthschätzung der bürgerlichen Presse erleichternde Jugständnisse.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist sehr böse, daß die „National-Zeitung“ fordert, was wir schon vor Jahr und Tag von der biedereren „Kreuz-Zeitung“ begehrt haben, daß die Wissenden, wozu doch der Börsenredakteur der „Kreuz-Zeitung“ gehört, die Namen der korrupten Börsenjournalisten nennen solle. Sie schreibt übrigens nicht ganz unzutreffend:

Lust! Ihr war zum Ersticken; wenn sie erst wieder den Himmel über sich sah, dann würde ihr besser werden. Sie trat hinaus.

Eine undurchdringliche Nacht; kein Stern blickte hernieder, und Himmel und Erde schieden sich nicht von einander. Ein schwüler Wind hatte sich erhoben, es rauschte vom Walde her, der sich hinter dem Hause erstreckte, es rauschte vom Wasser herauf, das sich wohl unweit in jähem Gefälle schäumend nach abwärts stürzte.

Wohin würde sie sich wenden, wenn sie den Fuß aus dem Hause setzte? Fremd war ihr Alles — die Nacht gähnte sie an, leer erschien sie ihr und doch von Gefahren bevölkert.

Da hörte sie sich beim Namen rufen — sie schreckte zusammen, denn diese Stimme klang felsam, fremdartig und sonderbar. Eine Furcht überkam sie, wie sie sie nie gefannt, Furcht vor dem Manne, der ihr Mann war, Furcht vor Allem, was sie umgab.

Sie trat in die Thür zurück und blieb dort stehen, die Hand auf den Drücker gelegt, von einem nervösen Zittern erfasst.

Das Licht des Kronlusters erreichte sie und huschte flackernd über sie hin.

Der Wind hatte ihr Haar durchwühlt und zum Theil gelöst, es fiel tief auf die Spitzen des Kragens herab, den die Hand des Gatten zurückgeschoben, daß der junge Hals in seiner matten Würze hervorschimmerte. Sie war während schön in dem Augenblick, so schlank und fein die Gestalt, so anmuthig die Linien des Kopfes, der sich gegen die Scheiben lehnte, und ihre sammetweiche Wangen so blaß.

Vene! ruft er.

Sie schließt die Augen, aber sie fühlt seinen heißen Athem über ihrem Gesichte und den festen Druck seiner sie umschlingenden Arme.

Der nächste Morgen war frisch und klar.

Es hatte während der Nacht tüchtig geregnet, der Boden war durchtränkt und Gräser und Blumen erglänzten in dem überreichen Naß, das sich auf ihren Halmen und in ihren Reichen gesammelt hatte.

In der Villa hatten die Mädchen das Frühstück bereitet und warteten nun auf das Blodenzzeichen der Herrschaft.

Es ertönte. Das Stubenmädchen betrat mit dem Kaffeebrett das Zimmer der Gnädigen.

Sie war erschaut, die Rolllorvohänge schon aufgezogen und das Fenster geöffnet zu finden. Das reizende, mit rosa Bändern gepuzte Morgenkleid lag unberührt über dem Sessel, wie sie es gestern hingelegt, und die junge Frau stand, von oben bis unten in ihren dicken Reiselaid gewickelt, am Fenster und blickte so aufmerksam in den kühlen Morgen hinaus, daß sie ihr Eintreten ganz überhörte.

Wenigstens that sie so und blieb unbeweglich.

„Ei, ei,“ dachte Sofie, war aber so klug, ihr Kopf schütteln innerlich abzumachen, denn da saß, in einem Lehnstuhl, der gnädige Herr vor dem Frühstückstisch mit gekreuzten Beinen, ein Buch in der Hand, in dem er zu lesen schien.

Sie bemerkte, daß er darüber hinweg sie beobachtete, während sie geschäftig den Tisch deckte. Als sie mit den Tellerchen ein wenig klapperte, fuhr er nervös in die Höhe.

Sie erschrak über den zornigen Blick, der sie traf, und erwartete einen Tadel. Er schwieg indes und trommelte nur mit den Fingern nervös auf dem harten Deckel des Buches herum, dann sagte er mit affectirter Sanftmuth:

„Es ist gut, wir brauchen Sie nicht weiter, Sofie, wir werden uns selbst bedienen.“

Sie nickte und ging nach der Thür. Dort blieb sie stehen.

„Gnädige Frau haben keine Befehle?“ fragte sie, indem sie einen Blick nach dem Fenster sandte.

Die junge Frau wandte sich mit einem Ruck nach ihr um, der Plaid fiel von ihren Schultern, sie stand im weißen Nachtgewande vor ihr.

Sie hob die Arme und streckte sie ihr entgegen, aber wie gelähmt saßen sie wieder an dem zarten schlanken Leibe nieder.

Der Gatte hatte sich geräuschvoll erhoben und trat auf seine Frau zu.

Sofie entfernte sich schleunigst.

Eine halbe Stunde später schritt Dr. Hartmann allein durch den Garten und gewann die Straße.

Er sah schmutz aus in dem legeren Sommeranzug, den er zum ersten Male trug, und war zugleich von be-

zaubernder Männlichkeit in Haltung und Ausdruck wie immer.

Es war so natürlich, daß er allen Weibern die Köpfe verrückte. In diesem Morgen trug er den seinen indes nicht ganz so hoch als gewöhnlich.

Er zupfte mit der Linken recht unbarmherzig an seinem Bart, während er mit der Rechten sein Spazierstöckchen im Kreise herumwirbelte.

Zum Teufel auch, es ist keine leichte Sache für einen Lebemann, sich in Gefühle und Stimmungen eines so unglaublich unwissenden Mädchens hinein zu denken, wie Vene war.

Er begriff auch absolut nichts davon, er hatte keine Ahnung von seelischen Empfindungen, die so tief gehen, daß sie ein ganzes Leben beeinflussen, er begriff nur ihre Wehleidigkeit und — lächelte dazu.

Er blieb stehen und blickte nach dem offenstehenden Fenster zurück. Kam nicht ein Zeichen von dort, das ihn zurückrief? Es rührte und regte sich nichts.

„Du dumme, zu albern,“ murmelte er, während seine Brauen sich runzelten. Dann warf er den Kopf zurück und auf den vollen Lippen erschien das übermüthige Lächeln, in dem sich die ganze Ueberlegenheit des Mannes aussprach.

Er war doch ein Siegfried und kein Gunther gewesen — das Uebrige wird sich finden.

Und rasch, mit elastischen Schritten ging er vorwärts, mit seinem Stöckchen die zarten Blumenköpfe niedersäbelnd, die am Wegraine emporwuchsen.

Vene hatte sich, wie im Paroxysmus des Fiebers ihrer ganzen Länge nach auf die Ottomane hingeworfen.

Die Decke eines darangeschobenen Tisches wurde ein wenig mitgerissen, und die darauf stehende, mit Rosen gefüllte Vase war umgefallen. Die Blumen lagen am Tische und das Wasser rann in schweren Tropfen langsam auf den Boden herab.

Sie rührte sich nicht. Gegen die Polster gelehrt, bleibt sie, die Arme unter den Kopf gelegt, stumm und thranenlos, innerlich wie vernichtet. Sie will nichts denken, nichts fühlen, aber sie kann es nicht hindern, daß immer wieder zwei funkelnde Augen vor ihr aufblitzen, mit einem Ausdruck, der ihr die Begierde enthalt.

Ein Schauer überläuft sie — wird sie jemals den Eindruck verwinden? (Fortsetzung folgt.)



Muß erscheinen, wie wir hier nochmals hervorheben, die Personen der beteiligten Vertreter der Presse als Nebenbuhler; würden wir durch Nennung ihrer Namen ihre Entfernung aus der Presse herbeiführen, so würden sie durch andere ersetzt werden, für deren bessere Qualität wir keine Gewähr übernehmen möchten.

Das System, das wir vernichten wollen, und nicht einzelne Personen sind eben an Börsenschwindel und Profitorruption schuld. Uebrigens fordert nun die „Kreuz-Zeitung“ die „National-Zeitung“ auf, die Namen, welche sie wohl kennt, zu nennen. Vielleicht erinnert sich auch die jungfräuliche „National-Zeitung“ ihrer Börsenbetrücker zur Zeit des Gründungschwindels.

**Zur Urinfrage.** Zur Ergänzung unserer gestrigen Notiz „Die Gelden Hans Blum und Otto Bismard“ veröffentlichten wir noch ein Privattelegramm des „Leipziger Tageblatt“ aus Hamburg vom 10. d. M. also lautend:

Die „Hamburger Nachrichten“ reproduzieren die Bismard-freundlichen Anstellungen der Mäntchen „Allgemeinen Ztg.“ über den Brief des Grafen Arnim-Schlagenthin und bemerken dazu: „Auch die gerichtlichen Erkenntnisse gegen den Grafen Harry Arnim, die von anerkannt unparteiischen preussischen Richtern im Jahre 1878 gefällt worden, erscheinen, wenn auch hart, so doch nicht im Widerspruch mit der damaligen öffentlichen Meinung. Letztere wird auch heute nicht annehmen, daß die höchsten preussischen Gerichte gegen einen Mann in dieser Stellung pro nihilo so schwere Erkenntnisse gefällt haben würden.“

Was das Organ des Herrn Hans Blum hier aus dem Hamburger Bismard-Nephtil aufsticht, ist wohl mit das Stärkste, was der Gläubigkeit und Geduld des deutschen Publikums bisher geboten worden. Der „Freund“ des Hans Blum scheint vergessen zu haben, daß eine der schwersten Anklagen, die über ihm schweben, und die durch wichtiges Material begründet sind, der forumpirende Dreck ist, welchen er auf die deutschen Richter und Gerichte ausgegossen hat — in einem Grad und in einer Ausdehnung, wie dies in keinem anderen Kulturstaat auch nur annähernd vorgekommen ist — nicht einmal in dem zweiten französischen Kaiserreich.

**Nationalliberales Volk.** Wer sich überzeugen will, wie unerblich die nationalliberale Presse in ihrer Beurteilung der sozialdemokratischen Partei ist, braucht bloß die Urtheile dieser Presse über ein bestimmtes Ereignis nach Verlauf einiger Wochen zusammenzustellen. Nach dem Rochtopf-Attentat wurden wir bekanntlich von der nationalliberalen Presse zu Komplizen der Anarchisten gestempelt, und der „Vorwärts“, weil er das Attentat nicht als eine politische Parteisache auffaßte, als seines „Buzismus“ und seiner „zwischen Parteinarbeit für den Attentäter“ auf's Schamloseste denunziert. Heute schreibt das selbe nationalliberale Volk, der „Vorwärts“ befehle sich seit einigen Wochen einer ungewöhnlichen Mäßigung. Und zwar warum? Weil wir ein neues Sozialistengesetz fürchteten! Man sieht, jeder „fittliche Geist“, ein einmal in ihrer eigenen Sprache zu reden, ist diesen Jämmerlingen abhandeln gekommen. Bemerkte sei bei dieser Gelegenheit, daß der nationalliberale Abgeordnete Bötker der Dirigent des nationalliberalen Schimpf-Kongresses gegen die Sozialdemokratie ist. Und das ward dem Herrn, als er sich vorgestern im Reichstage maufsig machte, unter die Nase gerieben.

Daß die staatlichen Werkstätten Musteranstalten sein sollen, ist einmal in einem kaiserlichen Erlasse behauptet worden; ob die Betriebsämter bestrebt sind das Kaiserwort wahr zu machen, erscheint uns sehr zweifelhaft, wenigstens kommen vielfach Klagen der Arbeiter aus Staatswerkstätten in die Öffentlichkeit, daß an den Worten stark gezwiebelt werden darf.

Die Betriebswerkstätten der Main-Neckar-Eisenbahn an der die Staaten Preußen, Hessen und Baden partizipieren und die ihren Direktionsitz in Darmstadt hat, auch einen bedeutenden Ueberschuß macht, — für die drei genannten Staaten beträgt der voraussichtliche Reingewinn jährlich über 2/3 Millionen Mark, und es entsfällt auf Hessen der Anteil von 1 078 018 M., — scheint keine Spur von Musteranstalt zu sein. Selbst die in der Arbeitsordnung bedingten Löhne werden nicht, wie dort niedergelegt, ausbezahlt.

Der § 48 der Arbeitsordnung für die Betriebswerkstätten der Main-Neckar-Eisenbahn lautet:

„... a. für nächtliche Arbeiten in der Zeit von 7 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens wird den betreffenden Arbeitern der doppelte Betrag des auf die betreffenden Arbeiten entfallenden Tagelohns bewilligt.“

Leider steht diese Bewilligung nur auf dem Papier, d. h. in der Arbeitsordnung. Beachtet man, daß die Arbeiter streng die sie betreffende Bestimmung der Arbeitsordnung einhalten müssen, so findet man begreiflich, daß ein Umgehen dieser Arbeitsordnung seitens der Betriebsleiter vielfach Mißstimmung hervorruft.

Bei der nächsten Kammerverhandlung, also auch der Eisenbahnetat beraten wird, dürfte unseren sozialdemokratischen Abgeordneten zu rathen sein, dieser Angelegenheit einmal näher zu treten.

Das „elendeste aller Wahlgesetze“, als welches Bismard das preussische einst bezeichnete, wird noch weit übertroffen durch das braunschweigische Landtags-Wahlgesetz. Der Landtag besteht zum großen Theil aus ländlichen Vertretern der Meistbesitzenden; das Wahlrecht der Bevölkerung kommt hingegen, da dasselbe auch nur indirekt und nach dem Dreiklassen-System unter Mitwirkung der Magistrate und Gemeindevertretungen gelbt wird, kaum in Betracht. Die braunschweigischen Sozialdemokraten betreiben gegenwärtig eine lebhafteste Agitation gegen das bestehende Wahlgesetz. Die freisinnigen Blätter nehmen von ihr Notiz, geben jedoch der Meinung Ausdruck, daß die Agitation wenig Erfolg verheißt wegen des zu erwartenden Widerstandes der ländlichen Abgeordneten. Vor etwa 19 Jahren brachte die Regierung im Landtage selbst ein neues Wahlgesetz ein, nach welchem wenigstens ein Theil der Abgeordneten aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehen sollte. Bei etwas gutem Willen der liberalen Abgeordneten war an der Annahme dieses Gesetzes nicht zu zweifeln. Wenn dasselbe dennoch fiel, so tragen die Liberalen einen guten Theil der Schuld, da bei ihnen die Angst davor, daß durch das neue Wahlgesetz ein Sozialdemokrat in den Landtag kommen könnte, so möglich noch größer war als bei den Konservativen und den bauerlichen Abgeordneten. Die Freisinnigen haben also gar keine Berechtigung, die Schuld an der reaktionären Gesetzgebung von sich abzuwälzen.

**Die ungarische Arbeiterpartei,** die entsprechend der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, der niedrigen Bildung und der nationalen Zerissenheit der Bevölkerung sehr schwach ist, leistet sich den Luxus einer tiefgehenden Spaltung, die nicht auf prinzipielle Gegensätze, sondern auf persönliche Eifersüchteleien zurückzuführen ist. Die Arbeitermassen haben auf die „Parteilösungen“ fast gar keinen Einfluß, ja die Parteileitungen sind in sich selbst uneins, aus den leitenden Kreisen der beiden sich in Budapest befindenden Gruppen mußten Personen ausgeschlossen werden nicht wegen abweichender Gesinnung, sondern wegen ihrer Beziehungen zur Polizei und Bourgeoispreffe. Ein gut gemeinter Versuch der Provinzgenossen, auf einem nach Temesvár einberufenen Kongress die Einigkeit herzustellen, ist mißlungen, zu zwei neuen Kongressen wird eingeladen, so daß der Streit weiter geht. Dies ist sehr zu bedauern. Die einzige Hoffnung die bleibt, ist, daß die Arbeiter sich aufrufen und ohne Rücksicht auf die persönlichen Interessen ihrer „Führer“ sich organisieren, endlich reinen Tisch machen und dem Sozialismus auch in Ungarn freie Bahn schaffen. Die Kinderkrankheiten des ungarischen Sozialismus dauern jetzt schon zu lange.

**Ungarische Krankenpflege und Tabakmonopol in der Schweiz.** Unser Züricher Korrespondent schreibt:

Die Bewegung für die Initiative, betreffend ungarische Krankenpflege und Tabakmonopol, behauptet ihre Stellung im Vordergrund der inner-schweizerischen Politik. Je mehr seitens der organisierten Arbeiterschaft und seitens anderweitiger Freunde der Initiative geschieht, um dieselbe zu fördern und der Kampagne den Sieg zu sichern, desto mehr strengen sich die Gegner an, ihr entgegen zu wirken. Den neuesten Trumpf hat ihnen ein bekanntlich à la Gueist alles beweisender Züricher Universitätsprofessor, der in seinen „Flegetjahren“ kommunistenfreundlich gekannt Dr. G. Vogt geliefert. Er hat herausgefunden, daß die Initiative verfassungswidrig sei, weil sie zwei Gegenstände betreffe und daher seitens der Bundesversammlung verworfen werden müsse und wenn dafür eine noch so große Unterschriftenzahl aufgebracht werden würde. Geradezu beibeherrig greifen in trauter Eintracht liberale und demokratische Kapitulanten den scheinbar rettenden Strohhalm auf und machen ihn nun zum Hauptkampfmittel gegen die Initiative. Die Vertreter der Initiative dagegen behaupten die völlige Verfassungsmäßigkeit derselben. Immerhin ist der neue Einwand der Gegner nicht unbedeutend, da die Initiative in der zum größten Theil kapitalistisch zusammengesetzten Bundesversammlung wenige Anhänger zählen dürfte und es daher nicht unwahrscheinlich ist, daß sie im Sinne der Vogt'schen Auffassung entscheidet. Für die Initiative wäre ein solcher Entscheid verhängnisvoll.

Das von den Initianten begehrte staatliche Tabakmonopol gewinnt indessen an guter Aussicht. Es erklären sich nämlich neuerdings auch die kleineren Zigarrenfabrikanten dafür, daß sie nach dem Gange der wirtschaftlichen Entwicklung erkannt haben, daß in einigen Jahren die großen kapitalkräftigen Zigarrenfabrikanten ein Privatmonopol errichtet haben werden, das die kleinen Unternehmer verschlingen wird. Vom staatlichen Tabakmonopol erhoffen sie aber neue Existenz als Leiter.

Nebenher geht durch die Presse eine Zuschrift, welche bereits im Juni 1892 der Chef des eidgenössischen Finanzdepartements, Bundesrath Hauser, in Sachen des Tabakmonopols auf eine beugliche Anfrage an die Zigarrenarbeiter-Gewerkschaft in Seetal-Beimvyl (Kanton Aargau) gerichtet hat. In dieser Zuschrift wird die Nothwendigkeit namhafter Bundesbeiträge an die Kranken- und Unfallversicherung hervorgehoben und in Rücksicht auf die unangünstigen eidgenössischen Finanzen die Einführung des staatlichen Tabakmonopols betont. Es werden dann die Bedenken der Gewerkschaft, daß die Arbeitslosigkeit für die Zigarrenarbeiter vermindert werden könnte, mit der Versicherung getreut, daß jede solche Gefahr bei Einrichtung des Tabakmonopols vermieden werden würde. Die Zuschrift schließt: „Wir glauben, Sie dürfen sich der zuversichtlichen Hoffnung hingeben, daß auch bei der Einführung des Tabakmonopols die Bundesgesetzgebung dafür sorgen werde, daß die berechtigten Interessen des heutigen Gewerbes und seiner Arbeiter geschützt bleiben.“

Es ist klar, daß dieses amtliche Schreiben wie auch die Träger der Initiative selbst alle Bedenken der Zigarrenarbeiter zerstreuen und sie der Bewegung günstig stimmen.

Wir haben schon früher betont, daß die Frage des Tabakmonopols in der Schweiz anders aufzufassen ist, wie in Deutschland. Bei uns würden die Erträge des Tabakmonopols gewidmet werden und die Organisation würde die volkseindliche Staatsgewalt stärken. In der Schweiz dagegen soll das Erträgnis den Arbeitern direkt dienen und dann bietet die demokratische Verfassung der Schweiz genügende Garantie gegen ein die Arbeiter etwa nicht befriedigendes Ueberwuchern eines bürokratischen Staatssozialismus. Die Debatte.)

**Polizeisur in Frankreich.** Aus Paris wird telegraphirt: Den Inhabern der Tabakbureaus wurde von der Polizeibehörde eine Liste der revolutionären und anarchistischen Blätter und Zeitschriften zugestellt, deren Verkauf auf das Strengste untersagt ist.

Nun, wenn Frankreich nicht durch diese kleinliche und gehässige Polizeimaßregel vor dem Sozialismus gefeit ist, dann ist den armen Kapitalisten nicht zu helfen.

**Der Pariser Rochtopf-Werfer** wird von einem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, welcher der Prozeßverhandlung beiwohnte und das Urtheil noch nicht kannte, also geschildert:

Da sah er nun also auf der Anklagebank, wie das lebendige Problem der Anarchie. Es war wahrlich nicht leicht, über ihn zu richten. Nach der hohen Staatsraison hatte er den Tod verdient, das war kein Zweifel. Er hatte sich an der souveränen Volkvertretung vergangen. Er hatte der bürgerlichen Gesellschaft einen Krieg ohne Gnade erklärt, und die Gesellschaft hatte das Recht, hatte die Pflicht, sich ohne Gnade zu verteidigen. Aber alle diese so stolzen und so richtigen Erwägungen kamen ihm Schwanken, als man ihn sah. Die Staatsraison konnte zehnmal Ja sagen, die Menschlichkeit sagte zwanzigmal Nein. Alles in dieser armenförmigen, in dieser besorgniserregenden Erscheinung rief die Menschlichkeit zu Hilfe. Vaillant hat keine Verbrecher-Physiognomie. Herr Vaillant, der frühere Minister, den wir zuletzt auf demselben Platze gesehen haben, paßte viel mehr in den Rahmen der Anklagebank als Vaillant. Beim ersten Blick, den man auf ihn richtete, sagte eine innere Stimme sofort: „Das ist ein Unglücklicher.“ Gram, Hunger, Entbehrung haben die tiefen Furchen in dieses hagere Gesicht gegraben, aus dem die Knochen heraussehen, haben diesen Augen ihren trübseligen Schimmer gegeben, haben dieser Stimme ihren traurigen und manchmal so verbitterten Klang verliehen. Wenn man dann näher zusah, so entdeckte man allerlei Material zu einem zweiten ergänzenden Urtheil: „Das ist ein Verräther.“ In der That, es ist beinahe der klinische Typus der Gesichtsmaske des Geisteskranken. Die unnatürlich gewölbte Stirn, hinter der sich schwere Gedanken wälzen müssen, die tiefliegenden, unthätigen Augen, die starren Gesichtszüge, die ganze ungekünstelte Ruhe in den Stunden, wo es sich um Tod und Leben handelt — all das deutet auf starke geistige Abnormität hin. So beginnt man langsam den Mann

zu begreifen. Das Elend hat zuerst an ihm herumgehört. Es hat ihm die große Verbitterung und den großen Haß gegeben. Dann kam die Verrücktheit und bildete aus diesem Haß das Verbrechen. Gewiß, es ist ein Wahnsinn, zu glauben, man könne durch das Werfen einer Bombe das goldene Zeitalter herbeiführen. Aber es ist auch gewiß, daß er an dieses tolle Zeug wahrhaftig geglaubt hat.

Und den Mann hat die bürgerliche Gesellschaft zum Tode verurtheilt! Das ist ein tausendmal größeres Verbrechen als die That des „Verrückten“, den die Gesellschaft zum „Verbrecher“ gemacht hat.

**Italien.** Aus Sizilien liegen gar keine Nachrichten vor, außer der einen: Alles ist ruhig. Und diese Nachricht ist zu gut, um wahr zu sein. Auch das Aigen ist eine Kunst — Herr Crispi, der sonst Meister darin ist, scheint es diesmal vergessen zu haben. Auch im fest-ländischen Italien soll „alles ruhig“ sein. Dabei erfahren wir aber von Dugenden von mehr oder weniger ernstlichen Tumulten, ja von blutigen Zusammenstößen, von plahenden Petarden und Bomben, Massenhausdurchsuchungen und Massenverhaftungen. Kurz, Italien ist nicht ruhig. Die Wahrheit wird verschwiegen und gefälscht, und wenn wir die Lage der Regierung vielleicht ungünstiger auffassen, als sie in Wirklichkeit ist, so trägt Herr Crispi selber die Schuld.

**Zur Lage in England** schreibt unser Londoner Korrespondent:

In der großen Politik nähern wir uns dem Moment, wo die Parlamentsauflösung unvermeidlich wird, und dies Ereignis wirft nach verschiedenen Richtungen hin seine Schatten voraus. Bei der Nachwahl in Ayrington haben die Liberalen mit Ach und Krach ihren Sitz behalten, trotzdem von seiten eines großen Theils der Sozialisten für Wahlenthaltung agitirt worden war, und diese in erster Linie Schwächung der Liberalen bedeutete. Aber eine Minderheit der Sozialisten hielt den Moment nicht für gut gewählt, durch Fortbleiben von der Urne den Tories einen Sitz in die Hand zu spielen, wo diese soeben mit Hilfe der Lords das von der Regierung eingebrachte Haftpflicht-Gesetz zu Fall gebracht, und empfahl, da kein Arbeiterkandidat im Felde, für den Liberalen einzutreten, und die Mehrheit der Arbeiter scheint ihr gefolgt zu sein. Im Sinne der Wahlenthaltung nahmen von bekannten Sozialisten öffentlich Keir Hardie und Tom Mann Stellung, während John Burns ein sehr eindringliches Manifest zu gunsten der Stimmabgabe für den Liberalen erließ.

Diese Uneinigkeit unter den Sozialisten ist gewiß bedauerlich, aber wenn in verschiedenen Blättern Burns wegen des erwähnten Manifestes als ein Abtrünniger behandelt wird, so ist das mindestens sehr übereilt geurtheilt. Burns hat gewiß große Fehler und hat in letzter Zeit verschiedene arge Verstöße begangen, die Niemand vertheidigen kann, aber in dieser Frage kann sein Manifest im schlimmsten Falle als ein taktischer Fehler, keineswegs aber als ein Verrath an der Arbeiterschaft bezeichnet werden. Die Situation war eine ähnliche wie in Deutschland bei einer Stichwahl, und ob bei einer solchen Wahlenthaltung rathsam ist, kann nicht schlechtweg mit Ja oder Nein beantwortet werden. Wir haben in Deutschland uns in der Regel enthalten, unter bestimmten Verhältnissen aber eingegriffen, jedoch für beides gab es bei uns Mehrheit und Minderheit. Das ist auch hier der Fall, nur giebt es leider hier noch keine sozialdemokratische Partei, keine der bestehenden Organisationen kann darauf Anspruch erheben, die Partei zu sein, und so lange dies der Fall, kann auch das Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse oder Wünsche der Einzelnen nicht mit dem Stigma des Abfalls beantwortet werden.

Jedenfalls scheint der Anfall der Wahl in Ayrington den intelligenten Führern der Tories Zweifel an der Güte ihrer Obstruktionspolitik eingefloßt zu haben. Die Partei hat mit Homerulevorlage absolute Obstruktion entgegengesetzt, sie hat mit Hilfe der Lords die Haftpflichtverbesserung bloßirt, jetzt steht seit fast zwei Monaten die Gemeinde- und Distriktsvertretungsvorlage zur Spezialberatung, ein zwar nicht fehlerfrei, aber im ganzen unzweifelhaft demokratisches Stück Gesetzgebung, das den Arbeitern in Stadt und Land maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung der Pfarrei als politische Einheit und der Distrikte zufließt. Bisher haben auch hier die Tories durch Stellung von allen möglichen und unmöglichen Amendements die Beratung in die Länge gezogen, in der hüllen Absicht, entweder die Regierung zur Anwendung der Redegabeln zu zwingen, was alsdann den Lords den Vorwand bot, die Vorlage als nicht genügend durchberathen abzulehnen, oder aber die Zweiteberathung der Bill überhaupt zu vereiteln. Wie schön, wenn man dann den Wählern sagen konnte, seht, die Liberalen bringen überhaupt nichts zustande. So argumentirten die Heißsporne der Partei. Indef das Spiel war doch nicht so unbedenklich, und unter dem Einfluß des Herrn Arthur Walfour, der, obwohl der Neffe Lord Salisbury's, wohl der Gescheiteste und Umsichtigste der Konservativen ist, ist in diesen Tagen ein Kompromiß zustande gekommen, der wenigstens dieses Gesetz zur Verwirklichung zu bringen verspricht. Freilich nicht ohne Schädigung auf Kosten der Landarbeiter. Der Kompromiß schränkt die Vollmachten der zu schaffenden Distrikts- r. Räte, mit bezug auf den Zwangsverkauf von Grundstücken zur billigen Verpachtung oder Veräußerung derselben an Landarbeiter dahin ein, daß die Landstücke nicht mehr als einen Acre Acker und drei Acre Weideland betragen sollen. Ferner sollen nach ihm die Distrikts-Räte, die die Funktionen der Armenräthe (Boards of Guardians) übernehmen, sich außer dem Vorstehenden und Vizevorstehenden noch zwei Mitglieder kooptiren dürfen, also im Ganzen vier nichtgewählte Mitglieder. Das kann auch dem Lande leicht eine so große Verstärkung des den Landlords und Pächtern günstigen Elements bedeuten, daß die Vertreter der Landarbeiter absolut zur Einkniffligkeit verurtheilt sind, und die Reduzirung der Landstücke auf einen Acre (0.40 Hektare) Ackerland hält den Landarbeiter in die Nothwendigkeit, für den Landlord oder Pächter zu schenken; indef die Tories gaben in diesem Punkte nicht nach, und den Liberalen, die keiner Klasse unter den Wählern sicher sind und deshalb eine radikale Ausfechtung des Kampfes scheuen, gaben nach, um wenigstens nicht mit ganz leeren Händen vor die Wähler treten zu müssen. Ihre volle Emanzipation werden sich die Arbeiter in Stadt und Land selbst erkämpfen müssen, und den Landarbeitern werden die neuen Vertretungskörper wenigstens ein gutes Uebungsfeld liefern.

Von gewissem Einfluß mag auch auf die Konservativen die Rücksicht auf die bevorstehende Neuwahl im Wahlkreis Horn-castle (Lincolnshire) gewesen sein. Derselbe war bisher durch einen der Ihrigen, den jüngst verstorbenen Ex-Kriegsminister Stanhope, vertreten, bei dessen Wahl das persönliche Moment eine große Rolle spielte. Der Wahlkreis ist durchaus ländlich, und die Liberalen, mit ihrem auf die Landarbeiter berechneten Programm sind dort keine ungefährlichen Gegner. Ob aber die Bedingungen, von denen die Tories ihre Zustimmung zum Gesetz abhängig gemacht, dazu geeignet sind, die Landarbeiter an ihre Fahne zu fesseln, möchte zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls darf man auch dieser Wahl mit Interesse entgegensehen. Das letzte Mal war das Stimmverhältniß 4488 Konservativ gegen 3700 Liberalen.

**Briefkasten der Redaktion.**

L. St., Leipzig. Deuille's Schrift erhalten Sie vielleicht durch „Le Socialiste“, Avenue d'Orleans 26, Paris. — Die erstgenannte Broschüre ist zur Zeit nicht da, aber in Vorbereitung.



Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Sonnabend, den 13. Januar.  
**Opernhaus.** Maria. Die Puppenfee. Bajazzi.  
**Schauspielhaus.** Don Carlos, Infant von Spanien.  
**Deutsches Theater.** Der Herr Senator.  
**Berliner Theater.** Aus der lombischen Oper. Das Gefängnis.  
**Lesing-Theater.** Der ungläubige Thomas. Ein Millionär a. D.  
**Wallner-Theater.** Geschlossen.  
**Friedrich-Wilhelmsd. Theater.** Der Lieutenant zur See.  
**Residenz-Theater.** Der Mustergatte.  
**Neues Theater.** Sappho.  
**Central-Theater.** Ein toller Einfall. Berlin 1893.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Viktoria-Theater.** Die Kinder des Kapitän Grant.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die lustigen Weiber von Berlin. Nachher: Bajazzi.  
**National-Theater.** Der Teufel in Berlin. Nachher: Charley's Tante.  
**Theater Unter den Linden.** Salon Hugelberger. Hierauf: Brahma.  
**American-Theater.** Die Gründung Roms in der Mörderstraße, oder: Die Rache des Gänserichs.  
**Wintergarten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variétés.** Spezialitäten-Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Doppelvorbereitung zu einfachen Preisen. Novitäten! Novitäten!

### Charley's Tante.

Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse. Regie: Max Samst.

### Der Teufel in Berlin.

Drei Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Brudens. Musik von H. Wiedecke. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Adolph Ernst-Theater.

### Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi.

### Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth.

### American-Theater.

Große Vorstellung. Neu! Wieder-Auftreten des urkomischen Bendix.

Neu!! Auftreten des Neu!! besten Bauchredners d. Jetztzeit

### H. Blank.

Ferner: Die Gründung Roms oder: Die Rache des Gänserichs.

Aufr. sämtl. Spezialitäten. In Vorbereitung: Die Obedachlöcher, oder: Lumpen-Susanne. Parod. real. Trauerspiel von Oscar Wagner.

Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

### Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.

Neu! Neu! Neu! Ein Stiergefecht in Cadix. Große Ausstattungs-Parodie.

Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämtlichem Theaterpersonal.

Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

### Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. Zum 8. Male: Ein toller Einfall.

Schwank in 4 Akten von Carl Laufs. Hierauf zum Berlin 1893.

Revue in 2 Akten v. Leipzig. Anfang der Vorstellung 7 1/2, der Revue 9 1/4 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Welt u. größt. Stablißem. Berl. Neues Programm.

Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree. National-Konzert D. Obenlander

in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten

I. Ranges. Mr. Kauning, Concertmaler.

Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgenäde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verlost wird.

Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.

Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von Vahrenhoser Lagerbier, hell und dunkel.

In den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf. Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.

Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Passage-Panopticum. Der Deutsche Mann mit dem Steinkopf.

Ohne Extra-Entree. Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

„Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a. Sonntag, den 14. Januar 1894:

Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Neu! Zum 1. Male: Eine Soiree bei Lehmann's

Großes Ensemble von Reysel. Montag: Viktoria-Brauerei.

Dienstag: Böhmisches Brauhaus.

Circus G. Schumann, Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.

Sonnabend, den 13. Januar ev., Abends 7 1/2 Uhr: Große Gala- und Sports-Vorstellung.

Aus dem reichhaltigen Programm ist hervorzuheben: Grand Quadrille Noblesse mit 12 Schulpferden, ger. v. 6 Damen und 6 Herren.

Potpouri mit 12 Hengsten, in 3 Akten vorgef. von Herrn M. Schumann. „Albert“, in allen Gangarten der hohen Schule ger. v. Fr. Adelo Schumann.

Damen-Hurdle-race mit englischen Halb- und Vollblutpferden. Fidsbus, Springpferd, vorgeführt vom Direktor etc. etc.

Zum 1. Male: Neu! Noch nie gesehen! Kaleidoscop! Kaleidoscop!

Serpentintanz auf dem rollenden Globus ausgeführt von Miss Elly.

Außerdem Auftreten sämtlicher Spezialitäten, sowie komische Entrees von den vorzüglichsten Komikern.

Sonntag, den 14. Januar: 2 Vorstellungen, Nachmittags 4 und Abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 1 Kind frei. (Hübezahl).

Hochachtungsvoll und ergebent. G. Schumann, Direktor.

Todes-Anzeige. Am 9. Januar d. J. Abends 7 Uhr, starb nach schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Großvater und Bruder, der Restaurateur

Karl Maultzsch im Alter von 65 Jahren. Die trauernden Hinterbliebenen. 11186 Auguste Maultzsch, geb. Brunwald, nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jacobi-Kirchhofs in Brix aus, statt.

Todes-Anzeige. Am 10. Januar verstarb im Alter von 12 Jahren unsere älteste Tochter Hedwig, als Opfer der heutigen Krankenpflege. Die Beerdigung findet am Sonntag, Vorm. 11 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofs aus statt. Um dieses Beileid bittet 11966 Fr. Josef u. Frau, Grünauerstr. 2.

Am 11. d. Mts., Abends 7 1/4 Uhr, ist unser Onkel, der Schneidermeister Emil Kamenz, Mitglied der Liedertafel des Tischlervereins, sanft entschlafen. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. Mts., Nachm. 9 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofs, in der Hermannstraße, aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen. J. E. Böttner. 1200b

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr Rosenthalerstraße 38:

Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: Zur Philosophie der Freiheit.

Gäste sind sehr willkommen. (441/4 Nachmitt. 4-6 Jugendfortbildungsstunden. Abends 7 Uhr nur für die Mitglieder und persönlich eingeführte Gäste gefellige Versammlung unter Mitwirkung des Gesangchors und Vortrag von Fr. J. Altman: Ein Ausflug in das Reich des Schönen.

Alcazar. Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)

Georg Fischer als „Weiss-Lackirter“

Spree-Nixen. Entree 15 Pf. R. Winkler.

Präuser's Museum. Laufende von anatomischen Präparaten. Schnitzkanal durch fünf Körper.

Gladiatoren-Kampf. Wander d. Ceroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.

Dienstag und Freitag: Damentag. Circus Renz. (Karlstraße.)

Sonnabend, den 13. Januar ev., Abends 7 1/4 Uhr: Ein Künstlerfest.

Neue Einlagen. Kinderchor. Signorina Barotti, die kleinste Solotänzerin der Welt.

Außerdem: Eippol. Potpourri von 40 Pferden, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Die Post, mit 12 Pferden geritten von Herrn Gustav. Das Schulpferd Cromwell und der Steiger Alop, geritten von Fr. Oceana Renz. Pas de deux, geritten von Miss Ross und Herrn Franconi. Die Redänstlerinnen Geschw. Hoffmann. Die Akrobaten auf dem Telephontrakt Zalva, Espana und Alva etc.

Preise wie gewöhnlich. Sonntag 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr: Grosse Komikervorstellung (1 Kind frei); Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest.

Der Circus ist gut geheizt. Fr. Renz, Direktor.

Köpenick! Sozialdemokrat. Arbeiterverein für Köpenick u. Umgebung. Öffentl. Vereins-Versamml.

am Dienstag, 16. d. M., Abds. 7 Uhr, im Lokale der Wwe. Schulz, Wüggelheimerstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Dr. Pinn über: Die Lügen unserer Zeit. 2. Diskussion. 3. Vierteljahresbericht. 4. Wahl der Revisoren. 5. Vereinsangelegenheiten. - Gäste willkommen. 104/17 Der Vorstand.

Köpenick, Grünstr. 38 I. Gerth's Rechtsbureau

empfiehlt sich dem geehrten Publikum zur Anfertigung von Briefen, Eingaben, Zahlungsbeehlen, Klagen, Bittgesuchen und zu allen schriftlichen Arbeiten. Gewissenhafter Rath in allen Sachen. 63982

## Freie Volksbühne.

Morgen, Sonntag, den 14. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, findet für die Mitglieder sämtlicher Abteilungen im National-Theater eine Extra-Vorstellung statt.

Zur Aufführung gelangt zum 7. und letzten Male: Die Weber. Von Gerhard Hauptmann.

Den Mitgliedern steht es frei Extrakarten zu erwerben, die zum Besuch der Vorstellung berechtigen und von Mittags 1 Uhr ab im National-Theater gegen Zahlung von 1 M. vergeben werden. Die Mitglieder werden gebeten, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. 397/5

Am selben Tage findet Nachmittags 2 1/2 Uhr (Verlosung 1 1/2 Uhr) für die 2. Abteilung eine Vorstellung im Lessing-Theater statt. Zur Aufführung gelangt: Das Falliment. Von Björnstjerne Björnson.

Von einem Freunde aus Luxemburg sind der „Freien Volksbühne“ 100 M. überliefert worden, wofür herzlich dankt Der Vorstand der Freien Volksbühne. J. A.: Julius Türk. SW., Solmsstr. 24.

Verband der Geschäftsdienere, Bader und Berufsgenossen. Bureau und Arbeitsnachweis: C, Neue Grünstr. 10 I. Fernspr.: Amtl Nr. 810.

Sonnabend, den 13. Januar 1894: Gr. Wiener Maskenball

in den Gesammträumen der Krautstraße 38, Konkordia-Festsäle, Andreasstraße 64.

Die Ballmusik (3 Orchester) wird von der „Freien Vereinigung der Zivil-Verweismüller“ ausgeführt. Einladungskarten à 50 Pf. sind bei allen Mitgliedern in den bekannten Zahlstellen und im Bureau, Neue Grünstr. 10, zu haben. 477/1 Der Vorstand.

Achtung! Große Achtung! Volks-Versammlung

am Montag, 15. d. M., Ab. 8 Uhr, i. d. Germania-Festsälen, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag vom Genossen Rohrlack, über: Das Werkzeug als Kulturträger. 2. Diskussion. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Die Frauen-Agitationskommission. Die Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Große öffentliche Versammlung der Steinsetzer und Berufsgen. Berlins u. Umg.

am Sonntag, den 14. Januar, Vorm. präz. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Hensel, Invalidenstraße Nr. 1.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Die Pharisäer einst und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Lohnkommission. 4. Bericht des Delegierten von der Gewerkschaftskommission. 5. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht, speziell wegen des dritten Punktes 1192b

Der Vertrauensmann. Öffentliche Versammlung der Kistenmacher

am Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Gründer, Köpenickerstraße 100.

Tagesordnung: 1. Abrechnung des Vertrauensmannes. 2. Wie stellen wir uns zur Einführung eines städtischen Arbeitsnachweises nach dem Entwurf des Herrn Dr. Freund. 3. Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission. 4. Gewerbegerichts-Angelegenheit. 457/8

Da mehrere wichtige Anträge vorliegen, ersucht der Einberufer um guten Besuch. Der Vertrauensmann.

Öffentliche Versammlung der Korbmacher für Männer und Frauen

am Sonntag, den 14. d. M., Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstrasse No. 75.

Tages-Ordnung: Vortrag. Diskussion. - Nachher gemütliches Beisammensitzen. Gäste willkommen. 203/6 Der Einberufer.

Achtung! Achtung! Mitglieder der allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.

Große öffentliche Versammlung am Sonntag, den 14. Januar 1894, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstraße Nr. 48a.

Tagesordnung: 1. Abrechnung und Berichterstattung der Kommission, event. Neuwahl derselben. 2. Vortrag über: „Handhabung der freien Arztwahl“. Referent R. Assmann. 3. Wie stellen wir uns zur Zentralisation der Orts-Krankenkassen? 4. Verschiedenes. 1204b

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin).

Bezirks-Versammlungen. Westen Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Königshof, Bülowstraße.

Norden Montag, den 15. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstraße 68. Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zu Werkstatt-Kontrollen. 4. Verschiedenes.

Vertrauensmänner-Versammlungen: Süd-West Donnerstag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Lütke, Jossensstraße 10.

Moabit Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 10 Uhr, in Ahren's Brauerei, Thurmstraße 26. Tages-Ordnung: Besprechung über Werkstattverhältnisse und Abgabe der ausgefüllten Fragebogen seitens der Vertrauensmänner.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, auch der des Westens, in diesen Versammlungen zu erscheinen. 431/17 Die Ortsverwaltung.



## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 12. Januar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Marshall, von Bötticher, Graf von Posadowsky, Miquel, von Niedeck.

Ohne Debatte genehmigt das Haus zunächst in dritter Lesung das auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Dresden am 15. April v. J. unterzeichnete Uebereinkommen und setzt dann die erste Beratung des Entwurfes eines Tabaksteuer-Gesetzes fort.

Badischer Bevollmächtigter v. Jagemann will den Standpunkt der badischen Regierung vertreten, der aus den Landtagsverhandlungen bereits bekannt sei. Dieselbe habe für die Tabaksteuer gestimmt. In Bezug auf die Reichs-Finanzreform könne er sich den Anschauungen des Freiherrn v. Stumm anschließen. Die Deckung der Militäraufgaben müsse von allen Deutschen getragen werden, und es sei ein Recht, ja eine Ehrenpflicht jedes Deutschen, dazu beizutragen. Direkte Steuern könne das Reich kaum einführen, da dieselben bereits von den einzelnen Staaten in Beschlag genommen seien. Die Tabaksteuer werde allerdings der Industrie zuerst manche Unbequemlichkeiten bereiten, aber wenn das Uebergangsstadium überwunden sein wird, dann ist kein Grund vorhanden, weshalb die Industrie nicht weiter wie bisher mit Vortheil arbeiten könne. Ein Rückgang des Konsums ist leicht zu behaupten, aber schwer zu beweisen. Wenn wirklich Arbeiter entlassen werden sollten, so wird es sich dabei vielfach um jugendliche Arbeiter handeln, welche in dem elterlichen Hause ein Unterkommen finden, die eine anderweitige Arbeit finden können. Für die Industrie ist es jedenfalls von großem Werthe, daß diese Vorlage zum Abschluß kommt, damit sie Ruhe hat; es liegt doch auf der Hand, daß bei den großen Bedürfnissen des Reichs man schließlich doch dazu kommen wird, den Tabak mehr zu belasten, der ein zwar allgemein gewordenes, aber immerhin nicht unentbehrliches Bedürfnis ist. Für die Landwirtschaft, für den Tabakbau bringt der Entwurf jedenfalls den Wegfall sehr unangenehmer Scherereien, namentlich auch der sehr drückenden Gewichtsteuer, welche der Pflanzler veranlassen mußte, wenn er nicht seinen Tabak zu jedem Preise vorzeitig an die Händler verkaufen wollte. Die Verwendung des inländischen Tabaks ist immer mehr gegenüber der des ausländischen zurückgedrängt worden und mit Recht haben die Redner gestern sänftlich darauf hingewiesen, daß man vielleicht den Tabakzoll erheblich erhöhen könnte zum Schutz des einheimischen Tabaks. Wenn die Tabaksteuer nicht angenommen wird, so werde die Folge sein, daß die Einzelstaaten zur Erdrückung der Matricularbeiträge bei sich besondere Steuern einführen müssen. Wäre das ein Vortheil, daß wir einige zwangig verschiedene Steuern in den Einzelstaaten einführen, statt einer einheitlichen Reichsteuer? Deshalb empfehle ich den Entwurf der veränderten Regierung. (Der Redner war schwer verständlich, weil er die Rede zum größten Theil ablas.)

Hg. Frese-Bremen (Fr. Sp.) führt aus, daß er das Gute in der Vorlage zu suchen sich bemüht habe; aber er habe vergeblich gesucht, die Gerechtigkeit, von welcher der Vorredner in seinen Aufzeichnungen gesprochen hat (Heiterkeit) zu entdecken, er habe nur gefunden, daß wenn die Steuer etwas bringen solle, die breiten Massen belastet werden müßten, von deren Schonung man gesprochen habe; er habe ferner gefunden, daß durch die Kontrolle die Fabrikation behindert werde. Graf Posadowsky hat sich bemüht, die Zahl der beim Konsumrückgang zu entlassenden Arbeiter zu bemängeln; er hat dabei darauf hingewiesen, daß die Tabakarbeiter in Frankreich und Oesterreich sehr viel mehr Tabak verarbeiten, als in Deutschland. Das ist sehr leicht erklärlich. In Frankreich und Oesterreich wird viel mehr Rauchtabak verbraucht als bei uns. Der größte deutsche Rauchtabak-Fabrikant, welcher 36 000 Zentner jährlich verarbeitet, braucht, weil dazu maschineller Betrieb verwendet werden kann, 200 Arbeiter, der größte deutsche Zigarrenfabrikant, der ebenfalls 36 000 Zentner verarbeitet, braucht dazu 5000 Arbeiter. (Hört! links.) Die Kontrollmaßregeln sind ungeheuerlich, wenn sie auch für die Brantweinbrennerei bestehen sollten. Die Tabakindustrie verlangt keine Liebesgabe, aber auch keine Kontrolle, jedenfalls bedankt sie sich für die Kontrolle als Liebesgabe. (Heiterkeit.) Herr von Stumm drohte der Tabakindustrie, wenn die Vorlage nicht angenommen würde, mit dem Monopol. Er meinte, die Raucher könnten ihren Konsum etwas einschränken. Die Arbeiter können nicht den ganzen Tag rauchen, namentlich nicht bei der Arbeit; sie können nur in den Pausen rauchen. Dieser Genuß soll ihnen eingeschränkt werden! Was würde Herr von Stumm wohl sagen, wenn die Arbeiter von ihm verlangen würden, er solle täglich nur eine halbe statt einer ganzen Flasche Wein trinken? Der höhere Zoll führt zur Ausdehnung des Tabakbaues im Inlande und zwar zum Raubbau. Tabak wird dann auf einem Boden gebaut, der dazu nicht geeignet ist. Dadurch verliert der Tabak seine Brennbarkeit und kann in Deutschland nicht abgesetzt werden; er muß zu ruinösen Preisen ins Ausland verkauft werden und dann kommt wieder der Jammer nach Erhöhung des Zolles. Die Tabak-Fabrikation trifft nicht bloß das Kapital, sondern auch die Löhne, die in Norddeutschland sehr viel höher sind, als in Süddeutschland. Deshalb muß sich eine Verschiebung der Industrie nach Süddeutschland vollziehen. Graf Posadowsky hat sich, um den Rückgang des Konsums nach der Steuererhöhung von 1879 zu betonen, auf Jahre bezogen, die ihm paßten. Hätte er aber die Jahre, welche nicht durch besonders große Einjahre beeinflusst waren, gewählt, so hätte er gefunden 1876 einen Konsum von 182 Kilogramm, nach der Steuer aber 1881—1892 durchschnittlich 147 Kilogramm, d. h. es hat sich ein Konsumrückgang von 19 pCt. herausgestellt. Dasselbe wird auch jetzt eintreten. Die Vorlage spricht nur von 1/3 Rückgang, Herr Miquel hat aber selbst den Rauchern empfohlen, statt 5 Zigarren nur 4 zu rauchen, das ist ein Rückgang um 1/5. Die Verminderung wird aber eine noch stärkere sein, und aus einem erlaubten Genußmittel wird der Tabak ein unerlaubtes Verdrümmittel. (Heiterkeit.) Aber ein Unglück bleibt selten allein. Der Fabrikant muß Arbeiter entlassen, welche durch Unterbieten die beschäftigten Arbeiter aus ihren Stellen verdrängen werden, und der Fabrikant wird daher auf die Löhne drücken müssen, um gegen die Konkurrenz anzukommen. Da jetzt sehr intensiv gearbeitet worden ist, so wird nach Einführung der Steuer gar keine oder sehr wenig Arbeit vorhanden sein. Wie will die Regierung es denn anfangen, bei den Privaten zu prüfen, ob sie nur 5 Kilogramm vorrätig haben? Da müßte man ja wie bei der Weinsteuer die Weinräucher, Tabakarbeiter oder Qualmriecher anstellen. (Heiterkeit.) Bei Annahme der Steuervorlage werden den Tabakhändlern, die sich im Frühjahr in den überreichen Ländern versorgt haben, und sie konnten das nach der Versicherung der Regierung vom 26. Mai, daß eine Tabakbesteuerung nicht in Aussicht stehe, auch ruhig thun, große Verluste erwachen und besonders Bremen wird in die Gefahr kommen, seine Stellung als Tabak-Weltmarkt zu verlieren. Das dient jedenfalls nicht dem föderativen System, welches Herr Miquel fördern will. Man

sagt, die Fabrikanten schwärmten heimlich für die Fabriksteuer. Es ist allerdings bekannt, daß ein Fabrikant besserer Zigarren beim Finanzminister Miguel Audienz gehabt hat, um einen Importzoll von sage und schreibe 3000 M. zu erhalten. (Heiterkeit.) Der Mann hat beim Herrn Finanzminister die Rolle des hl. Florian gespielt. (Heiterkeit.) Die Tabakpflanzler haben zuerst eine Neigung für die Fabriksteuer gehabt, weil sie hofften, daß die Kontrollbestimmungen leicht ausfallen würden. Darin haben sie sich aber getäuscht, namentlich hatten sie nicht gedacht, daß der Lagerzwang eingeführt wird. Deshalb haben sie jetzt gegen die Tabaksteuer Front gemacht. Wie soll die Kontrolle durchgeführt werden gegenüber 18 000 Tabakgeschäften und 360 000 Geschäften, welche den Tabakhandel nebenbei treiben! Der Privatmann soll seine Fakturen drei Jahre aufheben; wie soll das möglich sein? Die Revision, die sogar zur Nachtzeit stattfinden kann, wird so lästig sein, daß der Steuerbeamte den Tabakindustriellen von der Wiege bis zur Bahre begleitet. (Heiterkeit.) Wenn die Regierung mit diesen Kontrollbestimmungen aber nicht auskommt, was soll dann erst werden! Alle diese Erwägungen bringen mich zu der Erkenntnis, daß wegen des Konsumrückganges, wegen der Arbeiterentlassungen, die ich auf mindestens 30 000 berechne und in Bezug auf die Kontrolle vom gewerblichen und sozialpolitischen Standpunkt aus die Vorlage verworfen werden muß. Und im Interesse der Beruhigung der Industrie möchte ich wünschen, daß die Vorlage zurückgezogen werden möge. (Rachen rechts, Zustimmung links.)

Kais. Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen v. Schraut: Die gegenwärtige Tabaksteuer belastet die Pflanzler in einem ganz ungebührlichen Grade, weil die Tabakbauern, je näher der Termin der Steuerzahlung herankommt, um so billiger verkaufen müssen, wenn sie nicht die Steuer aus ihrer Tasche auslegen wollen. Geschädigt wird der Tabakpflanzler auch dadurch, daß der Tabak durch die Auslaugung 20 pCt. an Gewicht verliert; dafür muß der Tabakbauer aber auch Steuer bezahlen. Wenn man sagt, man solle die Tabakindustrie in Ruhe lassen, so kann ich sagen: Die Frage wird nicht zur Ruhe kommen, die Industrie wird keine Ruhe haben, wenn nicht die Klagen der Tabakpflanzler beseitigt werden. Aus den Tabellen, welche der Vorlage beigelegt sind, geht hervor, daß die Vertheuerung der Tabakfabrikate keine so erhebliche sein wird, wie man behauptet hat. Beim Rauchtabak z. B. werde sich die Mehrbelastung für das ganze Jahr für einen scharfen Raucher auf 288 M. stellen; diesen Betrag wird aber der Konsument nicht allein tragen, die Kleinhändler und die Pflanzler würden einen Theil dieser Last auf sich nehmen müssen. Deshalb ist ein Konsumrückgang überhaupt nicht anzunehmen; es brauchen auch keine Arbeiterentlassungen stattzufinden. Man spricht von der Verschiedenheit der Löhne in Nord- und Süddeutschland. Der Zoll ist allerdings nur auf 40 M. festgesetzt, aber er erhöht sich dadurch, daß der ausländische Tabak nach seinem Werth einschließlich des Zolls versteuert wird. Dazu kommt, daß für den Pfeifentabak das Verhältnis ein besseres ist. Jetzt kalkulirt sich die Steuerlast für den Pfeifentabak auf den dreifachen Satz der Steuerlast für Zigarren; nach der Vorlage wird diese Belastung vermindert. Daß dadurch der Anbau inländischen Tabaks begünstigt, die Einfuhr fremden Tabaks vermindert wird, ist nicht richtig. Es kann also auch nicht, wie man behauptet, die norddeutsche Industrie, welche mehr ausländischen als inländischen Tabak verarbeitet, geschädigt werden. Wer 1879 die Sache genauer verfolgt hat, der wird erkannt haben, daß einen Theil der nachmaligen Zollverhöhung das Ausland übernommen hat. Die ausländischen Tabake sind trotz der Zollverhöhung nicht theurer geworden. Daß die Vorlage die Grobindustrie begünstigt und die kleine Industrie benachtheiligt, ist durchaus unrichtig. Früher konnte der große Betrieb sich ein steuerfreies Lager halten und seine Waare verzollen und versteuern, je nachdem er sie eben brauchte. Der kleine Mann mußte seine Waare sofort verzollen. Das wird jetzt verbessert, weil die Fabriksteuer erst erhoben wird, wenn die Waare in den Handel geht. Die Kontrollbestimmungen werden als ungeheuerlich bezeichnet. Ich glaube, daß der Tabak ein steuerfähiges Objekt ist und hoffe deshalb, daß die Vorlage angenommen werden wird.

Hg. Weiser (Bl.) erklärt namens der überwiegenden Mehrheit seiner Freunde, daß dieselben die Heranziehung des Tabaks zu den Lasten des Reichs zwar billigen, aber nicht einverstanden sind mit der Art und Weise, wie die Vorlage diese Aufgabe löst. Durch die neue Form der Steuer werden große Umwälzungen in der Tabakfabrikation vor sich gehen, welche die Vernichtung einer Anzahl namentlich kleiner Existenzen von Tabakinteressenten und Arbeitern zur Folge haben wird. Abgesehen von Uebertreibungen muß ich doch sagen: gewisse vorübergehende Störungen wird die Annahme der Vorlage für die Tabakindustrie mit sich bringen; eine dauernde Abnahme des Konsums wird aber nicht eintreten. Solche vorübergehenden Verminderungen des Konsums haben sich auch bei Preis-erhöhungen der österreichischen und der französischen Tabakregie gezeigt. Das halte ich auch für bestimmt, daß zunächst 10 000 bis 20 000 Arbeiter entlassen werden. Die Wehrzahl dieser Leute sind gar nicht in der Lage, in der Landwirtschaft zu arbeiten; es wird ihnen an Kräften dazu fehlen. Gerade in diesem Augenblick, wo verschiedene Dinge auf dem Gewerbe lasten: das Klebe-gesch, die Sonntagruhe u. s. w., ist ein solches tiefes Eingreifen der Weitzgebung bedenklich; denn die Fabrikanten werden neue Typen für ihre Waaren erfinden, sie werden vielfach von vorn anfangen müssen. Trotzdem sind wir nicht gesonnen, den Entwurf ohne weiteres abzulehnen, sondern wir wollen gründlich prüfen. Ich bin der Meinung, daß neben der Tabaksteuer noch manche andere Steuer möglich wäre, namentlich denke ich dabei an die Luxussteuer. Aber da der Tabak kein Lebens-, sondern nur ein Genußmittel ist, so ist er überall das Steuerobjekt par excellence; er wird überall recht hoch besteuert, freilich in anderen Staaten höher als bei uns; die Belastung steigt bis zu 600 pCt. des Werthes; aber welches Geschäft wird erhoben, wenn wir eine Belastung von 33 1/3 pCt. einführen wollen. Es ist eine schreiende finanzpolitische Anomalie, daß wir in Deutschland eine so niedrige Tabaksteuer haben; sie kann auf die Dauer nicht geduldet werden. Dieser gänzlich unberechtigten Immunität des Tabaks muß endlich ein Ende gemacht werden. Von der Preise des armen Mannes spricht man immer, aber niemals von dem Braantwein des armen Mannes; da springt man uns immer mit der abgedrahten Liebesgabe in die Augen. Wir sind die letzten, die dem armen Mann seine Preise verkümmern wollen. Ein Konsumrückgang wird nicht eintreten, wie er 1879 auch nicht eingetreten ist. Man sagt, der Deutsche gäbe seit Jahren konstant nur ein Bestimmtes für den Tabak aus. Wie konnte man mir eine solche paradoxe, den Thatsachen widersprechende Behauptung aufstellen! In einem Dezennium hat die Einnahme aus dem Tabakzoll sich verdoppelt. Redner bittet, die Vorlage einer Kommission zu überweisen. Wir hoffen, daß sich ein Ausweg finden wird, den Tabak zur Deckung der zur Vertheidigung des Reichs notwendigen Ausgaben heranzuziehen. (Beifall rechts.)

Hg. Meißner (Soz.): Der Herr Schatzsekretär fragte, wer denn die Kosten der Militärvorlage decken solle. Nun, doch diejenigen, welche sie bewilligt haben. Die Masse des Volkes, die Mehrheit der Wähler hat sie abgelehnt, und wenn das Volk

gewußt hätte, was im Hintergrunde stände, dann würden, wie Herr Bassermann richtig bemerkte, sehr viele nicht hier sitzen, jedenfalls wäre die Militärvorlage nicht angenommen worden. Ich kann den Besürworern der Tabaksteuer vorlage das Zeugniß geben, daß sie es redlich damit gemeint haben, wenn sie versuchten, die Steuern von sich abzuwälzen, die Unkosten für die Beschlüsse, die sie selbst gefaßt haben, auf andere Schultern zu wälzen. Seit 23 Jahren ist die Frage eine stehende geworden; wenn es sich darum handelte, mehr Militär für das Reich zu schaffen, hieß es: der Tabak kann und muß bluten. 1879 war es mir sehr angenehm, mich auf einen Oberpräsidenten berufen zu können, der erklärte, es sei nicht möglich, daß der Tabak mehr bluten könne, alle derartigen Probleme würden die Tabakindustrie ruinieren. Nie und nimmer ist es der Tabak gewesen, nie und nimmer die Tabakhändler und Fabrikanten, sondern stets und ständig waren es die Tabakarbeiter, welche Blut lassen mußten, indem ihnen der Brotkorb etwas höher gehängt wurde. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Der Schatzsekretär nahm für sich die Vaterpflicht dieser Vorlage in Anspruch. Es herrscht trotzdem in den Kreisen der Tabakarbeiter die Ansicht, als wenn die Finanzminister von Preußen und Bayern die geistigen Urheber sind. Ich sage das zum Ruhm des Schatzsekretärs. Denn mit einer größeren Gemüthsgröße und Einbildung von allen Parteien und allen Körperschaften ist wohl nie ein Steuerprojekt abgelehnt worden. Nicht die Sozialisten haben zum Widerstand aufgereizt, sondern die besten Stützen der Staats- und Gesellschafts-Ordnung. Die Arbeiterkassen sind durch das Gesetz in ihrer Weise geschädigt worden, wie noch nie, so daß sie wohl erwarten könnten, die Regierung würde die Vorlage vorher zurückziehen. Jetzt freilich ist die Regierung dazu zu haßtarrig. Die Lage der Tabakarbeiter ist eine derartige, daß sie endlich nach 23jähriger Agitation gegen ihre Existenz von der Regierung Ruhe verlangen könnten, sind sie doch auch Staatsbürger und werden nie bei den Steuereinsparungen vergessen. Es ist befreudlich, daß man, um die Mehrausgaben für die Militärvorlage zu beschaffen, eine einzige Industrie herausnimmt, die die Kosten nur unter der Möglichkeit aufbringen kann, gänzlich ruiniert zu werden. Es ist mir unerfindlich, wie die Regierung noch auf dieses Projekt zurückkommen konnte. Die Antisemiten haben keinen Grund sich zu beklagen, daß sie betrogen seien. Sie haben sich eben mit Worten begnügt, wo sie hätten Thaten verlangen müssen. Sie haben sich dadurch freilich mit ihren Wählern in Konflikt gebracht. Aber auf die schönen Augen des Ministers Miquel sind sie hineingefallen. Anders liegt es bei uns. Am 23. November 1893 erklärte uns der Reichszankler, es sei definitiv Abstand genommen von einer Erhöhung der Tabaksteuer. Herr v. Stumm meinte freilich, es sei für jeden selbstverständlich gewesen, daß die Tabaksteuer kommen würde. Wir haben den Worten des Reichszanklers Glauben geschenkt und mit uns Hunderttausende von Arbeitern. Ob der Tabak ein Luxusartikel ist, lasse ich dahingestellt, soviel steht fest, daß der Tabak ein Produkt ist, das nicht allein eine erhebliche Summe an Steuern und Zöllen einbringt, sondern vor allen Dingen Hunderttausende von Arbeitern ernährt. Das hätte in Betracht gezogen werden müssen. Gerade der Hinweis auf andere Länder, wo keine so entwickelte Industrie besteht, beweist, daß jene Länder nicht in der Lage sind, mehr Arbeiter zu beschäftigen, weil die Steuer dort eine so drückende ist, daß von einem Zigarrenkonsum der Arbeiter keine Rede ist. Es ist erfreulich, daß wir in Deutschland noch andere Verhältnisse haben. Die Regierung sagt, sie hat die Absicht gehabt, den kleinen Mann zu schonen, auch bei dieser Vorlage. Daß ihr dies nicht gelungen ist, sollte ihr doch klar geworden sein. Sie ist eben zu ganz falschen Resultaten gekommen, weil ihre Informationen nur dahin gehen, wo sie nichts gewahr werden sollen oder können. Wenn sie sich in Arbeiterkreisen erkundigt hätte, würde sie zu ganz anderen Resultaten gekommen sein. Die Löhne sind von ihren Sachverständigen zu hoch angenommen worden, die Fabrikanten geizten sich eben zu sagen, wie kümmerlich die Arbeiter bezahlt werden. Die besten Informationen würde die Regierung erhalten haben, wenn sie zum Volke herabgestiegen wäre und die Einlabung von Seiten des Kongresses der Zigarren- und Tabakarbeiter nach Berlin angenommen und einen Kommissar dazu abgeschickt hätte; dann wäre die Vorlage vielleicht doch nicht gekommen. Zene Arbeiter waren nicht aufgeheute Elemente, die von den Fabrikanten vorgeschickt wurden, wir haben uns sehr wohl von den Fabrikanten zu trennen gewußt, wir wollten das aus eigenen Kräften machen. Die Gefahren, welchen jeder einzelne Arbeiter bei dieser Vorlage ausgesetzt ist, abzuwenden, veranlaßte die Tabakarbeiter zusammenzutreten und die Verhältnisse zu beraten. Ich kann Ihnen daher nur die Broschüre empfehlen, die das leitende Komitee an die Reichstagsmitglieder und an die Regierung hat vertheilen lassen. Seit 1891 wird bei dem sogenannten sozialpolitischen Treiben immer der Grundfalsch als der leitende erklärt, daß auf den kleinen Mann und den Mittelstand Rücksicht genommen werden soll. Es giebt aber in keiner Industrie so viele kleine selbständige Geschäfte, die nun ruiniert werden sollen, wie gerade in der Tabakindustrie. Allen diesen Tausenden wird durch diese Vorlage voll und ganz der Boden der Existenz unter den Füßen weggezogen. Sie sind eben nicht in der Lage, alle diese Vorschriften und Bedingungen, welche die Vorlage voraussetzt, zu erfüllen. Der Schatzsekretär hat die Zahlen der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter bestritten. Nach unserer Statistik werden etwa 161 000 Arbeiter in der Tabak- und Zigarrenindustrie beschäftigt, auf einige Tausend mehr oder weniger kommt es nicht an. Die Regierung meint, ein Rückgang werde nicht stattfinden, sondern nur ein bald vorübergehender kleiner Stillstand. Ob die Vorlage angenommen oder abgelehnt wird, so viel steht fest; es wird ein ganz gewaltiger Stillstand eintreten, weil die großen Fabrikanten schon seit einem halben Jahr, mindestens seit einem Vierteljahr bis spät in die Nacht hinein arbeiten lassen, um eventuell gegen die Mißbilligkeiten der Vorlage geschützt zu sein. Im Interesse der Arbeiter hätte die Regierung jedwede Ueberarbeit verhindern sollen, dann wären die Läger nicht so gefüllt wie heute. Darum wird es hier wiederum der Arbeiter sein, der zunächst überanstrengt worden ist und dann brotlos auf die Straße geworfen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber im Interesse der Fabrikanten haben Sie die Ueberarbeit nicht verhindert. Die Vorlage nimmt einen Rückgang von 20—25 pCt. an, das würde eine Arbeitslosigkeit für 30—40 000 Arbeiter bedingen. Aber nach den Erfahrungen, die wir als Arbeiter mit der Steuererhöhung von 1879 gemacht haben, sind 20—25 pCt. zu niedrig, es werden mindestens 50 000 Arbeiter brotlos werden. Sie beruhigen sich damit: das wird nur vorübergehend sein. Fragen Sie den Magistrat von Bremen oder den Senat in Hamburg, wieviel Zigarrenarbeiter sie infolge der Steuererhöhung von 1879 durch die Armenpflege unterhalten mußten. Nach unserer Schätzung wurden 1879 mindestens 15 000 Arbeiter brotlos. Daher sind jetzt 50 000 nicht zu hoch gerechnet. Sie erhoffen für diese Arbeitslosen andere Beschäftigung, der Staatssekretär meinte, die Sachseingerei würde dadurch aufhören. Es ist ihm ja daraus kein Vorwurf zu machen, er kennt die Verhältnisse nicht, und seine Geheimen Räte kennen sie auch nicht. Die Tabakarbeiter können nicht



einfach den Pflug in die Hand nehmen, die Landwirtschaft kann nicht alle diese Arbeitskräfte gebrauchen, und aus Humanität werden die Landwirthe alle diese brotlosen Arbeiter nicht aufnehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Humanität traue ich ihnen nicht zu, und wahrlich die Regierung auch nicht. Nicht daß diese Arbeiter die Landwirtschaft nicht erlernen könnten, nein, die körperliche Konstitution schon macht sie zur landwirtschaftlichen Arbeit unbrauchbar. Wir haben schon jetzt bei verhältnismäßig ruhigem Geschäftsgang eine ständige große Reservearmee von Arbeitslosen, die niemals Platz finden können. Daher kommt die große Vagabundage. Die Vorlage vermehrt diese Reservearmee, und die brotlosen Zigarrenarbeiter werden als stete Lohnrücker, als stete Gefahr für die Existenz derer, die noch arbeiten, dienen. Ob das im Interesse der Regierung liegt, ist zu bezweifeln. Zudem die Vorlage 83 1/2 pSt. auf den Fakturaverth der Zigarre legt, schafft sie eine Prämie für billige Arbeitskräfte, für Lohnrücker. Mit jeder Markt Arbeitslohn, die der Fabrikant weniger zahlt, verdient er für sich 83 1/2 pSt. (Sehr richtig! links.) Das die Fabrikanten von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, ist ihnen gewiß nicht zu verargen; der Selbsterhaltungstrieb, der noch mehr Platz greifen wird als heute, zwingt sie einfach dazu. Deshalb ist wohl auch Herr v. Stumm für die Vorlage eingetreten, weil er von jener Prämie auf billige Arbeitslöhne auch für seine Kreise zu profitieren hofft.

Präsident v. Levetzow: Ich kann nicht zulassen, daß Sie in dieser Weise ein Mitglied des Hauses beleidigen. In Ihren Worten liegt eine schwere Beleidigung. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Meister: In Weisbaden ist nicht die Tabakindustrie Nebenfache, wie man bekämpft, sondern die Tabakarbeiter betreiben dort zu gleicher Zeit für den eigenen Bedarf etwas Landwirtschaft, um von ihrem niedrigen Lohn überhaupt leben zu können. Gerade diese Arbeiter werden in ihrer Lebenslage noch mehr herabgedrückt werden. Leute, die ein eigenes kleines Eigentum haben, können nicht so leicht in einem anderen Landestheil Beschäftigung suchen. Von unserem Tabakkonsum entsallen 89 pSt. auf die Zigarren zu 3, 4, 5 und 6 Pfg., nur 11 pSt. sind bessere Zigarren. Gerade der Konsum in den billigen Zigarren wird zurückgehen. Selbstverständlich wird dann auch der Produzent überflüssig werden und gerade hier werden Arbeiterentlassungen stattfinden müssen. Die besseren Sorten, die die Herren hier im Hause rauchen, werden überhaupt nicht in Deutschland gemacht. Aber auch der Konsum wird geschädigt werden, die Arbeiter, die nicht in der Lage sind, seine Havannas zu rauchen. Die letzteren sollen im wesentlichen ganz allein die Kosten der neuen Militärvorlage tragen. Im Interesse der Industrie, der Tabakfabriker, der Arbeiter ist es wünschenswert, wenn die Zigarren billiger verpackt werden können. Der Jnlandsbau wird durch die Vorlage gar nicht geschützt. Das Verhältnis zwischen Zoll und Steuer soll ganz dasselbe bleiben. Die Verschlebung der ganzen Produktion wird auch in anderer Beziehung noch ihre Wirkungen üben. Die männlichen Arbeiter werden verdrängt, die Frauen in vermehrter Zahl beschäftigt werden. Bilecht wäre es an sich nicht gar so schlimm, wenn die Männer die Strümpfe stopfen und die Frauen in die Fabrik gingen. Aber es kommt in Betracht, daß die Frauenarbeit nur deshalb benutzt wird, weil sie billiger zu haben ist. Deshalb wenden wir uns dagegen. In der Kleinindustrie werden tausende und abertausende ihr Gewerbe aufgeben müssen. Auch die Nebengewerbe, in denen schon heute ein Nothschrei ertönt, werden leiden. In den lithographischen Anstalten, welche für die Tabakindustrie beschäftigt sind, herrscht schon heute eine große Arbeitslosigkeit. Auch die Händler kommen in Betracht, es handelt sich um den Ruin oder die Aufrechterhaltung vieler kleiner Existenzen. Was wird der finanzielle Erfolg der Vorlage sein? Nach der Meinung der Regierung rund 100 Millionen Mark bei Annahme eines Konsumrückganges von 1/6. Die Fachleute und auch ich sind aber der Ansicht, daß 1/3 zu niedrig gegriffen ist, 1/2 ist das Mindeste. Dann würde der Ertrag nur 55 Millionen sein, ungefähr 9 Millionen mehr als gegenwärtig. Auf alle Fälle jedoch wird ein Rückgang der Konsumtion eintreten, 20-30 000 Arbeiter werden entlassen werden und dies alles einer Mehreinnahme von 9-12 Millionen zu Liebe. Herr von Nöcker meinte, wer die Steuer nicht will, braucht nicht zu rauchen, aber wo bliebe der finanzielle Erfolg, wenn dieser Rath befolgt wird. Sie wissen also, Herr von Nöcker, daß von Ihrem Vorschlag recht wenig Gebrauch gemacht werden wird. Herr Miquel stellte zu anderer Zeit den Grundsat auf, jede Steuer sei unbequem, nur das mache sie erträglich, daß sie gerecht vertheilt werde. Das kann man hier nicht sagen. Man weiß auf die Erleichterung und den Kredit hin, die den kleinen Gewerbetreibenden gewährt werden sollen. Auch heute haben die großen Fabrikanten Kredite, wenn sie Hypothekbriefe hinterlegen. Das kann der kleine Mann nicht thun. Der Reichskanzler hat hier am 13. Dezember geäußert, es sei der Reichsregierung nicht gleichgültig, wenn 10-20 000 Arbeiter brotlos würden. Dann kann es auch der Regierung nicht gleichgültig sein, wenn so viele Tausende Arbeiter in der Tabakindustrie brotlos werden. Hier wäre der Augenblick gekommen, wo Sie sagen müßten: wir haben einen Fehlgang mit dieser Vorlage gethan. Die sozialdemokratischen Landinteressenten geben sich durchaus nicht alle mit dem Tabakhandel ab, es sind alles Zigarrenarbeiter. Durch die Abschaffung der Kontrollmarke würden die Zigarren nicht billiger werden, denn auf das ganze Hundert kommt nur ein Pfennig Aufschlag. Die Kontrollmarke hat zunächst nur den Zweck, dafür zu sorgen, daß die bundesrechtlichen Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeitern in Räumen, in denen ihre Gesundheit nicht leidet, voll und ganz gehandhabt werden, und dann den Nebenverdienst, daß ein einigermaßen anständiger Arbeitslohn gezahlt wird. Wir stehen der Vorlage durchaus ablehnend gegenüber, ebenso einer Kommissionsberatung, weil wir die Vorlage nicht für verbesserungsfähig halten. Es ist nicht unsere Aufgabe, der Regierung neue Vorschläge in betreff der Deckung der Mehrausgaben zu machen, aber wir würden eine progressive Einkommensteuer und eine Erbschaftsteuer vorschlagen. Sie werden schließlich dazu greifen müssen, ob Sie wollen oder nicht. Daß Sie alle Latten mit Vorliebe auf die Schultern der Armen legen, beweisen Sie bei jeder Gelegenheit, aber es wird eine Zeit kommen, wo Sie keine neuen indirekten Steuern mehr entdecken können und zu den direkten greifen müssen. Innerhalb der Tabakindustrie sollen gewisse Personen die Vorlage billigen. Wer Herr Miquel dies ins Ohr geflüstert, ist mir nicht unbekannt. Es ist eine Person, die noch einige Knopfscher leer hat. (Weiterkeit.) Er kann vielleicht die neue Steuer tragen, weil er reich genug ist, aber Hunderttausende Arbeiter, denen Sie anscheinend sehr gleichgültig gegenüber stehen, können sie nicht tragen. Auch Hamburger Herren sollen bei ihm gewesen sein, die sind gut situiert. Die Zigarrenfabrikation war namentlich früher so einträglich, daß sie ihre Millionen dabei „eriparen“ konnten, wie sie es nennen. Die Fabriksteuer, das wissen die Herren, ist nur ein Vorwand zum Monopol. Die kleinen Existenzen werden todt und es bleiben nur ein paar große übrig. Jene Herren, die Ihnen das ins Ohr geflüstert haben, kriegen dann eine so erlöbliche Summe als Abfindung, daß sie das Monopol lieber heute als morgen möchten. Wenn Sie diesen Herren das Ohr leihen, dann stellen Sie sich nur nicht so, als ob Sie das Interesse des kleinen Mannes und der Gesamtheit wahrnehmen. Gerade von Herrn Miquel weiß ich, daß er aus seiner früheren Zeit ganz genau weiß, wo den kleinen Mann in der Zigarrenindustrie der Schuh drückt. Es sind falsche Rathgeber geworden, die ihre persönlichen Interessen über das Interesse der Gesamtheit gestellt haben. Wera Sie derartige Projekte machen wollen, dann wenden Sie sich an die Arbeiterklassen, nicht also an diejenigen, die ein Interesse haben, Ihnen nicht die ungeschändete sondern die gefärbte Wahrheit zu sagen. Wenn Sie wieder einmal Kommissionen in die Fabrik schicken, dann schicken Sie sie nicht bloß in die Jougumner der Fabrikanten zum Fröh-

lich, sondern unerwartet in die Fabrikräume, wenn nicht erst alles gehobelt und gepußt ist. Dann werden Sie die Verhältnisse der Tabakindustrie kennen lernen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Miquel: Bei der vorgerückten Stunde will ich meine Erwiderung bis morgen verschieben und nur erklären, daß von den Fabrikanten, von denen ich gesprochen habe, kein einziger aus Mannheim ist. Ueber die Arbeiterverhältnisse haben wir Rath bei den Fabrikanten überhaupt nicht gesucht. Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Personlich bemerkt Abg. v. Bennigsen, daß Herr Meister sich fälschlich auf sein Zeugniß berufen habe dafür, daß der Tabak nicht mehr belastet werden dürfe. Er habe sich im Gegentheil dafür ausgesprochen, daß der Tabak im Verhältnis zu andern Objekten mehr herangezogen werden müsse und habe sich nur gegen das Monopol gewendet.

Schluß nach 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Berathung der Tabaksteuer.)

## Parlamentarisches.

Vierzig Initiativvorträge sind in dieser Reichstagsession eingebracht worden. Von diesen sind erst zwei, betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, erledigt. Außerdem hat der Jesuitenverband die erste und zweite Verathung, der Antrag der Zentrumsparthei wegen der Konkursordnung die erste Verathung passirt.

Petitionen. Dem Reichstage ist das vierte Verzeichniß der eingegangenen Petitionen, das die Journalnummern 16057 bis 18 891 umfaßt, zugegangen.

Stempelsteuer-Kommission. Die Kommission des Reichstages zur Vorberathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Erhebung von Reichs-Stempelabgaben tritt heute Vormittag 10 1/2 Uhr zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Dem angeblich geisteskranken Abg. Pflüger (Württemberg) wurde in der gestrigen Sitzung des Reichstages ein wegen Krankheit nachgesuchter Urlaub von 14 Tagen bewilligt.

Der Seniorenkonvent des Reichstages trat heute Mittag vor der Plenarsitzung zusammen, um über die Frage zu verathen, ob die drei Steuerreform-Vorlagen von einer besonderen (der für die Stempelsteuer eingesetzten) Kommission oder von drei besonderen Kommissionen berathen werden sollen. Für beide Standpunkte wurden verschiedene Gründe angeführt. Die Reichsregierung wünschte, daß drei besondere Kommissionen eingesetzt würden. Die Mehrheit entschied sich aber dahin, die drei Gesetzentwürfe der einen schon bestehenden Kommission zu überweisen. Infolge dieses Beschlusses würden, wenn er vom Hause genehmigt werden sollte, also die Entwürfe nach einander berathen werden.

## Parteinachrichten.

Die Vertrauensmänner und Parteigenossen in der Provinz, welche wünschen, daß Reichstags-Abgeordnete bei ihnen Vorträge halten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihren Zweck eher erreichen, wenn sie mit ihren Wünschen sich direkt an den betreffenden Abgeordneten wenden und den Umweg über das Parteibureau in der Rathbachstraße oder die Redaktion des „Vorwärts“ vermeiden.

Häufig sind die von den Genossen gewünschten Abgeordneten gar nicht hier anwesend, die anwesenden Abgeordneten aber sind zu oft entweder für die betreffenden Tage schon versagt oder anderweit verhindert. Man vermeidet also alle Weiltäufigkeiten am besten, wenn die Einladungen direkt an die betreffenden Abgeordneten gerichtet werden.

Briefe an einzelne Abgeordnete können, wenn dem Schreiber die Privatwohnung des Adressaten nicht bekannt ist, einfach nach dem Reichstag gesandt werden.

Der diesjährige Parteitag der Wahlkreise Mecklenburg und Lübeck, welcher am 1. und 2. Januar in Lübeck stattfand, war von 15 Delegirten besucht, außerdem nahmen die Mitglieder der Agitationskommission an den Beratungen theil. Nach dem Bericht des Genossen Eßlinger betrug die während des Jahres 1898 bei der Agitationskommission inkl. eines Kassenbestandes von 473,45 M. eingelaufenen Gelder insgesammt 8873,98, die Ausgaben 8002,11 M., so daß am 31. Dezember ein Kassenbestand von 871,87 M. verbleibt. Von den auf Beschluß des vorjährigen Parteitages angeschafften 50 000 Agitationsbons sind 15 000 insgesammt an die 8 Wahlkreise vertheilt worden, so daß ein Bestand von 35 000 Marken vorhanden ist.

Die Kassenberichte der Delegirten aus den einzelnen Wahlkreisen entrollten zum Theil nicht gerade erzenliche Bilder; die Aufbringung der für die Partei nöthigen Gelder verursacht ja leider in Mecklenburg noch immer die größten Schwierigkeiten.

Sodann erstattete Genosse Eßlinger Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission. Er wies auf die erfreulichen Resultate der letzten Wahl hin, bedauerte aber, daß von 14 000 nach Mecklenburg gegebenen Bons nur 3253 abgesetzt seien; die Mecklenburger Genossen müßten entschieden in Zukunft mehr Gelder anbringen. Als Mittel für die Propaganda habe die Kommission die beiden Broschüren: Die Zukunftsstaats-Debatte, sowie die „Gespräche eines Landmanns mit einem Sozialdemokraten“, wie auch ein eigen für die Landbevölkerung gedruckenes Flugblatt vertheilt lassen. Die Abhaltung von geschlossenen politischen Versammlungen sei, wie die deswegen geführten Prozesse bewiesen, den Parteigenossen nicht mehr zu empfehlen, man müsse sich nach ungefählichen Mitteln umsehen. — Ein Antrag, den die Agitationskommission nach Mecklenburg zu verlegen, wird abgelehnt; der die derselben bleibt Lübeck. Beschlossen wurde ferner eine Liste sämtlicher Vertrauensmänner anzufertigen zu lassen und dieselbe allen Vertrauensleuten und den Agitationskommissionen zuzustellen. Der Antrag der Rostocker Genossen: „Die Mecklenburger Volks-Zeitung ist sobald als möglich von der Partei zu übernehmen“, wird nach langer Debatte mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen. Hiermit waren die wesentlichen Punkte der Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schloß den Parteitag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches die Delegirten begeistert einstimmten.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Nachklänge von der Reichstagswahl. Genosse Wittner aus Breslau, früher in Kunzendorf, stand am 9. d. M. vor den Schranken des Schöffengerichts zu Trebnitz, um sich wegen unerlaubten Zettelanklebens zur Wahlversammlung bei der letzten Reichstagswahl zu verantworten. Da derselbe einen früher anbehaltenen Termin durch Jugungsverzögerung nicht rechtzeitig genug wahrnehmen konnte, erfolgte diesmal seine zwangsweise Vorsühnung auf Staatskosten. Am frühen Morgen, zwischen 4 und 5 Uhr, wurde er durch zwei Polizeibeamte aufgeweckt, von diesen nach der Polizeiwache (Ring) geführt und dort dem Transporteur übergeben. Auf dem Bahnhofe wurden ihm Fahrgehalt nach Trebnitz und 80 Pfg. Zehrlohn von dem Transporteur ausgehändigt. Zur Verhandlung selbst waren fünf Zeugen geladen. Von der böswilligen Sach-

beschädigung wurde der Angeklagte freigesprochen. Dagegen verurtheilte ihn das Schöffengericht wegen Anklebens von Zettelschriften ohne polizeiliche Genehmigung in 6 Fällen, darunter betraf ein Fall seine eigene Besühnung, zu einer Geldstrafe von 18 M. event. 6 Tage Haft. Der Anwalt hatte ein Vierteljahr Gefängniß beantragt.

## Tokales.

Die Arbeiter-Bildungsschule, die seit ihrem Bestehen redlich bemüht war, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, feiert heute, Sonnabend, ihr drittes Stiftungsfest in den Räumen der Brauerei Friedrichshain. Das sorgfältig zusammengestellte Festprogramm trägt einen wesentlich eristiven Charakter; nur die letzte Nummer „Ein Jahrmarkt in Krähwinkel“ läßt einen heiteren Abschluß vermuten. Mitwirkende am Fest sind u. a. die Herren Kurz (Orgel), G. Winkler (Deklamation) sowie der durch seine vorzüglichen Leistungen bekannte Buchdrucker-Gesangsverein Typographia. Die Festrede hält Genosse Wilhelm Liebknecht. Alles in allem läßt sich vermuthen, daß das diesjährige Stiftungsfest gleich den früheren einen der Bedeutung der Arbeiterbildungsschule würdigen Verlauf nehmen wird; den Parteigenossen kann der Besuch des Festes daher nur empfohlen werden.

Arbeiterbildungsschule. Der Unterricht in der Nationalökonomie findet nächsten Sonntag ausnahmsweise um 7 1/2 Uhr statt.

Was man im Gefängniß isst, ersehen wir aus den Angaben des 18. Jahrganges des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin“ über das „Zellengefängniß Moabit“. Das durchschnittliche Gesamtgewicht der Gefangenen kostete dort im Etatsjahr 1891/92 pro Kopf und Tag auf 1829 1/2 Gramm, d. h. auf noch nicht ganz 3 1/2 Pfund, wozu noch 1/4 Liter Milch, für nicht ganz 2 Pf. Salz, Gewürz, Essig und Suppenkräuter, sowie ein nicht angegebenes Quantum „andere Nahrungsmittel (Seefisch und Bier)“ kamen. Von jenen 1829 1/2 Gramm kamen über acht Zehntel des Gesamtgewichtes auf Kartoffeln und Brot, noch nicht ganz ein Zehntel auf Bohnen, Erbsen, Linsen, Graupen, Grütze, Ories, Mehl, Reis und Hirse, weniger als ein halbes Zehntel auf ein frisches Gemüse und Sauerkohl, ein halbes Zehntel auf Fleisch, Speck, Schmalz, Talg, Butter, Serringe, Magerkäse, und ein Restchen, der zweihundertste Theil des Gesamtgewichtes, d. h. etwa 10 Gramm auf Kaffee und Zichorie. Eine kleine Anzahl von Gefangenen, etwas mehr als ein Zwölftel der Gesamtzahl, erhielt „Arbeitszulagen“, durchschnittlich pro Kopf und Tag 84 1/2 Gramm, wovon beinahe acht Zehntel auf Brot und der Rest auf Kaffee und Zichorien kam. Für diese Gefangenen stellte sich das Gesamtgewicht der Kost auf 1914 Gramm, also noch lange keine 4 Pfund. Das Gewicht der Krankenkost stellte sich auf 924 Gramm, also noch nicht 2 Pfund. Heringe und Käse fallen hier fort, dafür tritt Obst ein. Neben Brot und Semmel wird Zwieback verabreicht, und zu Graupen, Grütze u. s. w. treten Nudeln hinzu. Fleisch und Fett machen wenigstens hier gegen zwei Zehntel des Gesamtgewichtes aus, Milch, Kaffee und Zichorie werden in doppelter Menge gegeben. Auch Wein spendet man den Kranken, pro Kopf und Tag für — noch nicht einen ganzen Pfennig. Die „Zusatz-Nahrungsmittel“, die hauptsächlich in Gebäck, dann auch in Fleisch, Fett, Heringe und Käse bestehen, betragen pro Kopf und Tag zusammen 27 1/2 Gramm. Man lebt also dort wirklich nicht herrlich und in Freuden, nicht einmal als Kranke. Aber trotz dieser Beköstigung und all' des anderen, was ein Zuchthäuser über sich ergehen lassen muß, wollen die Zuchthäuser nicht leer werden. Mancher drängt sich geradezu nach den Gefängnissen und Zuchthäusern, — ein Beweis, daß es hier immer noch weniger schlecht ist als in der „Freiheit“. Die Lebensbedingungen eines großen Theiles des Volkes sind dank der zerstörenden Kraft des Kapitalismus schon so tief gesunken, daß zum Beispiel von Winter zu Winter die Nachrichten in den Zeitungen sich mehren, daß irgend ein Hungernder eine Spiegelscheibe zerbricht oder im Angesicht der Polizei ein Paar Stiefel stiehlt, um nur im Gefängniß Obdach zu bekommen und dort einer Kost theilhaftig zu werden, die ihn wenigstens vor dem baldigen Hungertode schützt, wenn sie auch zu ungenügend ist, um den Körper dauernd bei normaler Kraft und Gesundheit zu erhalten. Daß die Gefangenenkost durchaus unzureichend ist und den Körper vorzeitig seiner normalen Kräfte beraubt, ist bekanntlich nicht allein von Vertretern der Wissenschaft konstatiert, sondern auch im Reichstage von einem Regierungsmann durch den famosen Anspruch zugegeben worden, daß nun einmal eine längere Gefängnisstrafe mit einer Schädigung an der Gesundheit des Gefangenen verknüpft sei.

Die Nichtigkeit dieses Ausspruches kann ja mancher Sozialdemokrat, der das Eintreten für seine Ueberzeugung in Pfingsten hat läßen müssen, bestätigen.

Es kennzeichnet wohl nichts drastischer den beschämend tiefen Stand der Kultur des borusifigirten Deutschlands, daß man Männern und Frauen, die in „staatsgefährlicher“ und „gesetzwiderlicher“ Weise für ihre Ueberzeugung eingetreten sind und dies „Vergehen“ im Gefängniß büßen müssen, heutigen Tags noch zumutet, ganz dasselbe Futter zu genießen, das man dem ersten besten Einbrecher vorsetzt. Wiebe von unserem heutigen „Rechtsstaat“ auch weiter keine Erinnerung als diese eine künftigen, freien Geschlechtern aufbewahrt, diese eine genügte völlig, um den Kulturzustand unserer Zeit zu kennzeichnen.

Humane Zeit, humane Sitten. Der Arbeiter Jansen, Postdamerstraße in Charlottenburg wohnhaft, hatte am Mittwoch Nachmittag die Mittheilung von seinem Arbeitgeber, der Firma Siemens und Halske dortselbst, erhalten, daß er wegen Arbeitsmangels entlassen sei. Unmuthig über diese ihm plötzlich überkommene Vorkunft gab Jansen seiner Stimmung ob der unfeindlichen Hungersucht, der er sich mit einem Male unterziehen sollte, in einer Form Ausdruck, die allerdings eines Arbeiters nicht würdig ist. Er rügte mit dem Meister, als dieser auf die an ihn gestellte Frage, warum denn plötzlich diese Maßregel über ihn verhängt sei, keine andere Antwort wußte, als die, er müge sich hinausziehen, in der Fabrik habe er nichts mehr zu suchen. Als Jansen nicht sofort ging, wollte man ihn hinausbefördern und hierbei kam es zu einer Rempel, bei der der Arbeiter bald überwunden wurde. Zur Thür hinausgebracht, machte Jansen seinem Unmuth auf dem Hofe weiter Luft. Hier bemerkte ihn der Betriebsingenieur Weßlau und stellte ihn abermals zur Rede. Bald kam es auch auf dem Hofe zu einer Rempel an der sich sowohl Weßlau, als auch der Portier der Fabrik, ein früherer Schutzmann theilhaftig. Den Kämpfenden kam noch der Arbeiter Krause zu Hilfe. Während die drei Mann den Arbeiter Jansen, der übrigens, wie erwähnt werden soll, schon ein Mann in den fünfziger Jahren ist, bearbeiteten, kommen wohl eine Reihe der Arbeiter auf den Hof, jedoch besaß keiner derselben soviel Muth, um dem ergranten Kollegen zu Hilfe zu eilen. Erst der Schlosser W., der zufällig den Hofraum betrat, hatte die Courage, sich des Entlassenen anzunehmen. Diese Handlung mußte er allerdings schwer büßen, denn ihm wurde am Freitag Mittag angelündigt, daß er nach Beendigung seiner Arbeit sich als entlassen betrachten könne. Dies sei in Parenthese erwähnt. Nachdem Weßlau sich aus der Affäre herausgewickelt hatte, erging plötzlich der Befehl, den Hydranten zu öffnen und auf Jansen den Wasserstrahl, der drei Atmosphären Druck hat, zu richten. Dies geschah; Jansen fiel, als er von der furchtbaren Kraft des Wassers getroffen war, jagte sich zu Boden, wurde nun vom Portier aus dem Thorwege hinausbesördert und blieb darauf, total durchnäßt, in der Kälte etwa eine Viertelstunde auf dem Trottoirpflaster liegen. Schließ-



sch beförderte man den Bewußtlosen in den Pferd stall (H) der Fabrik und stellte entsprechende Wiederbelebungsvorläufe an, die jedoch fürs erste keinen Erfolg hatten. Eine Zeitlang darauf wurde Janfen nach Hause gefahren, wo er schwer krank darniederlag.

Die Firma Siemens u. Halske wird bekanntlich bei jeder Gelegenheit von den Prälaten des Kapitalismus in die ihrer Qualität nach von den Arbeitern genügend gewürdigte Rubrik der h u m a n e n Arbeitgeber eingereiht.

**Nichtbeschäftigung.** Der vom Magistrat an Stelle des verstorbenen Schulrats v. Hargues zum Stadtschulinspektor für den ersten Schulkreis gewählte Rektor Ernst in Schneidemühl hat, wie die „Vossische Zig.“ vernimmt, die staatliche Bestätigung nicht erhalten.

Was ist denn mit dem Manne los? Hat er etwa gewagt, wider den Stachel zu liden?

**Ein neuer Mitarbeiter.** Den Bürgermeister von Königsberg in der Neumark, der infolge von fortwährenden Uneinigkeiten mit seinem Stellvertreter handgemein wurde, ist durch die Regierung seines Postens entsetzt worden. Er ist nach Berlin übergesiedelt und hat auch hier bereits Beschäftigung gefunden. Als was, wenn man fragen darf?

**Von einer Prügelaffäre.** Die gegenwärtig zwischen zwei Beamten und einem Architekten und dessen Rechtsanwalt „Schwebl“, weiß eine hiesige gut unterrichtete Korrespondenz, leider nur andeutungsweise, zu berichten. Der Sachverhalt wird so dargestellt, daß einer der Beamten zu dem Vater des Beteiligten in einer geschäftlichen Beziehung gestanden haben soll, die derart war, daß der Architekt daraus Veranlassung nahm, dem Beamten gegenüber in einem Briefe Ausdrücke anzuwenden, die dieser für beleidigend hielt. Statt nun, wie es sich vor allem für einen Beamten schiden sollte, den Weg des Gesetzes zu gehen und den angeblichen Beleidiger vor Gericht zu zitieren, bot der Beamte, der allerdings zugleich Offizier des Verlaubtenstandes ist, durch einen Freund von gleicher Qualität dem Architekten Prügel an. Der Architekt hat hierauf was Rechtsens ist und zeigte, nachdem er einen Rechtsanwalt zu Rathe gezogen hatte, den prügelstüßigen Beamten wegen Aufforderung zum Zweikampfe der Staatsanwaltschaft an. Soweit nahm die Prügelaffäre in spe den ihrer würdigen Verlauf. Nun wollte das Verhängnis aber, daß der Architekt Reserveoffizier Aspirant ist und in dieser Eigenschaft wurde er, resp. sein gesetzmäßiges Verhalten, von den Beamten mit Offiziersqualität vor einen sogenannten Ehrenrat geschleppt, dessen Beruf u. a. darin zu bestehen scheint, d. u. auf den Zweikampfe bezüglichen Strafgesetzen schnurstracks zu handeln. Trotz dieser Klar vor Augen liegenden gesetzwidrigen Thätigkeit hat man von einem Einschreiten des Staatsanwalts oder von einer polizeilichen Auflösung dieses geschwereliebenden Ehrenrats nichts gehört; es wird vielmehr in der betreffenden Korrespondenz mitgeteilt, daß der Geforderte, also der Architekt, „in bezug auf seine militärische Stellung Schiffbruch gelitten habe“. Ferner wird dunkel angedeutet, daß sich auch für den Rechtsanwalt (auch Reserve-Offizier?), der dem Architekten in dieser Angelegenheit gehalten hat, den gesetzlichen Weg zu beschreiten, ein unliebsames Nachspiel entwickeln könne. Aus dieser Mitteilung geht also mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß der Staatsanwalt, mit stänkenwürdigem Scharblick Strafthaten entdeckt, die in Arbeitervereinen begangen sein sollen, gegen den „Ehrenrat“ noch nicht eingeschritten ist. Es ist dies nur dadurch erklärlich, daß der gefestehende Ehrenrat wahrscheinlich der Militärgerichts-kompetenz unterstellt ist. Wohl aber wirft sich die Frage auf, ob die beiden Beamten, die sich gegen das Strafgesetz vergangen haben, noch im Amte sind. Eine amtliche Aufklärung dieser Affäre wäre im Interesse der öffentlichen Ordnung dringend geboten.

**Eine Schießaffäre** hat sich am verfloffenen Sonntag im Forst zu Grünau zugetragen. Einige Arbeiter wurden von dem Forsthausbesitzer K. dabei überrascht, als sie das entsetzliche Verbrechen begingen, sich einiges Brennholz aus dem K o n i g l i c h e n Forst anzueignen. Da es in der Gegend von Köpenick hohler Brauch ist, daß ein Arbeiter, der beim „Holzdiebstahl“ ertappt wird, nicht allein gerichtlich bestraft, sondern ob der Gräueltat, sich unrechtmäßig ein warmes Zimmer zu verschaffen, auch ziemlich regelmäßig von seinem sogenannten Arbeitgeber entlassen wird, so ergriffen die Arbeiter natürlich die Flucht, als sie des Beamten ansichtig wurden. Als die Aufforderung des K. stehen zu bleiben, unbeachtet blieb, brachte plötzlich ein Schuß und einer der Flüchtlinge sank, in den Rücken getroffen, nieder. Der Bedauernswerte, ein Köpenicker Arbeiter, liegt in seiner Wohnung darnieder. Das Köpenicker Dampfboot stellt die traurige Affäre so dar, als ob der K. bei der Verfolgung der Arbeiter gestolpert wäre, und beim Stolpern das Gewehr sich so unglücklich entladen hätte, daß der Schuß den Verfolgten gerade in den Rücken traf. Inwiefern sich diese Angabe bestätigt, wird hoffentlich die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Unser Köpenicker Korrespondent fügt dieser erschütternden Mitteilung die nur zu sehr berechtigte Mahnung an die dortigen Arbeiter hinzu, diese Schießaffäre als Fingerzeig dafür zu betrachten, daß sie sich zu organisieren haben, um mit vereinten Kräften dem Unternehmertum soviel abzutragen, als nötig ist, um ohne „Forscher“, bei denen man zum Krüppel geschossen werden kann, sein Leben fristen zu können. Möge diese Mahnung unter der Arbeiterschaft Beachtung finden!

**Die Widward-Rehulicheit.** Gegen den Redakteur Oberwinder vom „Voll“, ist, wie dieses Blatt selbst meldet, vom Grafen Caprivi Strafanklag wegen Beleidigung gestellt worden. Gestern hat die erste Vernehmung stattgefunden. War der Strafanklag auch schon lithographirt?

**Eine Vorlage wegen Errichtung neuer Amtsgerichte** in den Vororten Berlins ist, wie ein Kolalberichterstatter wissen will, von der Regierung zu Potsdam ausgearbeitet worden. Sie soll voraussichtlich in der nächsten Tagung schon dem Abgeordnetentage vorgelegt werden. Das größte derartige Amtsgericht wird Weihensee erhalten; zu diesem werden die Ortshäuser Hohen-Schönhausen, Wilhelmshagen, Wartenberg, Fallenberg und Malchow gehören.

**Dem Sprecher der Berliner freireligiösen Gemeinde,** Herr Dr. Bruno Wille aus Friedrichshagen, ging am 10. Januar folgendes Schreiben des königlichen Provinzial-Schul-Kollegiums zu:

„Guer Wohlgeboren haben nach den Ermittlungen des hiesigen königlichen Polizeipräsidenten die Ihnen unterm 24. November v. J. unter Strafandrohung von und verbundene konfessionspflichtige unterrichtliche Thätigkeit fortgesetzt und zwar am Sonnabend, den 9. und 16. Dezember v. J. in dem Lokale von Bachmann, Dresdenstraße 45 und am Mittwoch, den 13. und 20. Dezember v. J. in dem Lokale von Philipp, Rosenthalerstraße 38.

Für diese vier Uebertretungsfälle sehen wir eine Exekutivestrafe von zusammen 400 M., geschrieben vierhundert Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haft von zusammen 40 Tagen tritt, gegen Sie ist und fordern Sie auf, den festgesetzten Strafbeitrag binnen 14 Tagen, vom Tage der Behändigung dieser Verfügung an gerechnet, zur Vermeidung der Zwangsvollstreckung an unsere Bureaukasse, Schützenstr. 26 II hier portofrei abzuführen.“

Auf Veranlassung des Dr. Wille hat der Rechtsanwalt Wolfgang Heine gegen die vorjährige Strafandrohung beim Kultusministerium Beschwerde geführt, doch steht die Antwort noch aus. Der Aufforderung, 400 M. Strafe zu zahlen, beschließt Dr. Wille jetzt nicht nachzukommen sondern es soll nachfolgend die richterliche Entscheidung herbeigeführt werden, da nach seiner Ansicht von ihm kein konfessionspflichtiger Unter-

nicht erteilt worden ist. Die in Artikel 12 der Verfassung gewährleisteten gemeinsamen Religionsübungen, um diese wenn auch nicht im jüdisch-christlichen Sinne handelt es sich nur, bedürfen nicht der Genehmigung eines Provinzial-Schulkollegiums.

**Potsdamer Verlegung.** Am 14. Januar Abends nach Dienstschluß werden die Brief- und Geldannahme- und Ausgabestellen des Potsdamer 4 (Stettiner Bahnhof) vom Stettiner Bahnhof nach dem Hause Schlegelstr. 14 verlegt. Die Zweigstelle Schlegelstraße ist auch zur Annahme von Telegrammen geöffnet.

Wie aus Spandau bekannt wird, sind am letzten Sonntag beim Eislauf auf der Havel außer dem Lehrer Hahn aus Berlin noch drei Personen verunglückt, zwei junge Berliner und ein Arbeiter aus Spandau. Dieser hieß Fischer und die Namen der beiden Berliner waren Pelz und Weitzer; ihre Leichen sind aufgefunden worden. Außerdem liegt bei der Fraueninsel noch die Leiche eines Unbekannten im Wasser, möglicherweise die des Herrn Hahn. Bei den ertrunkenen zwei anderen Berlinern befand sich noch ein dritter Namens Baumann. Alle drei kamen Abends 6 Uhr von Wannsee und wollten nach Spandau; sie gerieten in eine offene Stelle, und nur Baumann, der sich 25 Minuten über Wasser hielt und unausgesetzt um Hilfe rief, konnte von Arbeitern aus Kladow gerettet werden. Die Unglücksfälle sind der Unkenntnis der Ertrunkenen mit den Stromverhältnissen zuzuschreiben. Zur Warnung sei deshalb auf folgende Erinnerung der „Spand. Korr.“ hingewiesen: Niemand sollte nach Eintritt der Dunkelheit sich auf das Eis der Unterhavel, zwischen Spandau und Potsdam, begeben. Die beiden Berliner sind ertrunken an einer Stelle, die von Schleppdampfern offengelegt und noch nicht gänzlich wieder zugefroren war, weil sich dort Wildenten aufhalten. Sodann werden von Fischern an verschiedenen Stellen Löcher in das Eis geschlagen. In solchen Fällen sind zwar allenthalben Strohwippen und Reiser zur Warnung aufgestellt, aber diese Zeichen können Abends nicht wahrgenommen werden.

**Das Projekt der Berliner Tiefbahnen** scheint nunmehr in einer kleinen Versuchsstrecke probeweise zur Ausführung gelangen zu sollen. Der Premier-Hauptmann a. D. Ingenieur Jmmmedenberg hatte 1891 dem Magistrat und Polizeipräsidenten einen umfangreichen Plan von Tiefbahn-Anlagen unterbreitet, die mit Anschlüssen an die Stadt-, Hoch- und Pferdebahn ins Leben treten sollen. Der Magistrat verlangte zunächst die Herstellung einer Versuchsstrecke in unbebautem Terrain zum Nachweis, daß die Anlagen ausführbar und zweckmäßig wären. Wie Herr Jmmmedenberg vorgestern Abend in einer Versammlung von Interessenten mitteilte, soll die Versuchsstrecke in einer Länge von etwa 120 Meter voraussichtlich an der Ober-spreestraße südlich von der großen Straußener Eisenbahnbrücke ausgeführt werden und zwar mittels einer patentirten, noch zu erbauenden Tiefbohr-Maschine. Das erforderliche Kapital in Höhe von 800 000 M. sei bereits vorhanden. Wenn der Versuch sich bewährt, soll sofort im Mittelpunkte der Stadt mit dem Bau zweier Probefreden vorgegangen werden. Da eine Ueber-schreitung der „Einden“ seitens der Pferdebahn kaum je zu erwarten sei, soll die erste Strecke eine unterirdische Weiterführung der Pferdebahn vom Gendarmenmarkt (Char-lottenstraße) nach der Georgenstraße (Weidenbamm) ermöglichen. Am Gendarmenmarkt wäre die Einfahrt in die ca. 600 Meter lange Tiefbohrstrecke durch einen schönen auszustaltenden Ueberbau zu verdecken; die Richtung würde im Zuge der Charlottenstraße erfolgen. Die zweite Strecke soll sich an den Bahnhöfen Friedrichstraße anschließen, durch die Friedrich- und Leipzigerstraße unterirdisch geleitet werden und hier eine Entlastung des übermäßigen Verkehrs herbeiführen. Nach den Mitteilungen des Ingenieurs würden die Ausführungskosten jener beiden Strecken sich auf etwa 6 Millionen Mark belaufen; zur Beschaffung dieses Kapitals sei eine „Vorgeschaltete“ in der Bildung begriffen. Später solle dann eine größere Aktiengesellschaft begründet werden, die den successiven Ausbau des gesammten Tiefbahnes nach den Plänen des Herrn Jmmmedenberg zu übernehmen hätte. Als Hauptlinien der auch für den Güterverkehr bestimmten Tiefbahnen sind die Strecken vom Stettiner Bahnhof zum Belle-Alliance-Platz im Zuge der Friedrichstraße und vom Anhalter und Potsdamer Bahnhof zum Alexanderplatz im Zuge der Leipzigerstraße projektiert; dazu kommen Abzweigungen östlich nach dem Schlesischen Bahnhof (über den Dönhofsplatz) und westlich nach dem Bahnhof Zoologischer Garten. Nach den Aufstellungen würde das gesammte Tiefbahnes eine Kostensumme von etwa 68 Millionen Mark erfordern; das Kilometer Strecke mit Eisenbau ist dabei auf ca. 1 200 000 M. berechnet. Der Betrieb soll im Allgemeinen ein elektrischer sein; die Anlage der Hauptlinien ist in einer Tiefe von 12 bis 18 Metern gedacht. Man wird nun zunächst das Gelingen der ersten Versuchsstrecke abzuwarten haben.

**Polizeibericht.** Am 11. d. M., Vormittags, versuchte ein Mädchen in der Wohnung seiner Mutter, in der Linienstraße, sich durch Öffnen der Pulskabern an den Armen zu tödten. Es wurde noch lebend nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht. — Gegenüber dem Grundstück Halleisches Ufer 23 brach ein Arbeiter auf dem Gise des Landwehrkanals ein, wurde jedoch gerettet und nach der Charitee gebracht. — Abends vergiftete sich ein Zisaler in seiner Wohnung in der Forsterstraße mittels Bromtal. — Auf dem Werderschen Markt fiel ein Arbeiter vom Verdeck eines Omnibus herab und blieb besinnungslos liegen, sodas seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — An der Ecke der Koppen- und Langestraße wurde eine 61jährige Frau durch die Pferde eines Postwagens umgestoßen und an der Hand erheblich verletzt. — Im Laufe des Tages fanden 8 Brände statt.

## Soziale Ueberblick.

Ein Streik der Linienarbeiter ist infolge unerhörter Zumuthungen bei der Firma Quantomeyer u. Cide hieselbst, Wilhelmstr. 49, ausgebrochen. Wir behalten uns vor, morgen auf die Angelegenheit zurückzukommen und bringen für heute nur die Aufforderung der Streikenden zur Kenntniß ihrer Kollegen, den Zutritt fernzuhalten.

## Verfammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer und Fuher, die am 12. Januar, Vormittags 10 Uhr, stattfand, füllte dicht gedrängt den großen Saal bei Jost. Der Reichstags-Abgeordnete G. Frohme be sprach in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Medner geistelte die kapitalistische Mißwirtschaft und schilderte die beispiellos rapide Schmelztheit, mit der sich die Konzentration des Kapitals vollzieht. Leider haben die Arbeiter am meisten zu leiden unter diesen Verhältnissen. Medner streift in Kürze die unheimliche Stodung in Handel und Gewerbe und deren Ursachen in diesem Jahre. Mit Zunahme der Arbeitslosigkeit nimmt die Konkurrenz zu, die nicht mehr von Unternehmern zu Unternehmern, sondern von kapitalistischer Koalition zu kapitalistischer Koalition geht. Diese internationale Konkurrenz kann nur die Solidarität der Arbeiter, welche den Gegnern bereits verblüffende Beispiele geliefert, durchbrechen.

In anbetragt gegenwärtiger ganz unhaltbarer Verhältnisse ist es aber auch unmöglich, durch lokale Vereinigung Besserung zu schaffen, doch ist es nicht blos Wille, sondern Verthum der Lokalisten, daran so stark festzuhalten; verwerflich ist, daß die fatale Neuerungsstucht keine einzige Organisation zur Ruhe kommen läßt, sondern ohne das eifrige pro und contra abzuwägen, oft irrtümliche Ansichten befestigt. Lediglich in der

zentralen Organisation ist die Möglichkeit gegeben, alle Mollen den zur gemeinsamen Thätigkeit zusammen zu fassen. Streiks zu infingieren ist jetzt nicht an der Zeit, die Verhältnisse gestalten höchstens einen Abwehrstreik. Gegner der Zentralisation mögen mit offenen ehrlichen Gründen kommen, damit Ersprießliches geschaffen werde, wodurch endlich wieder eine Einigkeit der Maurer herbeigeführt werde.

Grätsche erklärt im Einverständnis mit dem Referenten die gegenwärtigen Verhältnisse für gänzlich haltlose, da jetzt im Sommer nicht einmal mehr ausreichend Arbeit und Verdienst zu finden ist, geschweige denn Fürsorge für den Winter zulassen. Daß dem so sei, ist zum großen Teil Schuld der Kollegen selbst. Die Bauarbeiter haben sich sämtlich zusammenscharen und vereint bessere Zustände zu erringen.

Blaurod will einen merkwürdigen Kontrast zwischen ersten und zweiten Theil des Vortrages erblicken, bezeichnet den Referenten als Zerstörer der einigten guten Maurerorganisation, und will an der Buchdrucker-Organisation beweisen, wie werthlos Zentralorganisation sei. So hätte auch diese Organisation bei dem Streik die Arbeitergelder hauptsächlich vergeudet. Abg. Frohme nagelt vorerst die Behauptung, daß Arbeitergelder während des Buchdruckerstreiks vergeudet sein sollen, fest, weist sodann sämtliche Beschuldigungen Blaurods entschieden zurück und bestritt, daß diese Ueberungen im Namen der Berliner Maurer gemacht werden konnten. Dagegen überträgt er die Verantwortung der Zersplitterung in der Maurer-Organisation Blaurod und noch jemand seiner Richtung, und behauptet, die Behandlung der Organisation habe die Massen kopfscheu gemacht und zu gegenwärtiger Zerrissenheit geführt. Was an ihm (Frohme) liege, so biete er die Hand zur Herstellung der Einigkeit der Maurer. Behrend erklärt sich mit dem Referat einverstanden bis zu dem Punkt „Form der Organisation“. Der eigentliche Streitpunkt resultire sich aus der Gründung beider Gewerkschafts-Blätter, wie aus der Polemik Kessler-Frohme, die seinerzeit geführt wurde. Auf der Magdeburger Konferenz sollte die Streitfrage begraben werden, doch ist dieses gescheitert am Verhalten der Hamburger Kollegen, welche Limbach nach Magdeburg entsandten mit dem Aufinnen an die Konferenzdelegierten, diese mögen nach Hamburg kommen, um dort Ausschluß über die Gründung des „Bauhauwerter“ zu erlangen.

Medner wies sodann auf die jüngste Abrechnung des Holzarbeiter-Verbandes hin, die mit einem Ranke von 3000 M. abschließt. Hätte man auf dem Haller Kongreß dem Antrage zugestimmt, beide Blätter eingehen zu lassen und dafür ein einheitliches zu schaffen, dann wären die Streitigkeiten zwischen Frohme und Kessler vermieden. Wille wendet sich gleichfalls gegen Frohme und hält es für erprießlich, die eigenartigen Verhältnisse eines jeden Ortes zu berücksichtigen, ohne dabei die Gesamtheit aus den Augen zu lassen, verlangt Gerechtigkeit und Selbstbestimmung, aber keine Gewaltspolilik. Nach den Ausführungen Danisch's, der sich dem Referenten angeschlossen, giebt Abgeordneter Frohme in seinem Schlusswort Aufklärung, weshalb er sich dem angeblichen Schiedsgericht nicht, sondern zum Entscheid dem Parteivorstand gestellt habe. Medner wünscht, daß es möglich werde, auf solider, ehrlicher Basis eine Einigung der Maurer herbeiführen zu lassen, oder sollte er im Wege sein, so stände seinem sofortigen Rücktritt nichts entgegen. Behrend fordert nach Erledigung dieser Angelegenheit zu zahlreichem Besuch der am Sonntag stattfindenden Maurerversammlung auf, in der ein Vorschlag zur Einigung unter den deutschen Maurern verhandelt werden soll.

## Vermischtes.

**Ueber einen eigenartigen Unfall** bei der Reinigung eines Dampfessels wird aus Rehl berichtet: Die Reinigung war bereits beendet, so daß nur noch der durch einen Stutzen von 60 Zentimeter Durchmesser und 70 Zentimeter Höhe verbundene Vorwärmer zu reinigen übrig blieb. Ein Lehrling, der ankam durch das an dem Vorwärmer angebrachte Mannloch durch den Stutzen getreten war, kam so in den 80 Zentimeter langen und 33 Zentimeter weiten Vorwärmer zu liegen, daß die Vorderseite des Körpers nach unten und die Füße nach oben einwärts gerichtet waren und er so vollständig eingewängt wurde, daß er sich weder vorwärts noch rückwärts bewegen konnte. Man mußte sich zum Ausbrechen des Mannervorwärters entschließen, das eine Dicke von einem Meter besaß. Nach Verlauf von acht Stunden war diese Arbeit beendet, und nun konnte der Gefangene, dem mittlerweile die Füße angeschwollen waren, mit großer Mühe herausbefördert werden. Hätte die Sache noch länger gedauert, so wäre auch die Herausbeförderung auf diese Weise nicht mehr möglich gewesen, und man hätte den jungen Mann, dem man Nahrung und Wärmeflaschen in seinen kalten Aufenthalt her-unterreichte, wegen der immer stärker werdenden Anschwellung der Knie und Füße aus dem Kessel vollständig herausreißen müssen.

**Durchlaucht am Galgen.** Aus Tiflis wird gemeldet, daß der kaukasische „Fürst“ Nikodze auf dem Marktplatz der genannten Stadt aufgeknüpft worden ist auf grund eines Urtheils des Kriegsgerichtes, das unter dem Vorhabe des Generals Sterbowitsch zusammengetreten war. Die Verurtheilung zum Tode wurde durch folgende Thatsache veranlaßt. Fürst Nikodze war sinnlos betrunken und fing in der Wartehalle des Bahnhofsgebäudes mit dem dienstthuenden Gendarm Händel an. Trotz der durchaus korrekten Haltung des Polizisten zog der Fürst ein Dolchmesser aus der Tasche und versetzte dem Gendarmen so viel Stiche, daß er nach wenigen Sekunden todt zusammenbrach. Bis zum letzten Augenblicke glaubte man, daß der Zar den Mörder begnadigen werde; das Begnadigungsgesuch wurde jedoch abschlägig beschieden. Die Hinrichtung des Fürsten hat in Tiflis und im ganzen Kaukasus einen tiefen Eindruck hervorgerufen.

**Neapel, 11. Januar.** Gestern ist beim Molo San Vincenzo der aus Capri ankommende Dampfer „Sybilla“ mit dem nach Palermo abgehenden Postdampfer „Scilla“ zusammenge stoßen. Der Erstere ist sofort gesunken, wobei drei Passagiere und ein Maschinist den Tod in den Wellen fanden. „Scilla“ ist nur leicht beschädigt.

Wie man Deutsch lernt. Jamod ist ein in Brüssel erschienenes Buch: New method for learning to speak German in a few days by usual conversation u. s. w., mit dem sich die „Neue Züricher Zeitung“ beschäftigt. Die Fahrt geht von London nach Paris. Unterwegs bietet der Reisende einem Bekannten „Sigaretten und Schwefelzäh“ an, und fragt auf dem Schiffe den „Hauptmann“ (Kapitän): „Um welche Uhr sollen wir in der Stadt ankommen? — Neue Bekanntschaften beginnt man passend mit der Frage: „Ist mein Herr Fremdling? Und bei Bejahung, mit den Worten: „In diesem Fall, da Ich von meine Zeit frei bin, so Sie wollen, will Ich Ihrer Leitheit sein.“ Der Andere nimmt den Vorschlag aus ganzer Ferze an, so es Ihnen nicht genirt“, und die Beiden fangen an „mit die Kunde der Wallen zu machen“, d. h. mit einer Besichtigung der Boulevards. In einem Verkaufszokal wird „eine Dose und eine West von gute Eigenschaft“ erworben, nachdem man sich „einige Muster“ hat „weizen“ lassen und gefragt hat: „woviel geht es?“ An Schreibmaterial kauft man sich: „Füller, eine Federhose, Ink, einen Stempel für einen beschrifteten Brief“ u. A. m. Wird ein Kutscher gerufen, so überreicht er den Tarif mit dem Bemerkten: „Ein Frank fünfzig für die Streiterei und zwei Frank für ein Stunde bis halb nacht.“ Beim „Speisewirth“ bestellt sich der Gast: „Gieruchen mit seine Krouten, eine Fleischwurst mit Nohlen, und in Butter gebratene Erdäpfel.“ — In den Unterhaltungen gehört auch „Der Schauplay“ (soll heißen das Theater), wo man an der Kasse folgende Ansprache hält: „Geben Sie mir einen Behn-



Stuhl, eine Stalle, ein Balkon, eine Bühnenvorwand, eine Loge von Vorderseite. Das auch galante Abenteuer vorgelesen sind, darf als selbstverständlich gelten. Wie Jungfrau, so lieblich, so reizend sein, und allein spazieren? — Sie antwortet mit einem Kompliment, worauf er fortfährt: „Ich danke Ihr für die Empfehlung, Jungfrau, aber ich verführe Ihr, daß meine Höflichkeit weit unter Ihre Anmuth und Ihre Lieblichkeitswürdigkeit ist.“ — Die Dame ist zu einem Spaziergange bereit. „In diesen Fall gehen wir rund die See, danach wollen wir ein Glas abführende Löffel trinken.“

Man sieht an diesen drolligen Proben, daß der samojede Sprachführer auch von den einfachsten Regeln der Orthographie und Grammatik der deutschen Sprache kaum viel mehr im Kopfe hat, als die Millionen deutscher Volksschüler, wenn sie nach achtjährigem Religions-, Katechismus- und Gesangbuch-Unterricht das Haus, in dem die deutsche Sprache gelehrt worden sollte verlassen haben.

Die Moral aus dieser Gegenüberstellung ergibt also das nebensächliche Resultat, daß der brave englische Charlatan besser gelhan hätte, seine Hand von der deutschen Sprache zu lassen, und das Hauptresultat, daß es besser wäre, wenn man den Kindern die die Volksschule besuchen, mit Bibel- und Gesangbuchverlesen vom Leibe bliebe und ihnen dafür soviel Deutsch beibrächte, daß sie nicht förmlich nach Verlassen der Schule zum Spott für die deutsche Sprache in der Welt herumzulaufen bräuchten.

Oder wäre die deutsche Volksschule etwa im Stande, auch nur einen vierzehnjährigen Schüler auszuweisen, der sich korrekt und fehlerfrei in seiner Muttersprache auszudrücken wüßte?

**Noch mehr verbotene Namen.** Der Ständebeamte zu Solingen, der kürzlich den Vornamen Emma zurüchweil, weil er weder ein in einem Kalender ausgezeichnet christlicher, noch ein alter deutscher Vorname sei, hat schnell einen Nachfolger erhalten. Der Ständebeamte zu Langenberg bei Barmen hat gefunden, daß auch die Namen Arthur und Erwin in keinem Kalender stehen und bei unseren Vorfahren nicht gebräuchlich gewesen sind, und ihre Eintragung ins Ständeregister abgelehnt. Findet sich denn wirklich keine Behörde, die solchen „gefährlichen“ Verrücktheiten endlich einmal ein Ende macht?

### Eingelassene Druckchriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. B. Dieck' Verlag) ist uns soeben die Nr. 1 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: In Reich und Glied. — Madame Roland. (Mit zwei Illustrationen). — Die Vergewaltigung des Vereins- und Versammlungsrechts in Nürnberg und der künftige Parteitag der Sozialdemokratie. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Feuilleton: Abu-Hassan. Ein Märchen aus dem Russischen. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1894 unter Nr. 2660) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

**Ferd. Brandt.** Das Lotteriewesen unserer Zeit. Hamburg. Hofbuchdruckerei Fr. W. Rademacher. In dem dritten Theile des Büchleins, Seite 42—65, giebt der Verfasser eine ganz übersichtliche Zusammenstellung der in Europa bestehenden Staats- sowie einiger Privat-Lotterien, nebst einigen treffenden Bemerkungen über die Schädlichkeit derselben. In den andern drei Abschnitten schättert er sein Herz über die schlechten Zeiten und die thörichten Sozialdemokraten aus. Dabei entpuppt er sich als Bodenreformer; denn er meint, daß mit der Rückgabe des Grund und Bodens an die Gemeinschaft die soziale Frage mit einem Schlage gelöst sei. Aber doch als sehr zahmer Bodenreformer; dieser eine Schlag soll nämlich nur allmählig geführt werden und nach Jahrhunderten erst ganz geführt sein. Als ersten Schritt wünscht der Verfasser die Aushebung der Lotterien. In solchem Schneefang werden die Wälder ihre Befreiung allerdings nicht durchführen, der Kapitalismus wird wohl etwas früher zusammenstürzen und das Lotteriewesen unter seinen Trümmern nebst vielem andern Mistbe begraben.

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Wien, 12. Januar. Die Drahtmeldungen aus Rom besagen, gähren die dortigen Unruhen fort. Auch in Süditalien sind die Verhältnisse noch besorgniserregend und werden seitens der Regierung umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen.

### Briefkasten der Redaktion.

**H. J. M. 133.** Wenn 1888 das Urtheil rechtskräftig geworden ist und 1889 die Strafsast geendet hat, sind Gerichts- und Vollstreckungskosten verjährt.

**M. W.** Im § 78 des Krankenversicherungs-Gesetzes heißt es: „Wird für eine Innung nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmung eine Innungs-Krankenkasse errichtet, so werden die von Innungsmitgliedern in ihrem Gewerbebetriebe beschäftigten Versicherungspflichtigen Personen, vorbehaltlich der Bestimmungen des § 75, soweit sie zu dem Zeitpunkt, mit welchem die Kasse ins Leben tritt in dieser Beschäftigung stehen, mit diesem Zeitpunkt, soweit sie später in diese Beschäftigung eintreten, mit diesem Eintritt Mitglieder der Innungs-Krankenkasse.“ Sie treten also, falls Sie keiner freien Hilfskasse angehören, in ihrem Fall einer der reaktionärsten aller Krankenkassen, der

Innungskasse des betr. Gewerbes, bei. U. a. Hilfskassen hat die Tischler-Krankenkasse in Hamburg freie Arztwahl.  
**Fr. T. Kunst.** 1. Ja. 2. Ja.  
**Freide.** Ihre Klage auf Zahlung von 8 M. muß beim Gewerbegericht erhoben werden und wird Erfolg haben.  
**W. Bruner.** Das Krankengeld ist Ihnen zu Unrecht entzogen. Beschweren Sie sich bei der Gemeindebehörde.  
**J. B., Reichsbergerstraße.** Ja, sobald die Kosten eingekauft werden.  
**Wittke.** Bitte um Besuch mit den Papieren über den Unfall.  
**Sch. Rein.**  
**Freier 61.** Sprechen Sie zwischen 7 1/2 und 8 1/2 Uhr in der Redaktion vor.  
**W. B. 64.** Der Lohn ist wegen Alimente für ein uneheliches Kind nicht pfändbar.  
**Remelerstr. 45.** Ja, wenn keine näheren Verwandten der Urgröfante als Sie vorhanden sind. Sonst schließen diese Sie aus. Sprechen Sie Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag zwischen 7 1/2 und 8 1/2 Uhr in der Redaktion vor.  
**Raabe.** Nein.  
**1894.** Die Fragen sind in einer der ersten Nummern dieses Jahres beantwortet.  
**H. 35.** Ja.  
**C. G. 49.** Nein, wenn der Ehemann und nicht die Ehefrau gemiethet hat.  
**C. B. 35.** Nein. Die Gebühren des Arztes verjähren in 4 Jahren vom 31. Dezember des Jahres, in welchem die Forderung für dieselben entstanden ist.  
**Giese.** Ihr Eingangs ist unverständlich. Bitte um persönliche Rücksprache. Abends von 1/8 bis 1/2 Uhr.  
**G. 18.** Sprechen Sie Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag zwischen 7 1/2 und 8 1/2 Uhr in der Redaktion vor.  
**G. W. 6.** 1. Ja. 2. Nein. 8. Nein, wenn dies nicht ausdrücklich durch die Arbeitsordnung und das Kasstatut bestimmt ist.  
**Gustav Schöne.** Die Zulassung einer beschränkten Anzahl von Gästen zu Vereinsversammlungen ist erlaubt und macht dieselben nicht zu öffentlichen Versammlungen. Das Urtheil scheint unbegründet. Ohne Einsicht desselben läßt sich aber kein zuverlässiger Rath geben.  
**J. H.** Wenn Sie ohne Konzession das Schankgeschäft betreiben, ja.  
**H. B.** Von 16 Jahren an kann man schwören.  
**W. B. 1000.** 1. und 2. Fragen Sie bei dem Kommando direkt an.  
**Franz Schmidt, Wollinerstraße.** Wenn Sie als Anwalt-Schreiber beschäftigt sein wollen, so melden Sie sich bei Herrn Anwaltsboten Vicker, Jadenstr. 16, 2 Tr. Einer Bewerbung sind möglichst Zeugnisse beizufügen.  
**J. L., Charlottenburg.** Sie können auf 30 M. klagen.

**Färber, Decateurs, Appreteure und Berufsgen.**  
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.  
Sonntag, den 14. Januar 1894,  
vorm. 10 Uhr,  
bei **Gründer, Köpcke'sche Straße 100:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag über den Werth und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Referent: Genosse **Th. Glocke.**  
2. Diskussion. 3. Wahl von 3 Revisoren. 4. Verschiedenes.  
462/18 **Der Vorstand.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.**  
Örtliche Verwaltung Berlin D.  
Sonntag, den 14. Januar 1894,  
vorm. 10 Uhr,  
**Ordtl. Mitgliederversammlung**  
in **Khren's Brauerei, Thurmstraße.**  
Tagesordnung:  
Stichwahl zwischen den Delegirten zur General-Versammlung von Berlin C und D.  
303/6 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Vergolder etc.**  
**Quartals-Versammlung**  
am Montag, den 15. Januar 1894,  
bei **Scheffer, Inselstr. 10.**  
Tagesordnung:  
1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes.  
2. Kassenbericht vom 4. Quartal.  
3. Abrechnung von der Ratinee.  
4. Neuwahl des Fitial-Vorstandes und der Revisoren.  
5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
356/6 **Die Ortsverwaltung.**  
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht jedes Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. D. D.

**Les- und Diskutirklub „Süd-Ost“.**  
Sonntag, 14. Januar 1894, in **Joël's Festsälen, Andrastr. 21:**  
**3. Stiftungsfest.**  
**Gr. Vocal- und Instrumental-Concert**  
ausgeführt von **Civil-Gesangsvereinen**, unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Süd-Ost“ (M. d. U. S. B.)  
Auftreten der Jongleure **Gehr. Knaak**, sowie der musikal. **Klowns Ploz u. Jogg.**  
**Das Fest der Handwerker.**  
Ausgeführt vom Privat-Theaterverein „Proletariat“.  
Festrede: **Genosse H. Peus** aus Dessau.  
Nach dem Concert: **Grosser Ball.**  
Anfang 4 Uhr. **Das Komitee.**

**Bereinz. Wahrung d. Interessen der Stokarbeiter Berlins.**  
Sonntag, 14. Januar, vorm. 10 Uhr, bei **Ehrenberg, Annenstr. 16:**  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. Referent: **Herr Hoffmann.** 288/18  
2. Diskussion.  
3. Abrechnung.  
4. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

**Nur 1 Mark.**  
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Civil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** Joh. Blumenstr. 19 II. Auch Sonntags.  
**Pelzsachen** jeden Genres.  
Damen-Mäffen v. 1,50 an  
Kinder-Mäffen v. 1,00 an  
**Paretts** für Mädchen u. Knaben.  
Herren-Kragon u. Mützen  
**Hüte** nur mit Kontrollmarke.  
Schirme, Handschuhe, Hosenträger, Kravatten u. s. w.  
**Otto Gerholdt,** Dresdenerstraße Nr. 2 (am Kottbuser Platz). 51281.

**Eiserne Oefen**  
Ofenrohre, Tischlampen, Hängelampen, Solinger Stahlwaaren, Gans- und Küchengeräthe, sowie sämtliche Eisenwaaren zu billigsten Preisen. 58296  
**G. M. Hartmann,** N., Bankstr. 45.  
**Kalbsteisch,** Reule 8—16 Pf. 40 bis 60 Pf., Schweinefleisch 60 Pf., Schinken 80 Pf., sämmtliches andere Fleisch billigt  
**Auguststraße 50a.** 59/29

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**  
Sonntag, 14. Januar, vorm. 10 Uhr, in **Goltz' Festsälen, Alte Jakobstr. 75:**  
**Branchen-Versammlung** der Rohrleger und Gehilfen.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Kohlschlag**, über: „Arbeitslohn und Kapitalvermögen“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verhandlung Angelegenheiten und Verschiedenes. 281/18  
Sonntag, den 13. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Wilke, Kochstr. 32a:**  
**Konferenz der Vertrauensleute des Nordens.**  
Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 10 Uhr, bei **Kau, Skalitzerstr. 126:**  
**Konferenz der Vertrauensleute des Südens.**  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

**Achtung! Pankow. Achtung!**  
**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.**  
**Wander-Versammlung der Filiale „Gesundbrunnen“**  
am Sonntag, den 14. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des **Herrn Brügger, Kaiser Friedrichstraße in Pankow.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag der Genossin **Jhrer** aus Velten über: „Frauenbildung und Frauenrecht“. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. Herren und Damen als Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.** 460/4

**Buchhandlung des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.**  
Berlin SW., Beuthstr. 2.  
Soeben ist erschienen und von uns für den buchhändlerischen **Aleinvertrieb** übernommen worden:  
**Die soziale Lage** der **Tabakarbeiter Deutschlands**  
zusammengestellt nach den **Ergebnissen des Kongresses der Tabakarbeiter** in Berlin vom 19.—25. November 1893.  
Im Auftrag des Kongresses herausgegeben von der **Kongresskommission.**  
Preis 50 Pf., franko nach auswärts 60 Pf.  
Wiederverkäufern entsprechenden Rabatt.  
Auf 120 Seiten Großformat wird in Text und zahlreichen Tabellen der ziffermäßige Nachweis für die elende und traurige Lage der Tabakarbeiter erbracht, deren Nothlage der Reichs-Schachsekretär v. **Posadowsky** in der Reichstags-Sitzung vom 11. Januar schlagend mit der Behauptung wegdisputirte, die Lebenslage der Arbeiter sei in den letzten Jahren durch die allseitig gestiegenen Löhne wesentlich gehoben worden. Da das Material nach einzelnen Provinzen und Städten geordnet ist. Wochen- und Alltagslöhne gesondert aufgeführt und daneben ausführliche Angaben über Wohnungsmiethen, Zahl und Beschaffenheit der verfügbaren Räume, Ernährung kurz über alle Lebensverhältnisse der Tabakarbeiter mitgetheilt sind, so bietet die Broschüre gerade jetzt für die Beurtheilung der Tabakarbeiter-Vorklage und deren Folgen, für die soziale Lage der Tabakarbeiter das sachkundigste Material. Daneben ist sie aber auch ein werthvoller Beleg zur Frage der sozialen Lebenslage der Arbeiter überhaupt.  
Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen  
**Buchhandlung des „Vorwärts“.**

**H. Spangé,** alle Fettgunde.  
Zum 90. Geburtstag. **M. P.**

Verein (Rauch-Klub) wünscht mit beliebigem Verein sich an einen Masken-Ball zu betheiligen, der aber schon einen Saal hat. Nähe O. Ren. Zu erfragen **Blumenstr. 46** im Restaurant, Donnerstags von 9 Uhr ab. 1208b

**Schmerzloses** Zahnziehen mit Chloroform, Nerventöden, Plombiren je 1 M., b. Vorzeigung dieser Annonce halbe Preise. **Boltz,** gepr. Heilgehilfe, **Greifswalderstraße 10.** Auch f. Krankentassen geg. Krankensch.

Kleiderspind, Kommode, Spiegel, Regulator, Flügel zum Lernen 75 M., billig bei **Werner, Bärwalderstraße 52,** Hof part. 1205b

Freunden und Genossen empfehle ich meinen tägl. Fleischverkauf von **Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch** zu den billigsten Preisen. **Frau J. Schulze,** 1126b Eisenbahnhalde, Stand 15.

**!! Roh-Tabak !!**  
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tabelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung, Brunnenstr. 185.**  
Formen (Bockfoorn) wieder vorrätzig.

**Damen-Masken-Garderobe** von **M. Roussel,** 43. Skalitzerstr. 43

**Masken- und Theater-Garderobe** empfiehlt in gr. Auswahl billig **Werbelow, 54932\* Große Hamburgerstraße 31, 1.**

Ein Kohlenplatz nebst Wohnung wegen Krankheit billig zu verkaufen. **Chorinerstr. 30, Restaurant.** 1199b

Kartoffel- u. Herings-Besch. m. Rolle muß weg. dring. and. Unterneh. billig verkaufen. **Waldemarstr. 13.** 1197b

**Sontagsch- u. Schürstich-Maschine** billig zu verkaufen **1194b Angerech, Kurstr. 61.**

**Brangelsstr. 72,** fndl. Bord.-Bohn. von 90—96 Tblr.

fndl. Schlafstelle (7 M.) bei **Hoff,** Pädlerstr. 7, vorn 1 Tr. 1200b

Möbl. Schlafst. für Herren, mit sep. Eing. (7 M.) **Adalbertstr. 10, Hof 2 Tr.** bei **Grönke.** 1206b

**Arbeitsmarkt.** Stadtreisende, tüchtige bei Schank- u. Gastwirthshaus gut eingeführt, finden bei renommirt. Firma der Spirituosenbranche vortheilhaftes Engagement. Genossen bevorzugt. Adr. sub **F. C. Vorwärts.** 54962\*



## Die sozialdemokratische Presse und das Inseratenwesen.

Ein ständiges Diskussionsthema auf den Parteitag und in Versammlungen unserer Partei, namentlich auch unter den Berliner Genossen, bildet das Inseratenwesen. Wir geben einer Zuschrift über diese Frage, die uns von „mehreren“ Parteigenossen überhandt wird, Raum:

Der Grundton aller Beschwerden ist der, daß es am besten wäre, wenn die Parteiblätter überhaupt keine Anzeigen außer von Versammlungen und dergl. aufnehmen würden, daß aber jedenfalls nur solche Inserate aufgenommen werden sollen, gegen deren Inhalt man vom sozialdemokratischen Standpunkte nichts einwenden könne, es sollte also mit noch weit größerer Strenge bei der Aufnahme von Inseraten vorgegangen werden, als dies ohnehin schon geschieht.

Mag in einem Theil der sozialdemokratischen Lokalpresse, nicht stets mit der genügenden Strenge über die Aufnahme von Inseraten gewacht werden, vom Zentralorgan, mit dem wir uns hier vornehmlich beschäftigen wollen, gilt dies sicherlich nicht.

Der „Vorwärts“ nimmt schon heute keine Inserate auf, die auch nur den entferntesten Zusammenhang mit privater Stellenvermittlung, mit der Böse und mit Klame für das Lotteriewesen haben, und die irgendwie sonst als unsittlich erscheinen könnten, wie die Anzeigen von Ärzten, die sogenannte geheime Krankheiten heilen wollen, von Geheimmitteln und Heirathsanträgen. Bedenkt man, daß dem „Vorwärts“ eine ganze Reihe Inserate aus verschiedenen Gründen nicht zugehen, so die großen Inserate von allen Luxusgeschäften, so erklärt es sich in der Hauptsache, daß die Zahl der Inseratenspalten des „Vorwärts“ und damit die Einnahme des Blattes und der für die Ausstattung der Redaktion und für Parteizwecke zu verwendende Reingewinn bedeutend geringer ist als bei Blättern von viel niedrigerer Auflage. Hierzu kommt noch, daß der „Vorwärts“ ganz selbstverständlich auf eine Reihe sehr einträglicher Einnahmequellen, wie Bestechungs- und Verschönerungsgelder, verzichteten muß, die von der Bourgeoisie, von einer nicht großen Anzahl Ausnahmen abgesehen, begierig und ohne Schamröthe ausgeschöpft werden.

Prüfen wir aber nun, wie weit die in dieser Beziehung zum Ausdruck gebrachten Wünsche, namentlich von Berliner Parteigenossen innerlich berechtigt sind. Viele der Berliner Genossen sind gegen die zahlreichen und großen Inserate, weil sie fälschlich meinen, daß der „Vorwärts“ mehr Text bringen könnte, wenn er den Raum nicht für die Inserate verwenden würde. Daß dies unrichtig ist, können sie von jedem unparteiischen Kenner des Zeitungswesens erfahren. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß der „Vorwärts“ desto mehr Text bringen kann, je mehr Inserate ihm zugehen, und daß er seinen Raum bedeutend einschränken müßte, wenn dem Wunsche der Berliner Parteigenossen gemäß weniger Inserate aufgenommen würden. Dem „Vorwärts“ gingen in der Zeit vom 1. Juli 1892 bis 30. Juni 1893 ca. 70 000 M. an Inserateneinnahmen zu, an Reingewinn hat er in der gleichen Zeit ca. 40 000 M. ergeben. Der unbedingte Verzicht auf Inserate würde demnach nicht nur das Verfügen einer der wichtigsten Einnahmequellen der Partei zur Folge haben, sondern er würde auch ein erhebliches Defizit verursachen. Die Verfasser dieses Artikels sind überzeugt, daß die Berliner Parteigenossen viel zu selbstlos sind, als daß sie der Gesamtpartei zumuthen, sie sollte dieses Defizit tragen. Da eine andere Deckung desselben aber ausgeschlossen ist, würde der Verzicht auf die Inserate oder auf einen erheblichen Theil derselben nicht bloß das Aufhören von Leistungen des „Vorwärts“ an die Parteikasse, sondern auch eine bedeutende Verringerung des Umfangs des Blattes zur Folge haben, nicht besser, sondern schlechter, nicht umfangreicher, sondern eingengter würde der Text des Blattes werden. Oder der Preis müßte erhöht, und dadurch eine Steuer auf das Abonnement des „Vorwärts“, und damit auf ein Hauptpropagandamittel unserer Partei gelegt werden, während die Berliner Genossen doch größere Aufwendungen für die Redaktion und Verbilligung des Abonnementspreises der Blätter fordern.

Es sei nur noch eines hervorgehoben: Es existirt ein Bedürfnis der Leser nach Inseraten. Viele Blätter werden ihrer Inserate wegen in die Hand genommen, auch von Parteigenossen. In einer Großstadt wie Berlin sind nur die wenigsten Personen in der Lage zu wissen, wo die Bezugsquellen für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse sind. Sie suchen dieselben in den Ankündigungen an den Anschlagtafeln, in den Anzeigen der Zeitungen. So sind die Zeitungen wichtige Förderer des Verkehrs geworden, deren sich zu bedienen Jedermann schon in der Lage war oder in die Lage kommen kann. So wenig ein Parteigenosse wünschen darf, daß sich Genossen das Bedürfnis aufdrängt, gegenwärtige Zeitungen zur Hand zu nehmen, weil sie über irgend welche wissenschaftliche Vorgänge aus diesen Blättern besser informiert werden als aus dem „Vorwärts“, so wenig haben die Parteigenossen einen Anlaß zu wünschen, daß zur Befriedigung dieses Verkehrsbedürfnisses zum Inseratenthelle anderer Blätter statt zu unserem Parteiorgan gegriffen wird.

Was die Leser des „Vorwärts“ mit Recht wünschen dürfen, ist, daß die Redaktion sich vollständig unabhängig hält von dem Interesse der Inserenten, daß die Redaktion irgend welche Klagen über Geschäfte und Fabrikanten nicht etwa deshalb zurückweist, weil der betreffende Geschäftsmann oder Fabrikant Inserent des „Vorwärts“ ist. Trotz all' der Angriffe, die die Parteipresse wegen des Inseratenthelles erfahren hat, wagte es niemand, den Redaktionen der sozialdemokratischen Zeitungen eine solche Rücksichtnahme vorzuwerfen.

Ferner kann bezüglich des Inseratenthelles gefordert werden, daß es klar ersichtlich ist, daß die Empfehlungen in den

Inseraten nicht Empfehlungen der Redaktion sind. Auch diesem berechtigten Wunsch wird, wie speziell zugestanden werden muß, von der Redaktion des „Vorwärts“ mit peinlicher Sorgfalt nachgelebt. Schon durch die Schrift unterscheiden sich sämtliche Inserate vom redaktionellen Texte; sie sind räumlich scharf getrennt vom redaktionellen Theile; ferner wird vom „Vorwärts“ keine Zeile Klame in die von den Redakteuren zu bearbeitenden Rubriken aufgenommen; und endlich steht an der Spitze des Inseratenthelles alltäglich, daß die Redaktion für den Inhalt der Annoncen keine Verantwortung übernimmt. Selbst der mit dem Zeitungswesen am wenigsten vertraute Leser kann daher nicht annehmen, daß die Anzeigen etwas anderes enthalten, als Geschäftsempfehlungen der Inserenten, für welche diese allein verantwortlich sind, und denen man nur soviel glauben darf, als man eben jemand glauben darf, der seine eigene Waare empfiehlt. Unsere Genossen sind glücklicherweise so wenig autoritätsbesungen dem Texte des „Vorwärts“ gegenüber, daß man ihnen sogleich das nöthige Maß von Kritik auch den Inseraten des Zentralorgans gegenüber zutrauen darf.

Die Leser des „Vorwärts“ wissen sehr genau, daß die Verwaltung des Blattes zahlreiche Inserate, die ihr angeboten werden, nicht annimmt und daß der Parteikasse und damit der Agitation für unsere Prinzipien aus diesem Grunde deshalb alljährlich Zehntausende von Mark entgegengehen. So nimmt der „Vorwärts“, wie schon erwähnt, Anzeigen von Stellenvermittlern, von Lotterie-Unternehmungen, von Bankinstituten, Abzahlungs- geschäften, Geheimmitteln, ferner Heirathsanträge und unsittliche Inserate, sowie allzu reklamenhaft verfaßte Anzeigen, endlich solche, an deren Aufgabe eine Empfehlung im redaktionellen Theile geknüpft ist, unter keinen Umständen auf. Hiermit sind aber einzelne Genossen noch immer nicht zufrieden; ihrem Hass gegen das Inseratenwesen läßt sich nicht genügen, sie wünschen z. B., daß der „Vorwärts“ die Inserate der Kleiderkonfektions- Geschäfte, dann alle Anzeigen, in denen angeblich Unwahres enthalten ist, nicht aufnehme. Auch wir betrachten die Inserate als ein Uebel, aber als ein heutzutage notwendiges, in der heutigen Gesellschaft unentbehrliches, ohne das eine Zeitung, welche den Anforderungen ihres Lesepublikums genügen und mit anderen Zeitungen konkurriren soll, finanziell nicht existiren kann. Wie wir aber im Rahmen unserer Gesellschafts-Ordnung nicht unseren sozialistischen Idealen entsprechend leben können, so kann heute auch eine große Tageszeitung nicht ohne Inserate existiren. Uebrigens sei es rundweg herausgesagt: der Kampf gegen unsere Inserate läßt sich in seinen letzten Ursachen nicht immer auf sozialdemokratische Beweggründe zurückführen, sondern auch auf kleinbürgerliche. Mancher, der nicht wenig zahlreichen Kleinhändler und Kleinmeister in unseren Reihen sieht seinen Untergang durch den Großhandel und die Großindustrie vor Augen. Er wehrt sich mit allen Mitteln dagegen und möchte wohl mitunter im „Vorwärts“ weniger eine Waffe zur Erkämpfung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung als zur Vertheidigung des Kleinbetriebs gegen den Großbetrieb sehen. Daher in nicht wenig Fällen der Kampf gegen unsere Inserate, daher die zahlreichen Einsendungen gegen die großen Bazare, gegen die großen Milchhändler, gegen die großen Konsumvereine etc. Wir verübeln es niemand, daß er sich wehrt, wir begreifen dies auch vollkommen, wir müssen uns aber mit größtmöglicher Entschiedenheit dagegen verwahren, daß dieser Kampf unter sozialdemokratischer Flagge geführt wird.

Was nun die Inserate im Einzelnen anlangt, so lassen sich gegen die Aufnahme von Inseraten privater Stellenvermittlung gewichtige Gründe anführen, weil unsere Gewerkschaften Arbeit vermitteln und weil wir andere Formen der Stellenvermittlung heute für möglich und auch für geeigneter halten, als die private Stellenvermittlung. Das Gleiche gilt von der Aufnahme von Lotterie-Anzeigen jeder Art, weil wir das Lotteriewesen für etwas Unsittliches halten. Wir sind auch gegen die Aufnahme aller Empfehlungen von ärztlichen Heilmitteln, vor allem der sogenannten Geheimmittel, dann der Anzeigen der Ärzte, welche sich als Spezialärzte für sogenannte geheime Krankheiten empfehlen, dann der Heirathsanträge, hinter denen sich unzweifelhaft oft geheime Prostitution verbirgt, sowie aller sonstigen unsittlichen Anzeigen. Und endlich sind wir auch gegen alle diejenigen Inserate, an deren Aufnahme die Bedingung geknüpft wird, daß im redaktionellen Theile Empfehlungen der betreffenden Waaren aufgenommen werden sollen.

Aber wir gehen doch nicht so weit, daß wir noch weiteren Kategorien von Inseraten den Raum des „Vorwärts“ versperren wollen. Betrachten wir in Kürze, inwiefern die Anschauungen der Verfasser sich in diesem Punkte mit den in Berliner Versammlungen geäußerten Wünschen nicht decken.

So verlangen vor allem die Schneider, daß der „Vorwärts“ Inserate von Konfektionsgeschäften nicht aufnehme, weil diese Hungerlöhne bezahlen. Glauben sie aber etwa, daß diese Geschäfte bessere Löhne bezahlen würden, wenn wir ihre Inserate nicht aufnehmen würden, oder daß die Kundenzahl der Berliner Konfektionsgeschäfte geringer wäre, wenn der „Vorwärts“ die Annahme der Inserate verweigern würde? So leicht löst sich die soziale Frage nicht! Unsere Berliner Arbeiter können für einen Anzug nicht mehr als 25—35 M. bezahlen, sie müssen ihn also dort kaufen, wo sie ihn um diesen Preis bekommen können, sie müssen heute in das Konfektionsgeschäft gehen. Fordern wir, wenn es noth thut, daß diese Geschäfte im redaktionellen Theile angegriffen werden. Erfüllt die Redaktion begründete Wünsche dieser Art, so hat das Blatt seine Pflicht erfüllt — mehr zu verlangen ist unbillig. Wenn die Konfektionsfirma Schulze und Cohn ihre Waaren im „Vorwärts“ anzeigt, so will sie erreichen, daß die Leser des „Vorwärts“ nicht zu den Konfektionsfirmen Müller oder Jzigsohn gehen. Es mag sein, daß sie das erreichen. Nimmt der „Vorwärts“ aber nach dem Wunsche der Schneider die Annoncen von Schulze und Cohn nicht auf, so ist für die Schneider nichts anderes erreicht, als daß die Kleider kaufenden Arbeiter, die sich durch die Annoncen bestimmen lassen, nicht bloß

bei Schulze und Cohn, sondern auch bei Müller und Jzigsohn Kleider kaufen, was den organisierten Schneidern ganz gleichgiltig sein kann; das werden sie aber nicht erreichen, daß die Berliner Arbeiter ihre Kleider bei Maaschneidern um 70—100 Mark bestellen — das können die Arbeiter nicht. Der Kampf gegen die Hungerlöhne der Schneider wird nicht leichter geführt werden, wenn der „Vorwärts“ diese Inserate nicht aufnimmt.

Ganz die gleichen Gesichtspunkte gelten für die Anzeigen der Abzahlungs-geschäfte. Die meisten Leser des „Vorwärts“ können nicht, aus dem Vollen schöpfend, Wohnungseinrichtungen, Kinderwagen, Nähmaschinen und vieles andere kaufen; sie müssen dieselben auf Abzahlung kaufen, ob nun der „Vorwärts“ diese Inserate aufnimmt oder nicht. Trotzdem nimmt der „Vorwärts“ keine Inserate von Waaren-Abzahlungs-geschäften auf, deren Geschäftspraxis augenscheinlich die Käufer schädigt; und trotzdem haben schon mindestens neun Zehntel der Leser des Parteiblattes in solchen Abzahlungs-geschäften gekauft und werden es auch ferner thun. Der Kampf gegen die Waaren-Abzahlungs-geschäfte dadurch, daß der „Vorwärts“ deren Inserate nicht aufnimmt, ist bei den heutigen Einkommensverhältnissen unzweifelhaft gänzlich wirkungslos. Das Zentral-Organ muß die Auswüchse der Abzahlungs-geschäfte im redaktionellen Theile bekämpfen, wir müssen uns aber nicht selbst täuschen und uns einbilden, unsere Arbeiter könnten heute ohne Abzahlungs-geschäfte existiren. Das können sie nicht. Es liegt demnach kein Grund gegen die Aufnahme derartiger Inserate vor, soweit nicht die Abzahlungs-geschäfte zu Wucher-geschäften geworden sind.

Eine andere Art von Inseraten, welche der „Vorwärts“ — unseres Erachtens — ganz unverständlicher Weise nicht aufnimmt, sind die Anzeigen über Ausgabe von Staatspapieren Aktien u. dgl., Mittheilungen über Coupon-Einlösungen u. dgl.

Solche Inserate sollen dem „Vorwärts“ in großer Anzahl angeboten worden sein, sie werden aber nicht aufgenommen, obgleich durch dieselben selbst leichtgläubige Leser nicht getäuscht werden, fintemalen die Leser des „Vorwärts“ fast ausnahmslos keine Staatspapiere und Aktien kaufen und die wenigen Ausnahmen sicher in der Lage sein dürften, sich über den Werth von Aktien und Staatspapieren an den geeigneten Stellen zu informieren.

Der einzige Grund, der gegen diese Inserate angeführt werden kann, ist der, daß die Redaktion im Kampfe gegen die Börsenkorruption gehemmt werden könnte. Dieser Vorwurf ist aber ausgeschlossen, davon sind wohl die Berliner Genossen bis auf den letzten überzeugt.

Aus allen diesen Gründen darf man wohl die Hoffnung aussprechen, daß die Berliner Genossen endlich von ihrem entschiedenen falschen Standpunkt über das Inseratenwesen abkommen werden.

## Gerichts-Beitrag.

**Gewerbegericht.** Sitzung vom 8. Januar. Kammer III. Der Tapezierer Herbert wurde mit einer Klage auf Schadenersatz im Betrage von 108 M. abgewiesen, weil das Gewerbegericht nicht die Kompetenz besitze, über Entschädigungsansprüche zu entscheiden, welche aus der Einbehaltung von Quittungskarten der Alters- und Invaliditäts-Versicherung hergeleitet werden. Betreffs einer anderen Forderung des Klägers wurde ein Eventualurtheil gefällt. Es wurde ihm der Eid darüber auferlegt, daß er mindestens noch 46,07 M. vom Beklagten, dem Tapezierermeister Hoffmann, zu bekommen habe (Cohn- und Alfordreste). Weder der Kläger noch der Beklagte hatten es während der Dauer ihrer Beziehungen zu einander für werth gehalten, sich über die geleistete Arbeit und die geleisteten Zahlungen auch nur die geringsten Aufzeichnungen zu machen, deshalb blieb als einziges Beweismittel der Eid. Beistet der Kläger in einem dazu anzusehenden neuen Termin den Eid, dann hat der Beklagte ihm 46,07 M. zahlen, leistet er ihn nicht, so ist Kläger abgewiesen.

**Kammer I.** Gegen das Waarenhaus für deutsche Beamte, Dorotheenstr. 10, Klage der Schneider Rosentritt, vertreten durch den Kaufmann Beyer, auf Zahlung von 145,47 M. wegen unrechtmäßiger Entlassung. Dem Kläger war am Entlassungstage von Kollegen der Vorwurf gemacht worden, er sei nicht krank, sondern betrunken gewesen, als er sich entschuldigend, einmal aus dem Geschäft fortblieb. Hiergegen hatte sich Kläger energisch vernahrt, wobei auch gegen den sogenannten Kronenchef einige scharfe Worte fielen. Auf eine davon dem Direktor der beklagten Gesellschaft gemachte Anzeige wurde Rosentritt von diesem entlassen. Der Beklagte wandte gegen die Klage ein, daß der Abtheilungschef Vorgesetztenrechte besitze und nach § 10 der Geschäftsordnung des Waarenhauses das Vergehen des Klägers, weil gegen einen Vorgesetzten gerichtet, mit seiner Entlassung gerügt werden konnte, trotzdem monatliche Kündigung mit ihm vereinbart war. Von Herrn Beyer wurde für den in Posen arbeitenden Kläger dagegen ausgeführt, daß der Abtheilungschef Zeidler, der angeblich beleidigte, im Sinne des Gesetzes nur Kollege des Klägers sei und wenn wirklich eine Beleidigung dieses Mannes vorliegen würde, trotzdem kein die Entlassung des Klägers rechtfertigender Grund vorhanden war. Denn nach einer Entscheidung des höchsten Gerichtshofes, des Reichsgerichts, sei bei Aktiengesellschaften der wirkliche Vorgesetzte nur der handlungsgerichtlich eingetragene Direktor. Von der beklagten Partei sei aber weder behauptet und bewiesen worden, daß Kläger den Direktor beleidigt hat. Herr Beyer beantragt, für sich, als Prozeßvertreter des ortsabwesenden Klägers, eine Entschädigung im Betrage von 6 M. für die gehabte Zeiterfaummis, sich auf § 52 des Gewerbegerichts-Gesetzes stützend. Außerdem beantragt er für den Fall eines obliegenden Urtheils für den Kläger 42 M. Reisekosten etc., die demselben durch die Wahrnehmung des ersten Termins entstanden sind. Das Gericht schloß sich den Darlegungen Beyer's an und verurtheilte die beklagte Gesellschaft zur Zahlung der Klagesumme, da der § 10 der angezogenen Geschäftsordnung durch den Kläger nicht verletzt sei. Die von Beyer beantragte Entschädigung seiner Zeiterfaummis wurde ihm, als nach § 52 des Gewerbegerichts-Gesetzes gerechtfertigt, mit 6 M. zugebilligt. Der Anspruch auf die Reisekosten für den Kläger wurde zurückgewiesen. Seine Geltendmachung könne nur in einer neuen Klage erfolgen, die dem Waarenhaus erst zu gestellt werden müßte.

**Gewerbegericht.** Sitzung vom 9. Januar. Wie man einen Akkord nicht übernehmen soll, darüber belehrte den Bauschler Rosenbaum ein von der Kammer III (Abtheilung 2, Vorsitzender:



Affessor Guno) erledigter Prozeß, welchen derselbe gegen den Bauherrn Wittge angehängt hatte. Rosenbaum beanspruchte eine Lohnentschädigung wegen plötzlicher Entlassung und 9,30 M. als Affordrest. Folgender Sachverhalt wurde durch die Verhandlung festgestellt: Der Bauinspektor Wittge hatte es übernommen für bestimmte mit dem Beklagten vereinbarte Affordarbeiten auf einem Bau desselben Tischlerarbeiten auszuführen. „Zur Hilfe“ besorgte er sich einige Kollegen, darunter den Kläger; die Leute sollten zu denselben Preisen wie er auf Afford arbeiten. Sie sahen sich die Preisliste an und arbeiteten. Der Meinung, daß bestimmte Arbeiten (Golonsetzungen u. s. w.) nicht in den für bestimmte Preisen aufgestellten Preis eingeschlossen seien, weigerten sie sich, diese Arbeiten dafür mitzumachen. Der Beklagte entließ sie mit dem Vermerk, bevor sie die betreffende Arbeit nicht ausführten, bekämen sie keine neue. Wittge hatte, entgegen der Meinung des Klägers und seiner Leidensbrüder, mit Wittge tatsächlich die von jenen geweigerten Arbeiten in den Afford eingeschlossen. Der Beklagte versuchte den Zeugen Wittge zum Arbeitgeber des Klägers zu stampeln, was ihm aber nicht gelang. Das Gericht nahm an, der Kläger und seine Kollegen seien nicht als Affordarbeiter bei Wittge gewesen. Es wies den Kläger mit seiner Forderung ab. Die Vereinbarungen über die Ausführung der Arbeiten seien erwiesenermaßen durch Wittge mit dem Beklagten getroffen worden. In den so zu stande gekommenen Afford sei der Kläger mit eingetreten, die durch Wittge akzeptierten Bedingungen habe er als bindend für sich anerkannt. Seine falsche Meinung über einige der Bedingungen hätte auf das Urteil keinen Einfluß haben können; tatsächlich habe er sich geweigert, ihm zustehende Arbeiten auszuführen, worauf er ohne Kündigung entlassen werden konnte.

Wasche und Genossen, acht Maurer, klagen gegen die Firma Berger und Scheil. Sie beanspruchten eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Der Maurer Wasche hatte die besagte Firma dazu bewegt, ihm bestimmte Arbeiten in Afford zu übertragen; er wollte sich die nötige Anzahl von Kollegen heranschaffen. Als er und die anderen Kläger am Montag „ranrückten“, war es den Firmeninhabern wieder leid geworden, in Afford „müssen“ zu lassen. Im Termin führten sie aus, die Kläger hätten gar keine Ursache gehabt, zu klagen, an Stelle der Afford sei ihnen Lohnarbeit angeboten worden. Die hätten sie aber nicht machen wollen. (Zusätzlich aus Furcht, von den alten Lohnarbeitern der Beklagten, denen die Affordkolonne „nicht ganz geheimer“ war, „Kloppe“ zu kriegen. Der Berichterstatter.) Die Kläger beriefen sich hingegen auf einen Vertrag, den Wasche, gewissermaßen in ihrem Namen, mit den Beklagten abgeschlossen haben soll. Der Vertrag sehe lediglich Affordarbeit vor; auf Lohnarbeit hätten sie deshalb nicht eingehen brauchen. Der „Vertrag“ stellte sich als Schriftstück heraus, das weder von Wasche, noch von der besagten Firma unterzeichnet war. Das Gericht sprach sich, die Kläger abweisend, dahin aus, daß ein Affordvertrag nicht vorlag. Bei Objekten von über 150 M. sei ein regelrechter Kontrakt geschlossenes Erfordernis, sollen die Abmachungen Rechtskraft erlangen. In anbezug dessen, daß die meisten Kläger wegen der „verlockenden“ Affordarbeit bei Berger und Scheil ihre früheren Stellen aufgegeben haben, suchte das Gericht vor der Urtheilserkundung die Beklagten zur Zahlung einer kleinen Entschädigung zu bewegen. Dieselben erklärten sich bereit, jedem Kläger 5 M. zu geben, worauf dieselben aber nicht eingingen.

Gegen eine Lohnentschädigungsklage seines ehemaligen Gehilfen Worf wandte der Maklermeister Wittge ein, er habe Worf berechtigter Weise ohne Kündigung entlassen, derselbe habe seinen Anordnungen nicht Folge geleistet. Im Vortermin erklärte sich das Gericht bereit, mehrere vom Beklagten vorgeschlagene Zeugen für dessen Behauptung zu laden, wenn er einen Kohnvorschuss zahle. Herr Wittge, ängstlich, daß Eingezahlte event. zu verlieren, hielt die Hand auf seinen Beutel, was natürlich das böse Gericht bewegte, seine Zeugen nicht vorzuladen. Er spielte den Erstaunten darüber, daß die angegebene Herren nicht da waren, und versprach, zum nächsten Termin sicher den Vorschuss zu geben. Zu spät. Er wurde mit folgender Begründung zur Zahlung von 48 M. verurtheilt: Da die Ladung der Zeugen von einem Kohnvorschuss abhängig gemacht wurde und Herr Wittge diesen nicht einreichte, habe derselbe den Beweis seiner Berechtigung zur sofortigen Entlassung des Klägers versäumt. Deshalb seien die Angaben des letzteren als richtig anzusehen und habe die Verurteilung erfolgen müssen. Die nachträgliche Ladung der Zeugen sei nicht zulässig.

Kammer III. Abtheilung I. Vorsitzender: Assessor Fürst. Der Puhler Bulach hatte bei der in Bauarbeiterkreisen „äußerst beliebten“ Charlottenburger Baufirma Franz Reeh gearbeitet. Sein Kolonnenführer war entlassen worden, ohne daß Bulach Gelegenheit gegeben würde, unter dem neuen Kolonnenführer weiter zu arbeiten. Er klagte deshalb auf eine Lohnentschädigung von 60,50 M. Dieselbe wurde ihm zugesprochen, und zwar wurde Franz Reeh dazu verurtheilt, in dem der Gerichtshof in ihm den eigentlichen Arbeitgeber des Klägers erblickte. Franz Reeh hat nämlich noch einen Bruder und die Weiden wollen immer „et nich jemenen sind“, wenn irgend ein Arbeiter sich von der Firma ungerecht behandelt glaubt und klagt; es ist dann immer „mein Bruder“ — bald der eine, bald der andere — gegen den oder die Kläger sich zu wenden hätten.

Sitzung vom 10. Januar. Kammer I. Vorsitzender Assessor Löwe.

Der Schneidermeister Duschek (Hausindustrieller) konnte von der Firma Kantorowicz u. Naum, für welche er arbeitete, „immer schlicht Geld kriegen“. Vor längerer Zeit enthielt er der Firma eine Anzahl „Sachen“, wie der Hochdruck lautete, vor, um so dieselbe zur Zahlung des Arbeitslohnes für bereits gelieferte „Sachen“ zu bewegen. Die Folge war ein Prozeß vor dem Gewerbegericht. Es kam ein Vergleich zu stande. Duschek verpflichtete sich zur Herausgabe der Sachen unter der Bedingung, daß er 72 M. erhalte. Etwasige Lohnforderungen aus den abzuliefernden Sachen behielt er sich vor, und diese Vorsicht erwies sich als notwendig. Kantorowicz und Naum hatten die Ausführung des Vergleichs einem Gerichtsvollzieher übertragen, welcher gegen Zahlung von 72 M. dem Duschek die in Frage kommenden Hosen regelte. Seine Arbeitgeber fanden an denselben anzufügen, daß sie schuldig und fleckig seien, und weigerten sich deshalb, den Lohn zu zahlen. Duschek klagte nun. Er verlangte 40 M., während die Beklagten einen Schadenersatz von 43,50 M. geltend machten. Gegen letzteren wandte der Kläger ein, die Hosen seien abgenommen worden, ohne daß K. und N. Einwendungen gegen sie erhoben. Da acht Paar Hosen fehlten, erklärte sich Kläger bereit, für diese sich 3 M. abziehen lassen zu wollen. Der Vertreter der Beklagten beanspruchte 4,05 M.

Urtheil: Die Schadenersatzforderung der Beklagten sei nicht berechtigt; falls ihnen ein Schaden erwachsen ist, war das ihre Schuld. Hätten sie damals den Lohn richtig gezahlt, dann wären die Hosen nicht retiniert (zurückgehalten) worden und die Beklagten hätten event. Mängel sofort herausfinden und Gegenforderungen geltend machen können. Sie seien verpflichtet, dem Kläger 36,50 M. zu zahlen; mit der Mehrforderung wird derselbe abgewiesen.

Der Schneidermeister Kioh (Hausindustrieller) behauptet, der Kaufmann Silbermann sei ihm 210,10 M. schuldig, und beantragt, diesen zur Zahlung derselben zu verurtheilen. Silbermann erhebt den Einwand der Unzuständigkeit des Gewerbegerichts, weil er Kaufmann und Kläger Handwerksmeister sei. Er giebt aber zu, daß der letztere für ihn eine Partie Herrenkleider gefertigt habe, wozu er den Stoff gab. Das Gericht erklärt sich zuständig. Jetzt wendet der Beklagte ein, er habe noch einen größeren Schaden

durch die Säumnigkeit und mangelhafte Arbeit des Klägers bezugsweise seiner Arbeiter gehabt, als dessen Forderung betrage. Den Schaden im Einzelnen nachzuweisen, unterläßt der Beklagte, er giebt an, dem Kläger nur die volle Bezahlung unter der Bedingung bei der Auslieferung zugesichert zu haben, wenn sein Abnehmer keine Einwände betreffs der Arbeit mache oder gar, weil der Liefertermin bereits vorbei sei, die Sachen zurückweise. Beklagter erkennt auf Vorhalten des Klägers an, daß er demselben die Lieferzeit, da ihm die Stoffe etwas später wie abgemacht zugehen, um zwei Tage verlängert habe. Als der Kläger hierauf ausführte, am 12. November habe der Lieferungstermin erst sein sollen, sei also durch jene „Zugabe“ auf den 14. verlegt worden, am 14. sei aber die Auslieferung der letzten Sachen erfolgt, bemerkte der Beklagte zu sich selbst, der erst festgesetzte Lieferungstermin könne auch der 10. gewesen sein, nachdem er vorher als solcher immer den 12. November 1893 bezeichnet hatte. Ein Zeuge sagt aus, daß Herr Silbermann wohl bei der Ablieferung etwas die Arbeit bemängelte, sie aber abnahm. Von irgend welcher Bedingung bei der Abnahme hat der Zeuge nichts gehört. Ein Zeuge des Beklagten weiß ebenfalls nichts Bestimmtes anzufügen. Der Gerichtshof beschloß deshalb, den Kläger zu verurtheilen. Derselbe beschwört, daß er nicht mit dem Beklagten bei der Ablieferung der fraglichen Sachen vereinbart habe, für den Schaden aufzukommen zu wollen, welcher entstehen würde, wenn die Kunden des Beklagten die Sachen nicht abnähmen. Es sei vielmehr wahr, daß er, Kläger, am 14. November als dem verabredeten Termin die Lieferung beendet habe. — Der Beklagte wurde verurtheilt, die 210,10 M. zu zahlen. Durch die Beweisführung sei erwiesen, daß die Lieferung der fraglichen Sachen weder zu spät erfolgte, noch daß letztere zu fehlerhaft waren. Beklagter habe sie, wenn sie wirklich fehler hatten, nach geringer Bemängelung abgenommen und dadurch ihre Brauchbarkeit anerkannt.

Der Klingel, Kirchen- und Musik-Volke beschäftigte am 11. Januar die Kammer VII. Bei diesem hundertsten aller Berliner Arbeitgeber hatte auch der Mitspieler Laubsch „sein Brot gegessen“ und sich in die Geheimnisse der Madame Musik einweihen lassen, das heißt, er war kontraktlich gebundenes Mitglied des Volkeschen Musikkorps. Als er entlassen wurde, glaubte er Anspruch zu haben auf 88 M., die ihm wöchentlich mit 1 M. „fürs Vernehmen der Musik“ abgezogen worden war. Er nahm das Gewerbegericht in Anspruch. Derselbe wurde der gedruckte Kontrakt vorgelegt, welchen der Vater des jugendlichen Klägers für denselben mit der Firma G. Volke abgeschlossen hat. Die interessantesten Bestimmungen darin sind:

„Mein Sohn steht bei der Firma in Dienst und gehört dem aus Angestellten derselben gebildeten Musikkorps an. Ich erkläre mich mit folgendem einverstanden: Mein Sohn ist verpflichtet, mindestens drei Jahre nach Eintritt in das Korps sowohl bei der Firma G. Volke in Stellung zu bleiben, als auch dem Musikkorps anzugehören. Ich zahle für den Unterricht 100 M., dessen 1/2 ratenweise Erledigung mit mindestens wöchentlich einer Mark mir gestattet ist. Der Betrag wird jedoch nach Ablauf der dreijährigen Dienstzeit in Form des dafür gekauften Sparkassenbuchs an meinen Sohn zurückvergeben, wenn derselbe sich weder des Betrages, der Untreue oder der Unterschlagung schuldig macht; wenn er nicht früher den Dienst verläßt oder aus dem Musikkorps austritt, bevor die drei Jahre um sind, wenn er nicht durch sein Verhalten Veranlassung giebt, das er entlassen oder vor Ablauf der drei Jahre aus dem Musikkorps ausgeschieden werden muß.“ (Ob Kaufmann, was bist du gegen die Dehnbarkeit dieses Paragraphen?) Zuffir, daß der junge Mann durch sein Verhalten Veranlassung gegeben hat, entlassen und damit vor Ablauf der drei Dienstjahre aus dem Musikkorps ausgeschieden werden zu müssen, hat der Vertreter des Beklagten Volke, Herr Fabrikant Weigert, ein von 6-7 Kontrolluren des Beklagten unterzeichnetes Schriftstück beigebracht, in welchem die Gründe zur Entlassung angegeben sind. Aus demselben geht zunächst hervor, daß die Kontrolluren die Entlassung des Klägers erwogen und beschlossen haben. Es wird darin gesagt, Kläger sei „nachlässig“ in dem Dienst geworden, man habe ihn darauf verwarnet. Dann habe er nach geringer Besserung sich noch mehr vernachlässigt. Schließlich habe er sich nach Ertheilung einer Rüge sogar nicht mehr bemüht, Obst an den Mann, oder vielmehr die Frauen, zu bringen. Sie, die Kontrolluren, hätten darauf seine Entlassung verfügt. Das Gericht schloß sich dem feinerzeit vom Assessor Freund gefällten Urtheil — es handelte sich um dieselbe Geschichte, nur der Name des Klägers war ein anderer — nicht an und wies den Kläger ab. Dr. Freund hatte feinerzeit, unserer Meinung nach in richtiger Würdigung der Sachlage, die Verurteilung Volkes zur Herauszahlung von auf die bezugsweise abgezogenen 104 M. damit begründet, daß der Kontrakt kein Anstellungsvertrag, sondern ein Werkvertrag sei. Er hätte den Zweck gehabt, den damaligen Kläger auf drei Jahre an den Gewerbebetrieb des Herrn Volke zu ketten, ohne dies natürlich anzuführen. Die angeblich für den Musikunterricht und für die Benutzung der Instrumente gezahlten (abgezogenen) 104 M. wären deshalb zu Unrecht abgezogen worden. Das Gesetz gestattet dem Arbeitgeber nur, Abzüge im Höchstbetrage eines Wochenlohnes zu machen. — So ungefähr lautete die vom Assessor Freund gegebene Begründung. Das Landgericht, bei dem für Herrn Volke Herr Weigert in jener Sache die Berufung (das Objekt betrug ja über 100 M.) eingelegt hatte, gab allerdings dem Vordereichten nicht Recht. Volke gewann den beim Gewerbegericht verlorenen Prozeß in der Berufungsinanz. Die Entscheidung des Landgerichts lag dem Gewerbegericht vor und mag wohl für die Mehrheit der Richter in der Sache Laubsch wider Volke den Ausschlag gegeben haben. So viel ist aber sicher, daß zu ungunsten des Rechts die juridische Form den Sieg davongetragen hat. Selbstverständlich soll mit dieser Behauptung keinem der beteiligten Richter persönlich zu nahe getreten werden.

In einer Anklagesache wegen Vergehens gegen das Invalidentengesetz, welche gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stattfand, wurde von einem Zeugen eine auffällige Thatsache behauptet. Dem Angeklagten war von einem entlassenen Arbeiter vorgeworfen worden, daß er Marken, die ein früherer Arbeitgeber schon eingelebt hatte, wieder losgelöst und für diejenigen Waren verwendet habe, in denen der Denunziant bei ihm beschäftigt gewesen. Ein Zeuge behauptete nun, daß sich in verchiedenen Kaffeekappen fürwahrliche Marken-Dörfen herausgebildet hätten, wobei ein schamlosster Handel mit losgelösten Marken und alten Invalidenten betrieben werde. Besonders thäten sich als Verkäufer die Italiener und sonstige Ausländer hervor, welche bei ihrem Fortzuge aus Deutschland einen Vortheil von der Marke nicht mehr hätten. Das Gericht nahm keine Veranlassung, diese Thatsache auf ihre Wahrheit hin zu prüfen. — Der Angeklagte wurde übrigens freigesprochen, da seine Schuld nicht zu beweisen war.

## Soziale Ueberblick.

An die Maurer im Osten Berlins! Kollegen! Seit einem Jahre besteht unser losenloser Arbeitsnachweis, der sich nach unserer Erfahrung gut bewährt hat. Leider findet aber diese Einrichtung in letzter Zeit nicht die genügende Unternehmung von Seiten unserer Kollegen. Man fragen wir unsere Berufs-genossen, was hindert Euch daran, mit uns Hand in Hand zu gehen, um uns eines der wichtigsten Institute im Kampf um die

Arbeitsbedingungen lebenskräftig zu erhalten? Es muß für jeden eine Pflicht sein, soweit es in seinen Kräften steht, uns auf diesem Gebiete zu unterstützen, indem wir uns über Arbeitsangelegenheiten besprechen und Arbeitsgelegenheiten gegenseitig bekannt machen.

Es findet zu diesem Zwecke an jedem Sonntag Vormittag bei Bohl, Müdersdorferstr. 8, eine Frühstunde statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, nicht nur denjenigen, der in Arbeit steht, sondern auch denjenigen, die außer Arbeit sind, zu erscheinen.

Im Auftrage der Kollegen des Ostens:  
A. Knappe, Friedrichselderstr. 8. A. Schulz, Langestr. 57.  
A. Matull, Müdersdorferstr. 50.

An die Schuhmacher! Wir bringen hiermit den Kollegen zur Kenntniß, daß der Streik in der Schuhfabrik von Frickstein u. Komp. zu Gunsten der Arbeiter beendet ist, da sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt sind. Dagegen dauert der Ausstand in den Fabriken Simonsohn u. Stern, Kaiserstr. 94, Mauff, Oranienstr. 189, Klug, Solnowstr. 11, Buchholz, Lottumstr. 12 unverändert fort.

Die Agitations-Kommission der Schuhmacher Berlins.

Aus Duisburg wird mitgeteilt, daß in der dortigen Bergschloß-Brauerei Lohnunterschieden mit den dort beschäftigten Brauereiarbeitern ausgebrochen sind.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Annaburg dauert unverändert fort. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um Streikbrecher heranzuziehen. Dem Zusammenhalt der Streikenden ist es aber bis jetzt gelungen, jeden Zugzug fernzuhalten.

Auf der Glasfabrik Johannsberg bei Annen in Westfalen drohen Differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern auszubringen, weshalb die Arbeiter die Berufsangehörigen um Fernhalten des Zugzuges ersuchen.

Ein Streik der Bildhauer, Tischler und Tapezierer ist in der Möbelfabrik von Heinrich Bauer in Leipzig ausgebrochen. Es wurde von den Arbeitern verlangt, in den nächsten 2 Monaten 10 pCt. billiger zu arbeiten. — Die Steinbildhauer am Neubau der Petrikirche zu Frankfurt a. M. streikten ebenfalls wegen Lohnunterschieden.

Glückliches Sachsen. 1120 Millionäre beglücken zur Zeit das Königreich Sachsen mit ihrem Dasein. Seit 1880 hat sich die Zahl der Millionäre verdreifacht, ihr Einkommen aber vervierfacht. Das höchst beseuerte Einkommen beträgt 4 400 000 M. Die weitest größte Zahl der Millionäre sind Großindustrielle. Muß das eine Lust sein zu leben. Und dabei nährt sich das „dumme Volk“ in Sachsen — wie wir kürzlich berichteten — von Hunde- und Pferdeschiss.

Eine Ordnungshöhe in Oelschitz im sächsischen Voigtlande, Renniger mit Namen, ist dabei ertappt worden, wie er die unerhörtesten Wahlschwindereien beging. Der Mann war Stadtverordneter schon seit vielen Jahren und wünschte nun auch seinen Sohn zu diesem Posten befördert zu sehen. Er genoss großes Vertrauen in der Stadt, spielte überhaupt eine große Rolle, ihm war auch stets die Leitung der Wahlgeschäfte übertragen. So auch bei den letzten Stadtverordneten-Wahlen. Der Ordnungsheld brachte es hierbei fertig, der Abstimmung eine ihm wünschbare Wendung dadurch zu geben, daß er ganz andere Namen, als die auf den Listen enthaltenen ansagte. So sehen die Leute aus, die nicht laut genug schreien können über die Unmoralität der Sozialdemokraten. Renniger war, wie wir aus dortigen Lokalflettern (und zwar nichtsozialistischen) entnehmen, an der Spitze jeder mordspatriotischen That zu finden. — Natürlich!

Kapitalistische Entbehrungslehre. Von den im Besitze von Aktiengesellschaften, Gewerkschaften und dem Staatsbesitz befindlichen Steinkohlenwerken in Sachsen ergiebt im Jahre 1892 Ueberschüsse: der Grubebergische Steinkohlen-Aktienverein 312 000 M., Forster Steinkohlen-Aktienverein 75 000 M., Schader Steinkohlen-Aktienverein 194 130 M., Zwickauer Steinkohlen-Aktienverein 700 000 M., Zwickauer Bürger-Gewerkschaft 500 000 M., Zwickauer-Oberhohndorfer Steinkohlenbau-Verein 278 400 M., Vordron-Hohndorf Verein 428 313 M., Gersdorfer Steinkohlenbau-Verein 236 505 M., Steinkohlenbau-Verein Gottes Segen 170 340 M., Steinkohlenbau-Verein Hohndorf 194 410 M., Steinkohlenbau-Verein Kaisergrube 118 905 M., Eugauer Steinkohlenbau-Verein 130 000 M., Oelschitzer Bergbau-Gewerkschaft 97 800 M., Königl. Steinkohlenwerk Jagerode 705 498 M. Die Ueberschüsse betragen insgesamt 4 141 051 M., gegen 4 968 362 M. im vorhergegangenen Jahre.

218 Deferture sind von der Straßburger Staatsanwaltschaft auf den 14. Februar 1894 wieder vor Gericht geladen. Es ist doch haarsträubend, daß die Leute gar nicht begreifen können, daß sie in den Ferienkolonien des Deutschen Reiches am besten aufgehoben sind, und verpflegt und zu Mustermenschen ausgebildet werden. Aber die Herrlichkeiten des Militärlebens werden den Leuten immer noch nicht genug bekannt gemacht.

Die Zahl der Aerzte in Deutschland hat nach Ausweis des Reichs-Medizinalkalenders auch im Vorjahre wieder eine Zunahme erfahren, sie ist von 20 500 auf 21 621, also um 5,46 pCt. gestiegen, seit 5 Jahren um 22,2 pCt. Im Vergleich zur Einwohnerzahl kommen im ganzen Reich auf je 10 000 Einwohner 4,37 Aerzte gegen 4,15 in 1892. Nicht lange wird es dauern und auch auf diesem Gebiete wird ein zahlreiches Proletariat vorhanden sein; schon jetzt existirt ein gut Theil Aerzte, die ein recht kümmerliches Einkommen haben.

Aufsteigende Zahlen theilt der „Bauern- und Arbeiterbund“ von Basel-Land mit. Er schreibt: Basel-Land hat 12 500 Steuerpflichtige; davon haben aber 4845 gar kein Vermögen, oder nur ein ganz bescheidenes. 8600 Bürger haben ein Vermögen von 1 bis 5000 Fr., also auch noch nicht viel. 1655 haben ein Vermögen von 5000—10 000, 1191 ein solches von 10 000—20 000, 440 ein solches von 20 000—30 000. Ueber 30 000 Fr. haben nur 789 Bürger. Diese 700 aber haben beinahe so viel Vermögen als die übrigen 11 800 zusammen. Der Reichthum liegt somit in den Händen Weniger und die andern haben nichts.

Der Hausirhandel in der Schweiz bildet dort einen beträchtlichen Theil des Kleinhandels überhaupt. Nach Angabe des eidgenössischen statistischen Amtes sind im Jahre 1892 55 690 Hausirer ausgeführt worden. Durch diesen ausgebreiteten Hausirhandel fühlen sich die Kleingewerbetreibende geschädigt und haben ein Gesuch an den Bundesrath eingereicht, in welchem sie um beschränkende Maßnahmen gegenüber dem Hausirhandel bitten. Diese Kleinräumer sind natürlich sehr im Irrthum, wenn sie meinen, sich durch derartige reaktionäre Maßnahmen vor dem Untergang schützen zu können.

Die Eisenbahnarbeiter in Oesterreich haben sich mehr als in Deutschland den Organisationen angeschlossen. Das die Interessen der Eisenbahnarbeiter vertretende Organ „Der Eisenbahner“, welcher erst seit einigen Wochen besteht, erfreut sich schon eines ziemlich großen Leserkreises. Aus Gmund wird berichtet: Von 400 Arbeitern in den Werkstätten der L. f. Staatsbahnen gehören 200 der Organisation an. Der Fabrik-ausschuß besteht aus Sozialdemokraten. Auch in Deutschland wird die Behandlung in den „Kantischen Musteranstalten“ dahin führen, daß mehr und mehr die unteren Beamten ihrer Proletariatschaft sich bewusst werden.

Englische „Sozialreform“. Der achtstündige Arbeitstag soll, wie aus London berichtet wird, in Zukunft in allen Departements eingeführt werden, nachdem, wie wir bereits in der „Politischen Uebersicht“ gemeldet, das Kriegsministerium mit dieser Maßregel vorgegangen. Die Thronrede









# Arbeiter! Genossen!

Kauft nur Cigarren mit der

## Kontrollmarke der Tabakarbeiter.

Nachfolgend verzeichnete Fabrikanten und Händler führen nur Cigarren mit der

### Kontroll-Schutzmarke der Tabakarbeiter.

Händler können nur veröffentlicht werden, wenn dieselben ausschließlich Waare mit Schutzmarke führen, jede andere Veröffentlichung beruht auf Täuschung

- S.**  
 \*Wilhelm Börner, Ritterstr. 108.  
 S. F. Dinslage, Kottbuserstr. 4.  
 R. Fiebig, Böckstr. 21.  
 Otto Ley, Schönleinstr. 17.  
 Gust. Lohmann, Brandenburgerstr. 82.  
 Michaelis, Alexandrinenstr. 40.  
 S. G. Schmidt, Gräferstr. 68.  
 Carl Schonheim, Gräferstr. 8.  
 Julius Stark, Schönleinstr. 10.

- SO.**  
 Carl Albert, Paderstr. 6.  
 Behne u. Künzel, Schmidstr. 21.  
 Carl Böhlert, Mariannenstr. 5.  
 G. Carl, Admiralstr. 25.  
 G. Fischer, Skalitzerstr. 128.  
 George, Mariannenstr. 35.  
 Theodor Goede, Braungelstr. 125.  
 G. Godda, Plantenbühlstr. 8.  
 H. Kunze, Forsterstr. 2.  
 desgl. Grünauerstr. 34.  
 Lobbes, Kopalberstr. 58.  
 W. H. Mertens, Cuvurstr. 34.  
 Otto Röhl, Sorauerstr. 10.  
 Carl Schindler, Götterstr. 53-54.  
 Christ. Schneider, Köpckestr. 26a.  
 Theodor Stampel, Mariannenstr. 26.  
 Stübner, Reichenergerstr. 157.  
 Herm. Wicht, Dresdenstr. 16.

- SW.**  
 W. Kinkel, Alexandrinenstr. 108.  
 \*Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15.  
 C. Schulze, Friesenstr. 23.

- O.**  
 Louis Anders, Krautstr. 16.  
 August Dahne, Koppenstr. 98.  
 H. Gräff, Holzmarktstr. 42.  
 August Heit, Gr. Frankfurterstr. 4.  
 desgl. Weidenweg 98.  
 Th. Hodde, Langestr. 108.  
 Erhard Hoffmann, Memelerstr. 32.  
 Johann Liebich, Memelerstr. 8.  
 \*August Motes, Posenerstr. 11.  
 Fr. Peters, Koppenstr. 94.  
 Johann Schilke, Holzmarktstr. 63.  
 Otto Schreiber, Blumenstr. 51c.  
 Rich. Schulze, Friedrichsfelderstr. 21.  
 Emil Tilsius, Weidenweg 80.  
 Otto Unterberg, Koppenstr. 8-9.  
 D. Unterlauff, Frankfurter Allee 117.  
 Gustav Vogel, Koppenstr. 89.  
 W. Wolf, Andreasstr. 60.  
 P. Wotfche, Andreasstr. 3.

- C.**  
 \*Robert Drescher, Linsenstr. 50.  
 Max Flataner, Landsbergerstr. 72.  
 Hermann Gumpel, Barnimstr. 42.  
 Carl Wanzwirth, Linsenstr. 21.

- Oranienburger Vorstadt.**  
 Adolf Adelt, Reinickendorferstr. 64b.  
 Louis Dechand, Ruheplatzstr. 24.  
 Franz Frank, Köpckestr. 2.  
 Paul Franke, Eichendorferstr. 15.  
 Wilhelm Göttinger, Fennstr. 1a.  
 Jakob Götting, Lindowerstr. 9.  
 August Hing, Pankestr. 14a.  
 Fr. Jordan, Reinickendorferstr. 37a.  
 Oskar Klose, Reinickendorferstr. 20.  
 Paul Müller, Köpckestr. 2a.  
 Franz Noffe, Vorpostenstr. 28.  
 Paul Pfug, Reinickendorferstr. 39.  
 W. H. Steinbach, Antonstr. 1.  
 H. Tieg, Invalidenstr. 124.  
 Carl Werner, Gerichstr. 25.

Neumeldungen von Fabrikanten sind persönlich bei Louis Dechand, Ruheplatzstr. 24, sowie im Arbeitsnachweis, Weinstr. 11 (11-12 Uhr) und beim Unterzeichneten zu machen. Neue Marken sind ebenfalls dort, sowie auch an den mit \* bezeichneten Stellen der betr. Bezirke zu entnehmen.

### Die Kontroll-Kommission der Tabakarbeiter.

J. A.: Carl Butry, Straßunderstr. 17, II. 621/16

**Boltz' Festsäle, S. Alte Jakobstrasse 75,** vorwärts G. Feuerstein  
Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Amt I, 1082

Den Mitgliedern der Krankenkassen mit freier Arztwahl zur Nachricht, daß meine Wohnung sich nicht, wie in den Verzeichnissen steht, Oranienstraße 51, sondern  
**Oranienstrasse 55**  
am Moritzplatz  
befindet. 54918\*  
**Zahnarzt Semmel.**  
Spr. 8-6. Sonntags 9-1.

**Schuhe und Stiefel**  
mit Kontroll-Marke.  
Allen Freunden u. Genossen empfehle mein Schuh- und Stiefel-Geschäft. Große Auswahl in Winter-Artikeln zu den billigsten Preisen. 5465L\*

**L. Zaake,**  
Küstriner-Platz Nr. 8.  
**Martin Klein,**  
Uhrmacher. 5464L\*  
25 Neue Hochstr. 25  
empfiehlt sein Lager aller Arten  
**Band- und Taschenuhren.**  
Reparaturen zu soliden Preisen

Marken u. quittieren von  
**Partei-Beiträgen**  
empfiehlt allen Genossen die  
Quittungsmarken und  
Kautschuk-Stempelfabrik  
von **Conrad Müller,**  
Fahrendstr. 11.  
Preisliste gratis und franko.

**Jede Uhr**  
reparieren u. reinigen kostet  
mir unter Garantie des  
Ausgehens nur 1,50 Mk.  
über Bruch, keine Re-  
paraturen billiger. Großes  
Lager neuer u. gebrauchter  
Taschenuhren, Regulatoren u. Weder etc.  
Alle Arten Ketten, sowie Brillen und  
Pincenez. 54428\*

**Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.**  
Bitte genau auf No. 34 zu achten.

**Roh-Tabak**  
**A. Goldschmidt, 4435L\***  
am hiesigen Plage wie bekannt  
**grösste Auswahl!**  
Garantie für sicheren Brand.  
Strenge reelle Bedienung, billige  
Preise! Sämtliche im Handel  
befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt,**  
**Oranienburgerstr. 2.**

**Alle Uhren 5462L\***  
werden sauber und sorgfältig repariert  
unter Garantie des Ausgehens für  
**1,50 Mark** (außer Bruch) bei  
**W. Winkler,**  
Berlin N., Reinickendorferstr. 29,  
gegenüber der Dankes-Straße.  
Lager aller Arten Uhren, Uhrketten

**37** Als anerkannt reelle und  
billigste Einkaufs-Quelle des  
Süd-Ostens für  
**Gold-, Silber-,**  
**Alfenidewaren** (Eig. Fabr.)  
goldene u. silberne Uhren  
empfiehlt sich  
**H. Gottschalk,**  
Goldarbeiter und Uhrmacher,  
**37 Admiral-Strasse 37**

Detailverkauf jänmtl. Sorten  
**Roh-Tabak**  
**Rud. Völcker & Sohn,**  
Köpnickerstr. 45. (11276)

**Strohputzwirne** alle Stärken  
und Farben  
vorrätig. Katsch & Richter, Ballstr. 13.

**Buchhandlung der „Vorwärts“**  
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Als neue Agitations-Broschüre  
empfehlen wir den Genossen:  
**Gegen den Militarismus**  
und gegen die neuen Steuern.

Zwei Reichstags-Reden  
von  
**A. Bebel und W. Liebknecht**  
gehalten bei der  
Beratung des Reichshaushalts-Etats am 27. und 30. November 1893.  
56 Seiten Großoktav mit Umschlag.  
Preis einzeln 10 Pfg., für Colporteurs 6 Pfg. franko.

Die Schrift eignet sich vorzüglich für den Massenvertrieb  
namentlich auf dem Lande; die beiden Reden enthalten nicht bloß  
die rückhaltlose Verurteilung der neuen Steuervorlagen, sondern  
zugleich auch die schärfste Kritik der gesammten Regierung-  
Politik, die gegenüber den Anforderungen des Militarismus  
die hauptsächlichsten Kulturaufgaben vernachlässigt.  
Zahlreichen Aufträgen sieht entgegen  
**Buchhandlung des „Vorwärts“**  
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

**Jede Uhr** 5466L\*  
zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Aus-  
gehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch), keine Reparaturen  
billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene  
Uhren von 5 Mk. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine,  
von 14 Mk. an, do. 10 Steine, von 16 Mk. an, goldene Damen-Remontoirs, 14 Karat  
Gold u. 24 Mk. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen  
**E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62.**  
Uhrmacher. Chausseestr. 78.

**Metzner's Korbwaaren-Fabrik,**  
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz  
**Kinderwagen,** grösstes Lager Berlins. Muster-  
bücher gratis. Theilzahlung  
gestattet. 500 Mark zahlte  
ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das grösste  
Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

**Echt Stonsdorfer**  
Bilder à Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10, 50 Str. 47,50, 100 Str. 90 Mark.  
**Eugen Neumann & Co., Inh. Conrad Neumann,**  
6a, Belle-Alliance-Platz 6a. 6102R  
81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

**Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.**  
Ganze Ausstattungen Küchenmöbel in grosser  
in Mahagoni und Nussbaum. Auswahl empfiehlt  
**, Julius Apelt, Sebastiansstr. 20**  
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). 5468L\*

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Beuth-Strasse 2.

Den Parteigenossen empfehlen wir zur Anschaffung:  
**Protokoll**  
über die  
**Berhandlungen des Parteitages**  
der  
**Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**  
Abgehalten zu Köln vom 22.-28. Oktober 1893.  
ca. 18 Bogen 8° — elegant broschirt  
**Preis 40 Pfennig.**

Die Verhandlungen des Kölner Parteitages dürften wegen  
ihrer Bedeutung das lebendigste Interesse eines jeden Parteigenossen  
in Anspruch nehmen. Die erschöpfenden Verhandlungen über die  
Gewerkschafts-Bewegung sind überaus wichtig und ihre Kenntnis  
nach dem stenographischen Bericht jedem Parteigenossen  
notwendig. In Rücksicht darauf und auf den zudem hohen agi-  
tatorischen Werth und die dadurch wünschenswerthe Massen-  
Verbreitung haben wir den überaus billigen Verkaufspreis —  
40 Pfennig pro Exemplar bei sorgfältiger, geschmack-  
voller Ausstattung — festgesetzt.  
Die Versendung erfolgt gleichzeitig nach allen Plätzen Deutschlands.  
Porto und Frachten zu Lasten der Besteller.  
**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**  
Bei Aufträgen von Aussenland erlauben wir um gleichzeitige Einsetzung des  
Betrages (Poste 20 Pfg. extra).

**Möbel-Tischlerei u. Lager**  
Polster- und Dekorations-Werkstatt  
**August Herold, Tischlermeister**  
83/84 Oranienstr. 83/84 Berlin SW., 83/84 Oranienstr. 83/84  
zwischen Alexandrinen- und Alte Jakobstrasse.  
Eigene Tischlerei. Eigene Tapezierwerkstätten.  
Verkauf nur gegen Cash ohne Zwischenhandel zu Werkstättenpreisen.  
Besichtigung der Lagerräume erwünscht. Hunderte Musterbücher kostenfrei.  
**Compl. Wohnungs-Einrichtungen von 333-3000 M.**  
Solideste Preise. Sauberste Ausführung. Reelle Bedienung.